



Bundesministerium
der Finanzen

F a c h b l i c k

Das Ministerium

Monatsbericht des BMF 2005

Januar

Februar

März

April

Mai

Juni

Juli

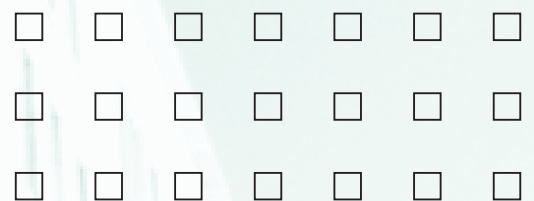
August

September

Oktober

November

Dezember



Monatsbericht des BMF Mai 2005

Inhaltsverzeichnis

Editorial	7
Übersichten und Termine	9
Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2005	30
Termine	32
Analysen und Berichte	35
Die Entwicklung im Bundeshaushalt bis zum 1. Quartal 2005	37
Ergebnisse der Steuerschätzung vom 10. bis 12. Mai 2005	47
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Quartal 2005	51
Entwicklung der Länderhaushalte im Jahr 2004	55
Verwaltungspartnerschaften mit den EU-Beitrittsstaaten – Twinning	63
Neuordnung des Pfandbriefrechts – Weiterentwicklung eines deutschen Modellprodukts	69
Statistiken und Dokumentationen	79
Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	82
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	102
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	106

Die Mitarbeiter der Redaktion des Monats-
berichts sind für Anregungen und Kritik dankbar.

Bundesministerium der Finanzen

Redaktion Monatsbericht

Wilhelmstraße 97

10117 Berlin

<http://www.bundesfinanzministerium.de>

Redaktion.Monatsbericht@bmf.bund.de

Editorial

Liebe Leserinnen und Leser,

der Arbeitskreis „Steuerschätzungen“ hat auf seiner 125. Sitzung vom 10. bis 12. Mai 2005 die Steuereinnahmen für das laufende Jahr und die Folgejahre bis 2009 geschätzt. Für das Jahr 2005 erwarten die Steuerschätzer 2,2 Mrd. € mehr Steuereinnahmen als im Jahr 2004. Allerdings mussten die geschätzten Steuereinnahmen für das Jahr 2005 im Vergleich zur November-Schätzung 2004 um 5,1 Mrd. € nach unten korrigiert werden. Hauptursache ist die angespannte Arbeitsmarktlage, die eine Absenkung des Schätzansatzes der Lohnsteuer um 3,4 Mrd. € erforderlich machte.

Diese Korrekturen gegenüber der vorherigen Steuerschätzung kommen nicht unerwartet, denn sie reflektieren die zwischenzeitlich zurückgenommenen Wachstumserwartungen. Die Bundesregierung hat ihre Wachstumsprognose für das laufende Jahr auf 1 % revidiert. Entsprechend moderat werden sich die Steuereinnahmen entwickeln.

Das schwächere Wachstum führt auch auf der Ausgabe­seite zu erheblichen Belastungen. Vor allem die Arbeitsmarktausgaben dürften sich ungünstiger entwickeln als bei der Aufstellung des Haushalts geplant. Zur Lösung der daraus resultierenden Haushaltsprobleme muss sowohl auf der Ausgaben- als auch auf der Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte der Kurs der konjunkturrechten Konsolidierung beibehalten werden.

Das heißt konkret: Die äußerst sparsame Ausgabenpolitik der Bundesregierung muss fortgesetzt werden. Die Ausgabensteigerungsrate von 1999 bis 2003 lag unter 1 % und damit unter der Inflationsrate. Real betrachtet bedeutet dies einen Ausgabenrückgang. Beim Subventionsabbau wurden vor allem die Finanzhilfen, bei denen die Bundesregierung nicht auf die Zustimmung der Opposition angewiesen ist, in



den letzten Jahren stark gekürzt. Diese haben sich seit 1998 fast halbiert: von 11,4 Mrd. € auf 6,0 Mrd. € in diesem Jahr.

Trotz strikter Ausgabendisziplin sind die gesamtstaatlichen Defizite in den letzten Jahren angestiegen. Dies macht deutlich, dass die Sanierung der öffentlichen Haushalte durch Ausgabendisziplin alleine nicht zu schaffen ist.

Die Stärkung der Wachstumskräfte und des langfristigen Wachstumspotenzials der deutschen Wirtschaft bleibt deshalb eine absolut vordringliche Aufgabe der Finanz- und Wirtschaftspolitik. Entscheidend ist hierfür aktuell, dass das Reformprogramm der Agenda 2010 weiterverfolgt und die auf dem Job-Gipfel beschlossenen Maßnahmen schnell umgesetzt werden.

Gleichzeitig müssen auf der Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte die Möglichkeiten für eine nachhaltige und wachstumsfördernde Konsolidierung genutzt werden. An diesem Punkt setzt die Bundesregierung mit ihren Vorschlägen zum Abbau von Steuersubventionen an. Zu einem weiteren Abbau der Subventionen gibt es keine Alternative mehr, insbesondere zum gezielten Abbau einzelner Steuervergünstigungen wie z. B. der nach Einschätzung aller Experten völlig überholten Eigenheimzulage. Im gemeinsamen Interesse solider öffentlicher Finanzen müssen Bund und Länder bei diesem Thema rasch zu durchgreifenden Lösungen kommen.

Auf der Einnahmenseite setzen auch die Maßnahmen der Bundesregierung zur Bekämpfung der Schwarzarbeit an. Die Rückführung der Schwarzarbeit ist nicht zuletzt auf die Tätigkeit

der „Finanzkontrolle Schwarzarbeit“ (FKS) des Zolls zurückzuführen. Dass die FKS erfolgreich illegale Beschäftigung und Lohndumping bekämpft, zeigen aktuelle Beispiele vom April dieses Jahres: Die FKS hat Unternehmen der fleischverarbeitenden Industrie geprüft sowie Verdachtsfälle von Wirtschaftskriminalität bei Werkverträgen aufgedeckt. Der Schaden durch hinterzogene Sozialversicherungsabgaben und Steuern ist gegenwärtig noch nicht abschließend bezifferbar, dürfte sich aber im zweistelli-

gen Millionenbereich bewegen. Anhand dieser Zahlen wird einmal mehr deutlich, dass Schwarzarbeit kein Kavaliersdelikt ist. Schwarzarbeit ist Wirtschaftskriminalität. Sie schädigt uns alle – die Steuerzahler und den Staat.

A handwritten signature in black ink, reading "Volker Halsch". The signature is written in a cursive, slightly stylized script.

Volker Halsch

Staatssekretär im Bundesministerium der Finanzen



Übersichten und Termine

Finanzwirtschaftliche Lage	11
Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes	19
Konjunkturentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht	22
Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2005	30
Termine	32

Finanzwirtschaftliche Lage

Die Ausgaben des Bundes bis einschließlich April lagen mit 94,4 Mrd. € um knapp 3,0 Mrd. € (+ 3,3%) über dem Vorjahresergebnis. Die Ausgabensteigerung ist weiterhin auf höhere Zinsausgaben sowie

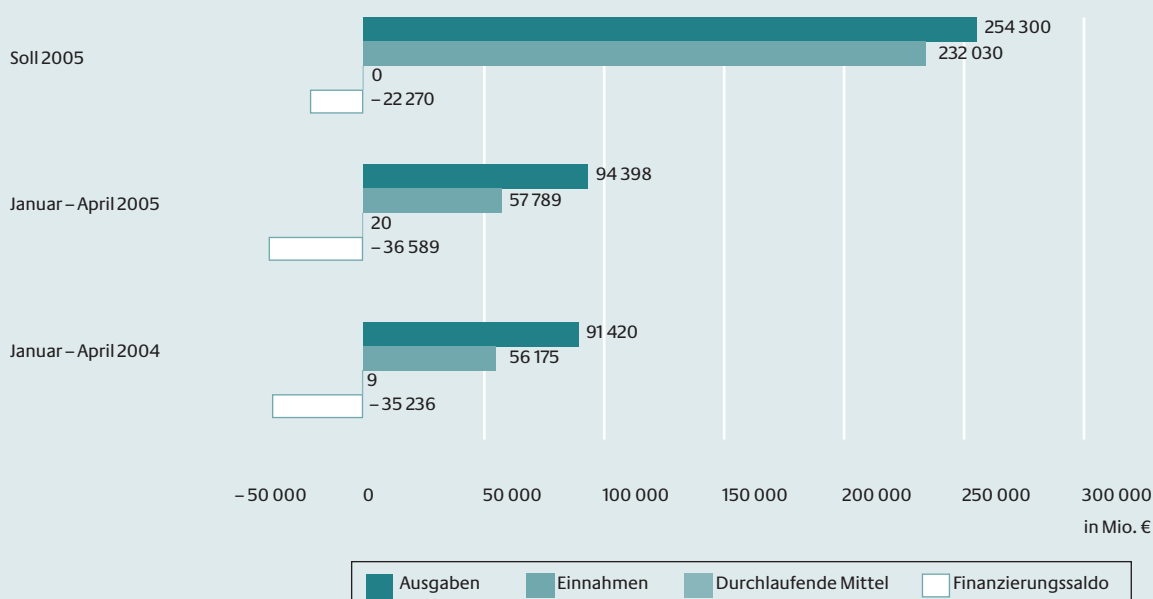
auf die hohen Aufwendungen für den Arbeitsmarkt zurückzuführen. Die Entwicklung der Arbeitsmarktausgaben wird dabei wesentlich von den Ausgaben für die Grundsicherung für Arbeitsuchende

Entwicklung des Bundeshaushalts

	Soll 2005	Ist-Entwicklung ¹ Januar bis April 2005
Ausgaben (Mrd. €)	254,3	94,4
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	1,1	3,3
Einnahmen (Mrd. €)	232,0	57,8
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	9,5	2,9
Steuereinnahmen (Mrd. €)	190,8	49,5
Veränderung gegenüber Vorjahr in %	2,0	- 2,2
Finanzierungssaldo (Mrd. €)	- 22,3	- 36,6
Kassenmäßiger Fehlbetrag (Mrd. €)	-	- 13,2
Bereinigung um Münzeinnahmen (Mrd. €)	- 0,3	0,0
Nettokreditaufnahme/aktueller Finanzmarktsaldo (Mrd. €)	- 22,0	- 23,4

¹ Buchungsergebnisse.

Zusammensetzung des Finanzierungssaldos



bestimmt und ist hinsichtlich der weiteren Jahresentwicklung mit Unsicherheiten behaftet. Nach derzeitiger Einschätzung zeigt sich hierbei ein Mehrbedarf, der die Ausgabenseite des Bundeshaushalts nicht unwesentlich belastet.

Die Einnahmen des Bundes bis einschließlich April belaufen sich auf 57,8 Mrd. €. Sie überschreiten damit das Vorjahresergebnis um 2,9 %. Die gegenüber dem Vorjahr höhere Gesamtentwicklung der Einnahmen beruht

Entwicklung der Bundesaussgaben nach Aufgabenbereichen

	Soll 2005	Ist 2005 Januar bis April		Ist 2004 Januar bis April		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Allgemeine Dienste	47 932	15 057	16,0	15 240	16,7	– 1,2
Wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung	3 802	1 593	1,7	1 409	1,5	13,1
Verteidigung	27 871	8 454	9,0	8 747	9,6	– 3,3
Politische Führung, zentrale Verwaltung	7 991	2 683	2,8	2 662	2,9	0,8
Finanzverwaltung	3 192	971	1,0	1 002	1,1	– 3,1
Bildung, Wissenschaft, Forschung, Kulturelle Angelegenheiten	11 714	3 366	3,6	3 328	3,6	1,1
Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	925	234	0,2	246	0,3	– 4,9
BAföG	1 026	493	0,5	457	0,5	7,9
Forschung und Entwicklung	6 816	1 858	2,0	1 901	2,1	– 2,3
Soziale Sicherung, Soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachungen	128 064	51 124	54,2	48 124	52,6	6,2
Sozialversicherung	75 182	30 271	32,1	30 265	33,1	0,0
Arbeitslosenversicherung	4 000	2 796	3,0	4 579	5,0	– 38,9
Grundsicherung für Arbeitssuchende	27 650	10 425	11,0	–	–	–
darunter: Arbeitslosengeld II	14 600	8 042	8,5	–	–	–
Arbeitslosengeld II, Leistungen des Bundes für Unterkunft und Heizung	3 200	1 000	1,1	–	–	–
Wohngeld	850	297	0,3	853	0,9	– 65,2
Erziehungsgeld	2 740	963	1,0	1 070	1,2	– 10,0
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	3 011	1 193	1,3	1 345	1,5	– 11,3
Gesundheit, Umwelt, Sport, Erholung	923	262	0,3	302	0,3	– 13,2
Wohnungswesen, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 794	614	0,7	683	0,7	– 10,1
Wohnungswesen	1 232	550	0,6	588	0,6	– 6,5
Ernährung, Landwirtschaft und Forsten sowie Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	6 291	2 342	2,5	2 175	2,4	7,7
Regionale Förderungsmaßnahmen	902	254	0,3	285	0,3	– 10,9
Kohlenbergbau	1 645	1 400	1,5	1 252	1,4	11,8
Gewährleistungen	1 500	288	0,3	249	0,3	15,7
Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 522	2 168	2,3	2 348	2,6	– 7,7
Straßen (ohne GVFG)	5 603	906	1,0	1 187	1,3	– 23,7
Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen	9 487	1 964	2,1	2 327	2,5	– 15,6
Bundeseisenbahnvermögen	5 250	1 486	1,6	1 594	1,7	– 6,8
Eisenbahnen des Bundes/Deutsche Bahn AG	3 736	363	0,4	511	0,6	– 29,0
Allgemeine Finanzwirtschaft	37 574	17 500	18,5	16 894	18,5	3,6
Zinsausgaben	38 875	17 261	18,3	15 949	17,4	8,2
Ausgaben zusammen	254 300	94 398	100,0	91 420	100,0	3,3

hauptsächlich auf der im April erfolgten Verbuchung der vorzeitigen Schuldentrückzahlung Polens aus dem bilateralen Umschuldungsabkommen mit Deutschland. Die Steuereinnahmen lagen mit 49,5 Mrd. € um – 2,2% unter dem Vorjahresergebnis. Die aktuelle Steuerschätzung zeigt, dass bei den Steuereinnahmen gegenüber den Soll-Ansätzen mit

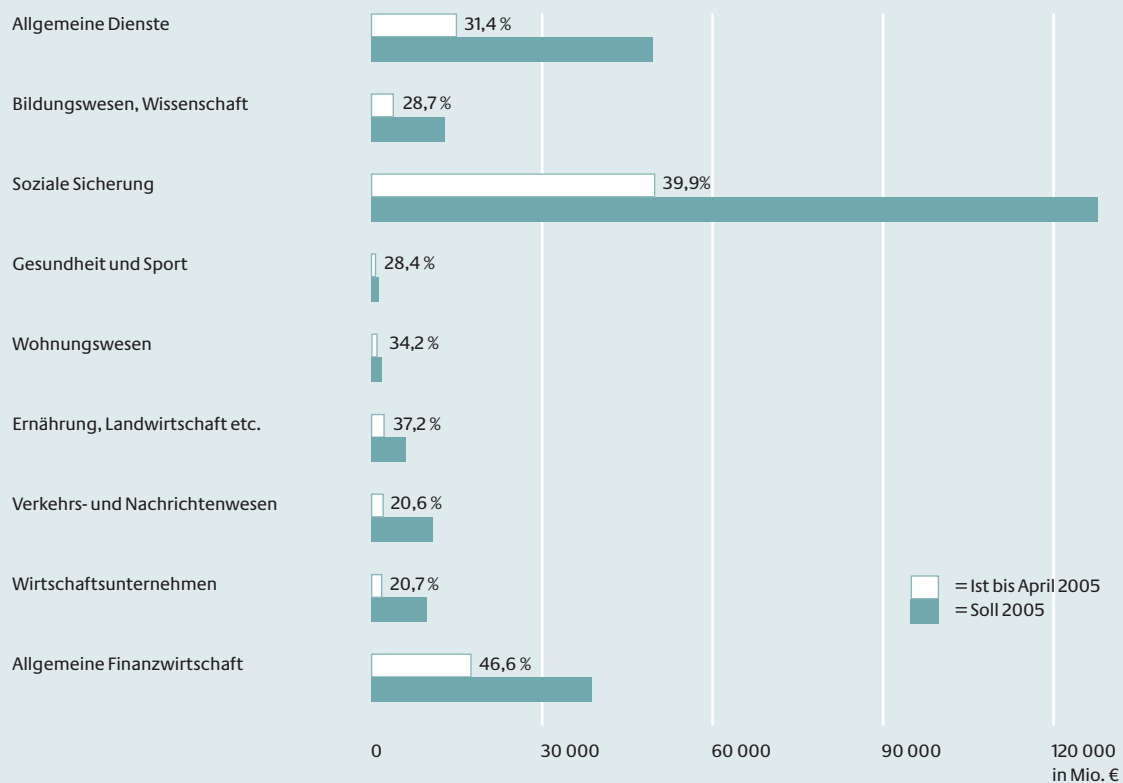
geringeren Einnahmen gerechnet werden muss.

Aus der bisherigen Entwicklung von Ausgaben und Einnahmen ergibt sich ein Finanzierungssaldo von – 36,6 Mrd. €. Daraus können keine belastbaren Rückschlüsse auf die endgültige Höhe des Finanzierungssaldos 2005 gezogen werden.

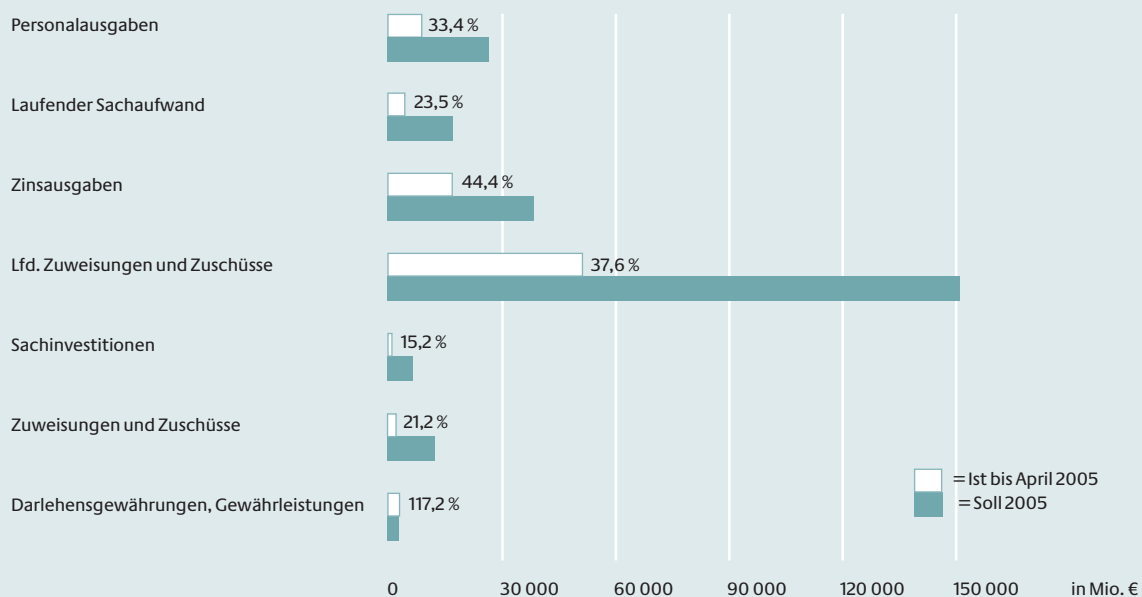
Die Ausgaben des Bundes nach ökonomischen Arten

	Soll 2005	Ist 2005 Januar bis April		Ist 2004 Januar bis April		Veränderung ggü. Vorjahr in %
	Mio. €	Mio. €	Anteil in %	Mio. €	Anteil in %	
Konsumtive Ausgaben	233 713	86 876	92,0	81 641	89,3	6,4
Personalausgaben	26 865	8 983	9,5	8 916	9,8	0,8
Aktivbezüge	20 147	6 584	7,0	6 659	7,3	– 1,1
Versorgung	6 718	2 399	2,5	2 257	2,5	6,3
Laufender Sachaufwand	17 354	4 077	4,3	4 520	4,9	– 9,8
Sächliche Verwaltungsaufgaben	1 478	347	0,4	364	0,4	– 4,7
Militärische Beschaffungen	8 122	1 638	1,7	2 214	2,4	– 26,0
Sonstiger laufender Sachaufwand	7 754	2 093	2,2	1 942	2,1	7,8
Zinsausgaben	38 875	17 261	18,3	15 949	17,4	8,2
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	150 225	56 414	59,8	52 113	57,0	8,3
an Verwaltungen	13 015	4 103	4,3	4 499	4,9	– 8,8
an andere Bereiche	137 210	52 340	55,4	47 652	52,1	9,8
darunter:						
Unternehmen	16 516	4 424	4,7	3 905	4,3	13,3
Renten, Unterstützungen u.a.	22 223	11 943	12,7	8 686	9,5	37,5
Sozialversicherungen	94 560	34 683	36,7	33 854	37,0	2,4
Sonstige Vermögenübertragungen	395	141	0,1	143	0,2	– 1,4
Investive Ausgaben	22 745	7 522	8,0	9 779	10,7	– 23,1
Finanzierungshilfen	16 011	6 499	6,9	8 454	9,2	– 23,1
Zuweisungen und Zuschüsse	12 545	2 657	2,8	2 878	3,1	– 7,7
Darlehensgewährungen,						
Gewährleistungen	2 907	3 406	3,6	5 170	5,7	– 34,1
Erwerb von Beteiligungen,						
Kapitaleinlagen	559	435	0,5	406	0,4	7,1
Sachinvestitionen	6 734	1 023	1,1	1 325	1,4	– 22,8
Baumaßnahmen	5 372	755	0,8	1 033	1,1	– 26,9
Erwerb von beweglichen Sachen	917	187	0,2	186	0,2	0,5
Grunderwerb	445	81	0,1	107	0,1	– 24,3
Globalansätze	– 2 158	0		0		
Ausgaben insgesamt	254 300	94 398	100,0	91 420	100,0	3,3

Die Ausgaben des Bundes nach Aufgabenbereichen/Hauptfunktionen Januar bis April 2005



Die Ausgaben des Bundes nach ausgewählten ökonomischen Arten Januar bis April 2005



Entwicklung der Einnahmen des Bundes

Einnahmeart

	Soll 2005	Ist 2005		Ist 2004		Veränderung	
	Mio. €	Januar bis April Mio. €	Anteil in %	Januar bis April Mio. €	Anteil in %	ggü. Vorjahr in %	
I. Steuern	190 786	49 541	85,7	50 645	90,2	- 2,2	
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern:	146 941	41 790	72,3	40 809	72,6	2,4	
Einkommen- und Körperschaftsteuer (einschließlich Zinsabschlag)	71 031	17 825	30,8	17 681	31,5	0,8	
davon:							
Lohnsteuer	51 840	14 486	25,1	15 310	27,3	- 5,4	
veranlagte Einkommensteuer	2 447	- 1 991	- 3,4	- 2 869	- 5,1	- 30,6	
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	4 880	1 951	3,4	2 275	4,0	- 14,2	
Zinsabschlag	3 234	1 576	2,7	1 602	2,9	- 1,6	
Körperschaftsteuer	8 630	1 803	3,1	1 363	2,4	32,3	
Steuern vom Umsatz	74 565	23 762	41,1	22 948	40,9	3,5	
Gewerbesteuerumlage	1 345	203	0,4	180	0,3	12,8	
Mineralölsteuer	41 500	7 563	13,1	7 931	14,1	- 4,6	
Tabaksteuer	14 750	3 745	6,5	3 702	6,6	1,2	
Solidaritätszuschlag	10 286	3 153	5,5	3 145	5,6	0,3	
Versicherungsteuer	8 900	4 358	7,5	4 359	7,8	0,0	
Stromsteuer	6 600	1 879	3,3	1 981	3,5	- 5,1	
Branntweinsteuer	2 162	544	0,9	600	1,1	- 9,3	
Kaffeesteuer	1 040	332	0,6	323	0,6	2,8	
Ergänzungszuweisungen an Länder	- 14 535	- 3 654	- 6,3	- 3 875	- 6,9	- 5,7	
BNE-Eigenmittel der EU	- 16 750	- 6 605	- 11,4	- 4 925	- 8,8	34,1	
Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 3 500	- 1 348	- 2,3	- 1 279	- 2,3	5,4	
Zuweisungen an Länder für ÖPNV	- 7 053	- 2 351	- 4,1	- 2 270	- 4,0	3,6	
II. Sonstige Einnahmen	41 244	8 248	14,3	5 530	9,8	49,2	
Einnahmen aus wirtschaftlicher Tätigkeit	2 696	765	1,3	458	0,8	67,0	
Zinseinnahmen	326	121	0,2	324	0,6	- 62,7	
Darlehensrückflüsse, Beteiligungen, Privatisierungserlöse	21 460	2 884	5,0	1 996	3,6	44,5	
Einnahmen zusammen	232 030	57 789	100,0	56 175	100,0	2,9	

Steuereinnahmen im April 2005

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) waren im April 2005 mit – 7,0 % rückläufig. Dieser deutliche Rückgang ist allerdings zum Teil basisbedingt – im April des Vorjahres waren die Steuereinnahmen um + 8,6 % gestiegen. Ursächlich für das schwache April-Ergebnis waren die gemeinschaftlichen Steuern, die um – 9,4 % zurückgingen. Die Bundessteuern waren mit – 1,7 % ebenfalls rückläufig, während die Ländersteuern sich um + 2,6 % verbesserten.

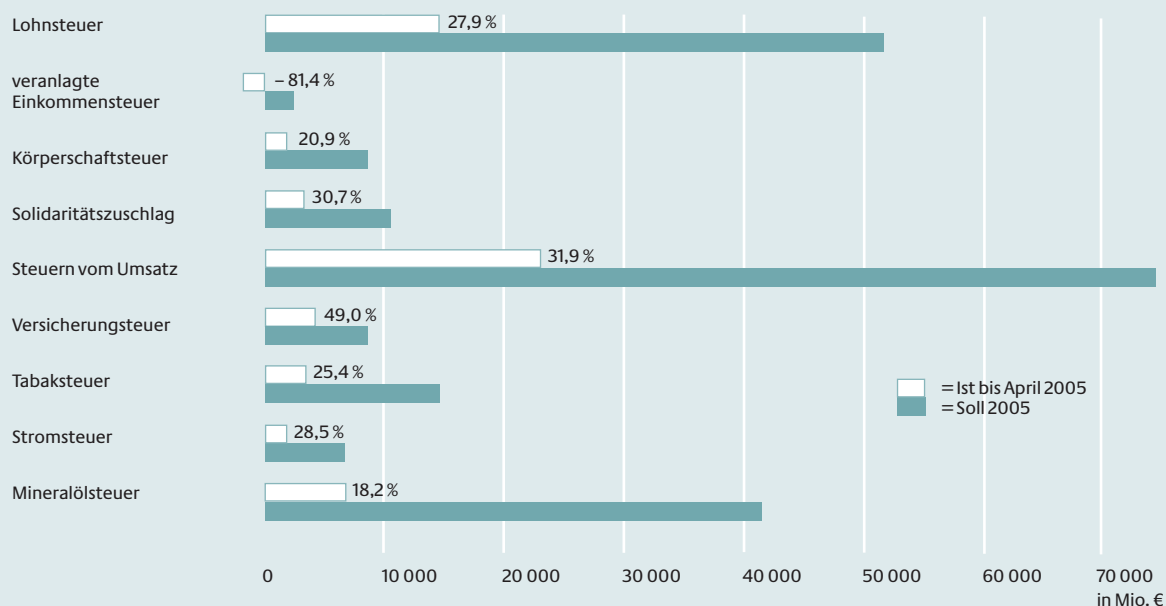
Die Steuereinnahmen des Bundes (nach Bundesergänzungszuweisungen) lagen im April um – 8,3 % unter dem Vorjahresergebnis. Dabei schlugen insbesondere die stark rückläufigen gemeinschaftlichen Steuern und die kräftig gestiegenen EU-Abführungen negativ zu Buche.

Die Einnahmen aus der Lohnsteuer gingen im April um – 2,2 % zurück. Dieser Rückgang ist im Wesentlichen Folge der seit Jahresbeginn geltenden Tarifsenkung.

Das Aufkommen der veranlagten Einkommensteuer war im April um knapp 31 Mio. € besser als im Vorjahr. Diese Verbesserung beruhte jedoch ausschließlich auf im Vorjahresvergleich niedrigeren Abzugsbeträgen. Insbesondere die Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer waren um – 4,8 % geringer als im Vorjahr. Offensichtlich haben die Finanzämter technische Probleme im Zuge der Umstellung auf die elektronische Lohnsteuerkarte mit der Folge, dass sich erhebliche Rückstände bei der Bearbeitung der Lohnsteuererklärungen aufgebaut haben. Im weiteren Jahresverlauf ist deshalb mit einem deutlichen Anstieg der Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer zu rechnen. In der Bruttobetrachtung, also vor Abzug der Zulagen und Erstattungen, lagen die Einnahmen aus der Einkommensteuer um rd. – 100 Mio. € unter dem Vorjahreswert.

Aus dem Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit wurden im April 2005 nochmals Einnahmen in Höhe von 146,8 Mio. € erzielt. Offenbar haben viele Amnestiewillige erst in den

Die Steuereinnahmen des Bundes (nach ausgewählten Arten) Januar bis April 2005



letzten Märztagen gezahlt, so dass ihre Zahlungen nun im April kassenwirksam wurden. Insgesamt erbrachte die Amnestie damit Einnahmen in Höhe von 1,39 Mrd. €.

Das Aufkommen der Körperschaftsteuer verschlechterte sich im Vergleich zum Vorjahr mit einem Rückgang um – 1,3 Mrd. € drastisch. Zwar war die Vorjahresbasis sehr hoch, dennoch enttäuschte das April-Ergebnis angesichts der bisher günstigen Entwicklung im 1. Quartal 2005.

Bei den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag setzte sich die positive Aufkommenstendenz des Vormonats mit einer Zunahme um + 19,2 % fort. Sie ist Folge von offenbar höheren Gewinnausschüttungen der Unternehmen.

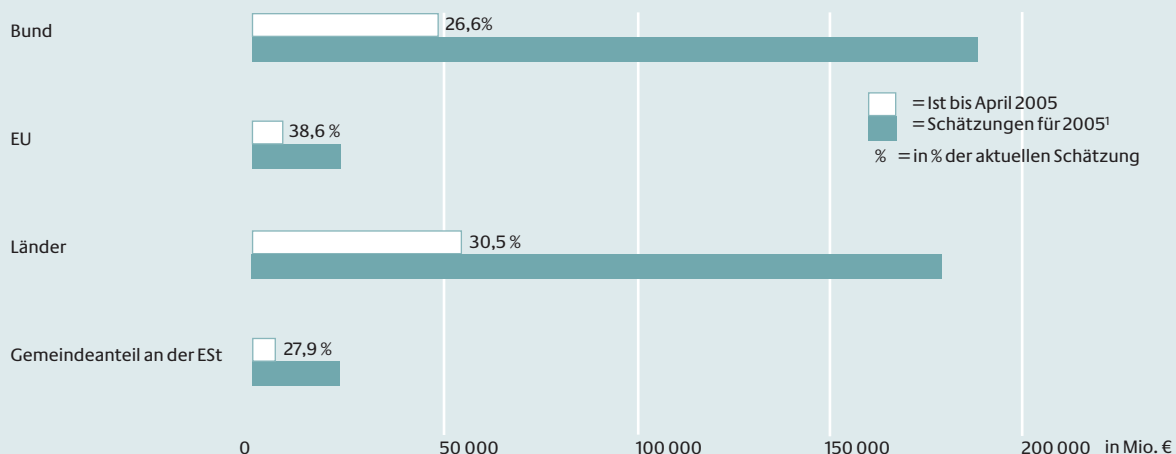
Die Einnahmen aus dem Zinsabschlag stiegen um + 14,2 %. Wenngleich dieser Zuwachs zum Teil basisbedingt ist, deutet sich hier nach einem bereits positiven März-Ergebnis eine Stabilisierung der Einnahmenentwicklung infolge der Senkung des Sparerfreibetrags an – nach fast zwei Jahren ständig rückläufiger Kassenergebnisse.

Die Steuern vom Umsatz enttäuschten im April 2005 mit einem – allerdings zum Teil basisbedingten – Rückgang um – 8,1 %. Die Umsatzsteuer sank um – 2,0 % und konnte damit nicht – wie in den Vormonaten – die deutlich rückläufigen Einnahmen aus der Einfuhrumsatzsteuer (– 22,6 %; April 2004: + 16,6 %) ausgleichen.

Das Aufkommen der reinen Bundessteuern ging im Vorjahresvergleich um – 1,7 % zurück. Die beiden aufkommensstärksten Steuern, die Mineralölsteuer und die Tabaksteuer, verzeichneten einen Rückgang von – 4,9 % bzw. – 6,0 %. Auch die Versicherungssteuer (– 4,0 %) und der Solidaritätszuschlag (– 10,5 %) waren rückläufig. Dagegen stiegen die Stromsteuer (+ 33,6 %) und die Branntweinsteuer (+ 28,8 %) im Vorjahresvergleich kräftig.

Die reinen Ländersteuern nahmen um + 2,6 % zu. Die Rennwett- und Lotteriesteuer stieg um + 15,4 %, die Kraftfahrzeugsteuer infolge von Rechtsänderungen um + 9,8 % und die Biersteuer um + 1,3 %. Dagegen waren die Erbschaftsteuer mit – 8,3 % und die Grunderwerbsteuer mit – 9,1 % rückläufig.

Steueraufkommen ohne Gemeindesteuern Januar bis April 2005



¹ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ (Mai 2005).

Entwicklung der Steuereinnahmen des Öffentlichen Gesamthaushalts im laufenden Jahr ohne Gemeindesteuern (Vorläufige Ergebnisse)¹

2005	April	Veränderung ggü. Vorjahr	Januar bis April	Veränderung ggü. Vorjahr	Schätzungen für 2005	Veränderung ggü. Vorjahr
	in Mio. €	in %	in Mio. €	in %	in Mio. € ⁴	in %
Gemeinschaftliche Steuern						
Lohnsteuer ²	9 485	– 2,2	37 352	– 4,8	118 550	– 4,3
veranlagte Einkommensteuer	– 924	.	– 4 684	.	6 600	22,4
nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	1 202	19,2	3 903	– 14,1	9 960	0,4
Zinsabschlag	479	14,2	3 581	– 1,6	6 826	0,8
Körperschaftsteuer	– 810	.	3 605	32,5	16 580	26,3
Steuern vom Umsatz	9 902	– 8,1	44 811	– 0,5	139 000	1,2
Gewerbesteuerumlage	535	– 2,8	691	6,4	3 294	– 1,8
erhöhte Gewerbesteuerumlage	452	19,9	517	26,0	2 465	6,9
Gemeinschaftliche Steuern insgesamt	20 321	– 9,4	89 777	0,4	303 275	0,4
Bundessteuern						
Mineralölsteuer	3 156	– 4,9	7 563	– 4,6	41 000	– 1,9
Tabaksteuer	1 246	– 6,0	3 745	1,2	14 100	3,4
Branntweinsteuer	207	28,8	542	– 9,7	2 150	– 2,0
Versicherungsteuer	504	– 4,0	4 358	0,0	8 800	0,6
Stromsteuer	679	33,6	1 879	– 5,1	6 600	0,1
Solidaritätszuschlag	612	– 10,5	3 153	0,3	10 027	– 0,8
sonstige Bundessteuern	100	7,0	471	0,5	1 507	0,5
Bundessteuern insgesamt	6 503	– 1,7	21 710	– 2,1	84 184	– 0,4
Ländersteuern						
Erbschaftsteuer	288	– 8,3	1 194	– 21,0	3 855	– 10,0
Grunderwerbsteuer	340	– 9,1	1 537	– 11,6	4 410	– 5,1
Kraftfahrzeugsteuer	787	9,8	2 936	4,6	8 700	12,4
Rennwett- und Lotteriesteuer	195	15,4	618	– 6,0	1 850	– 1,9
Biersteuer	62	1,3	231	– 3,8	780	– 0,9
sonstige Ländersteuern	34	23,5	196	– 15,0	382	– 11,7
Ländersteuern insgesamt	1 706	2,6	6 711	– 6,6	19 977	1,0
EU-Eigenmittel						
Zölle	272	3,8	1 008	5,7	3 150	3,0
Mehrwertsteuer-Eigenmittel	169	22,3	1 348	5,4	3 500	17,2
BNE-Eigenmittel	812	24,4	6 605	34,1	16 550	21,7
EU-Eigenmittel insgesamt	1 253	19,0	8 961	25,2	23 200	18,1
Bund³	13 254	– 8,3	49 841	– 2,0	187 248	0,2
Länder³	12 749	– 8,1	54 143	– 2,4	177 661	– 1,2
EU	1 253	19,0	8 961	25,2	23 200	18,1
Gemeindeanteil an der Einkommen- und Umsatzsteuer	1 547	– 2,4	6 260	0,3	22 477	– 2,5
Steueraufkommen insgesamt (ohne Gemeindesteuern)	28 802	– 7,0	119 205	– 0,5	410 586	0,3

¹ Methodik: Kassenmäßige Verbuchung der Einzelsteuer insgesamt und Aufteilung auf die Ebenen entsprechend den gesetzlich festgelegten Anteilen. Aus kassentechnischen Gründen können die tatsächlich von den einzelnen Gebietskörperschaften im laufenden Monat vereinnahmten Steuerbeträge von den Sollgrößen abweichen.

² Nach Abzug der Kindergelderstattung durch das Bundesamt für Finanzen.

³ Nach Ergänzungszuweisungen; Abweichung zu Tabelle „Einnahmen des Bundes“ ist methodisch bedingt (vgl. Fn. 1).

⁴ Ergebnis AK „Steuerschätzungen“ vom Mai 2005.

Finanzmärkte und Kreditaufnahme des Bundes

Europäische Finanzmärkte

Die Renditen der europäischen Staatsanleihen sind im April weiter zurückgegangen. Die Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe, die Ende März bei 3,62 % lag, notierte Ende April bei 3,36 %. Die Zinsen im Dreimonatsbereich – gemessen am EURIBOR – sind Ende April ebenfalls leicht auf 2,13 % zurückgegangen (Ende März: 2,15 %). Die Europäische Zentralbank hatte zuletzt am 5. Juni 2003 die Leitzinsen um 0,5 % gesenkt. Der Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte liegt seitdem

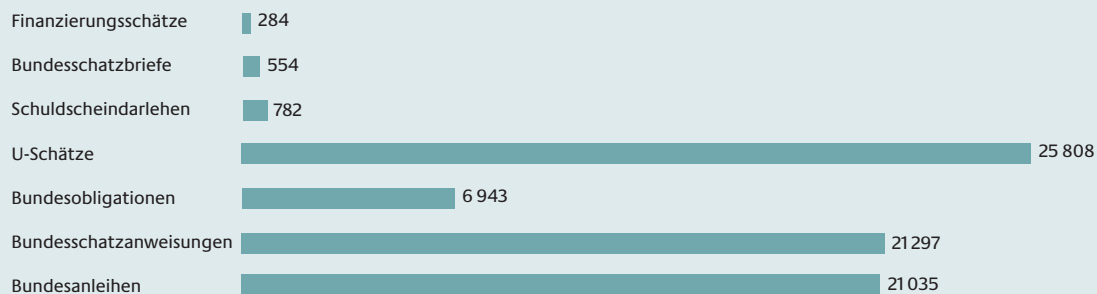
bei 2,0 %, der Zinssatz für die Einlagefazilität bei 1,0 % und für die Spitzenrefinanzierungsfazilität bei 3,0 %.

Die europäischen Aktienmärkte sind im April zurückgegangen; der Deutsche Aktienindex fiel von 4 349 auf 4 185 Punkte, der 50 Spitzenwerte der EU umfassende Euro Stoxx 50 fiel von 3 056 auf 2 930 Punkte (Monatsendstände).

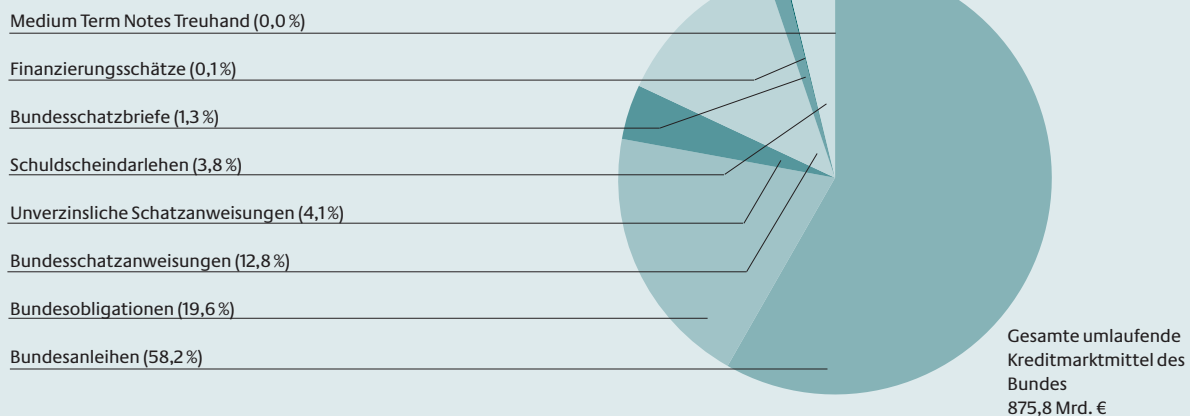
Monetäre Entwicklung

Die Jahreswachstumsrate der Geldmenge M3 im Euro-Währungsgebiet ging im März 2005 auf

Kreditaufnahme des Bundes bis April 2005 in Mio. €



Umlaufende Kreditmarktmittel des Bundes per 30. April 2005



6,5 % zurück (nach 6,7 % im Vormonat). Der Dreimonatsdurchschnitt der Jahresraten von M3 für den Zeitraum Januar bis März 2005 blieb mit 6,7 % unverändert gegenüber dem vorangegangenen Dreimonatszeitraum von Dezember 2004 bis Februar 2005 (Referenzwert: 4,5 %). Das jährliche Wachstum der Kreditgewährung an den privaten Sektor stieg im Euroraum im März auf 7,5 % an (Vormonat 7,3 %). Das niedrige Zinsniveau im Euroraum hat auch weiterhin stimulierende Wirkung auf das Geldmengen- und Kreditwachstum.

In Deutschland lag die vorgenannte Kreditwachstumsrate mit 0,3 % unter dem Vormonatswert (0,7 %); die Kreditnachfrage in Deutschland bleibt damit auch weiterhin deutlich schwächer als im Euroraum.

Kreditaufnahme und Emissionskalender des Bundes

Die Bruttokreditaufnahme des Bundes betrug im Zeitraum 1. Januar bis 30. April 2005 76,7 Mrd. €.

Gegenüber dem Stand per 1. Januar 2005¹ haben sich die umlaufenden Kreditmarktmittel des Bundes einschließlich der Bestände an eigenen Wertpapieren bis zum 30. April 2005 um 2,2 % auf 875,8 Mrd. € erhöht.

Der Bund beabsichtigt, im 2. Quartal 2005 zur Finanzierung des Bundeshaushalts die in der Tabelle „Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2005“ dargestellten Emissionen im Gesamtbetrag von ca. 58 Mrd. € zu begeben.

Änderungen des Emissionskalenders können sich je nach Liquiditätslage des Bundes oder

¹ Nach Eingliederung des Fonds Deutsche Einheit.

Tilgungen und Zinszahlungen des Bundes¹ und seiner Sondervermögen im 2. Quartal 2005 (in Mrd. €)

Tilgungen

Kreditart	April	Mai	Juni	Gesamtsumme 2. Quartal
Anleihen (Bund und Sondervermögen)	–	10,2	–	10,2
Bundesobligationen	–	6,0	–	6,0
Bundesschatzanweisungen	–	–	12,0	12,0
U-Schätze des Bundes	5,9	5,9	5,9	17,8
Bundesschatzbriefe	0,1	0,1	0,0	0,2
Finanzierungsschätze	0,1	0,1	0,1	0,2
Anleihen des Entschädigungsfonds	–	–	–	0
Fundierungsschuldverschreibungen	–	–	–	0
Ausgleichsfonds Währungsumstellung	–	–	–	0
Schuldscheindarlehen (Bund und Sondervermögen)	2,7	1,4	1,3	5,4
MTN Treuhand	–	–	–	0
Gesamtes Tilgungsvolumen Bund und Sondervermögen	8,8	23,7	19,4	51,8

Zinszahlungen

	April	Mai	Juni	Gesamtsumme 2. Quartal
Zinszahlungen	1,9	1,2	1,2	4,3

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

¹ Einschl. der seit 1999 in die Bundesschuld eingegliederten ehemaligen Sondervermögen Erblastentilgungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen und Ausgleichsfonds zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes, einschl. Ausgleichsfonds Währungsumstellung sowie einschl. des ab 2005 eingegliederten Fonds Deutsche Einheit.

der Kapitalmarktsituation ergeben. So ist – je nach Marktlage – für das 2. Quartal ggf. die Emission einer Fremdwährungsanleihe vorgesehen.

Der detaillierte Emissionskalender für das 3. Quartal 2005 wird in der dritten Dekade im Juni 2005 veröffentlicht.

Die Tilgungen des Bundes und seiner Sondervermögen Entschädigungsfonds und ERP belaufen sich im 2. Quartal 2005 auf rund 51,8 Mrd. €. Die Zinszahlungen des Bundes und seiner Sondervermögen Entschädigungsfonds und ERP belaufen sich im 2. Quartal 2005 auf rund 4,3 Mrd. €.

Emissionsvorhaben des Bundes im 2. Quartal 2005

Kapitalmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137099 WKN 113 709	Aufstockung	13. April 2005	2 Jahre fällig 23. März 2007 Zinslaufbeginn: 18. März 2005 Erster Zinstermin: 23. März 2006	7 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141463 WKN 114 146	Aufstockung	11. Mai 2005	5 Jahre fällig 9. April 2010 Zinslaufbeginn: 1. April 2005 Erster Zinstermin: 9. April 2006	ca. 5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135283 WKN 113528	Neuemission	18. Mai 2005	10 Jahre fällig 4. Juli 2015 Zinslaufbeginn: 20. Mai 2005 Erster Zinstermin: 4. Juli 2006	ca. 8 Mrd. €
Bundesschatzanweisung ISIN DE0001137107 WKN 113 710	Neuemission	15. Juni 2005	2 Jahre fällig 15. Juni 2007 Zinslaufbeginn: 15. Juni 2005 Erster Zinstermin: 15. Juni 2006	ca. 8 Mrd. €
Bundesobligation ISIN DE0001141463 WKN 114 146	Aufstockung	22. Juni 2005	5 Jahre fällig 9. April 2010 Zinslaufbeginn: 1. April 2005 Erster Zinstermin: 9. April 2006	ca. 5 Mrd. €
Bundesanleihe ISIN DE0001135283 WKN 113528	Aufstockung	29. Juni 2005	10 Jahre fällig 4. April 2015 Zinslaufbeginn: 20. Mai 2005 Erster Zinstermin: 4. Juli 2006	ca. 7 Mrd. €
¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.			2. Quartal 2005 insgesamt	ca. 40 Mrd. €

Geldmarktinstrumente

Emission	Art der Begebung	Tendertermin	Laufzeit	Volumen ¹
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114783 WKN 111 478	Neuemission	18. April 2005	6 Monate fällig 19. Oktober 2005	6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114791 WKN 111 479	Neuemission	9. Mai 2005	6 Monate fällig 16. November 2005	ca. 6 Mrd. €
Unverzinsliche Schatzanweisung ISIN DE0001114809 WKN 111 480	Neuemission	13. Juni 2005	6 Monate fällig 7. Dezember 2005	ca. 6 Mrd. €
			2. Quartal 2005 insgesamt	ca. 18 Mrd. €
¹ Volumen einschließlich Marktpflegequote.				

Konjunkturentwicklung aus finanzwirtschaftlicher Sicht

Gemäß der Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes hat sich die deutsche Wirtschaft im 1. Quartal dieses Jahres mit einem preis- und saisonbereinigten Anstieg des Bruttoinlandsprodukts von 1,0 % merklich von ihrer Stagnation im 2. Halbjahr 2004 erholt. Hierzu hat vor allem die Außenwirtschaft beigetragen. Die Inlandsnachfrage – insbesondere die Bauinvestitionen und die Privaten Konsumausgaben – neigte insgesamt zur Schwäche. Lediglich die Ausrüstungsinvestitionen setzten ihren im Vorquartal unterbrochenen Erholungskurs fort. Die binnenwirtschaftliche Schwäche führte dazu, dass die öffentlichen Haushalte einmal mehr kaum von der gesamtwirtschaftlichen Erholung profitierten: Zwar stieg das Aufkommen aus der Umsatzsteuer im 1. Quartal um 1,9 % gegenüber dem Vorjahr an, allerdings waren das Lohnsteueraufkommen und damit auch die Sozialversicherungsbeiträge erneut rückläufig. Hierin kommt zusätzlich noch die Entlastungswirkung durch den letzten Teil der Einkommensteuerre-

form zum Ausdruck, die zum 1. Januar 2005 in Kraft trat. Per saldo verminderten sich die Lohnsteuereinnahmen, da es bislang noch nicht zu einer Entspannung am Arbeitsmarkt kam.

Bereits Ende April hatte das Statistische Bundesamt erste Ergebnisse im Rahmen der VGR-Revision 2005 für die Quartale und Jahre des Zeitraums 1991 bis 2004 veröffentlicht. Die aus konjunkturanalytischer Sicht wichtigste Änderung ist die Umstellung der Realrechnung auf Vorjahrespreisbasis (siehe Kasten). Dadurch hatte sich für das vergangene Jahr allerdings keine Veränderung der jahresdurchschnittlichen Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts von 1,6 % ergeben; auch bei den Wachstumsraten im Jahresverlauf gab es kaum nennenswerte Revisionen. Aufgrund des unveränderten Konjunkturbilds lag die jetzt veröffentlichte und auf dieser neuen Methode basierende Zuwachsrate des Bruttoinlandsprodukts für das 1. Quartal somit im Bereich dessen, was im Vorhinein erwartet worden war. (Weiter auf Seite 26)

Erste Ergebnisse der VGR-Revision 2005 für den Zeitraum 1991 bis 2004

Das Statistische Bundesamt hat Ende April erste Ergebnisse einer umfassenden Revision der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen (VGR) veröffentlicht, die im Wesentlichen – neben der üblichen Einbeziehung bisher nicht berücksichtigter primärstatistischer Informationen – die Umsetzung neuer, EU-weit einzuführender Konzepte und Berechnungsmethoden umfasst:

- **Einführung der Vorjahrespreisbasis mit Verkettung zur Preisbereinigung**

Bisher wurde zur Deflationierung ein festes Basisjahr herangezogen. Zwar hatte dies den Vorteil einer einfachen Berechnung und Interpretation der preisbereinigten Daten, allerdings zu Lasten der Tatsache, dass die Veränderungsrate des realen Bruttoinlandsprodukts von der Wahl des Basisjahres abhängig war. Dies machte sich umso mehr bemerkbar, je stärker sich die relativen Preise veränderten und je weiter das aktuelle Jahr vom Basisjahr entfernt lag. Die nun herangezogene Vorjahrespreisbasis eliminiert dieses Problem mit Hilfe eines verkette-

ten Mengenindex mit jährlich angepassten Gewichtungsfaktoren und somit aktuellen Preisstrukturen, die Veränderungen in der nachgefragten Güterstruktur zeitnah berücksichtigen. Das Referenzjahr, das zur Berechnung der Niveaugrößen des Bruttoinlandsprodukts benötigt wird, wurde auf 2000 festgelegt. Dabei ist zu berücksichtigen, dass die Volumengrößen jetzt nicht mehr als Angaben in konstanten Preisen interpretiert werden können, da sie nicht nur durch die Mengenveränderungen, sondern auch durch die veränderten Preisstrukturen bestimmt werden. Darüber hinaus führt die Verkettung dazu, dass die Komponenten einer Aggregationsebene sich nicht mehr zum Gesamtergebnis addieren. Die Abweichungen nehmen mit der Entfernung vom Referenzjahr zu. Insgesamt ist die Umstellung auf Vorjahrespreisbasis jedoch sinnvoll, da sie ein realistischeres Bild der tatsächlichen konjunkturellen Dynamik vermittelt, das zudem international besser vergleichbar ist, da bereits eine Reihe von Ländern die Berechnung der preisbereinigten VGR-Daten auf diese Systematik umgestellt hat.

– **Aufteilung der FISIM**

Mit der Revision werden die so genannten unterstellten Bankgebühren (FISIM = Finanzserviceleistung, indirekte Messung) berechnet und auf die unterschiedlichen Verwender, die Kreditnehmer und die Einleger, aufgeteilt. Bisher wurden die Entgelte für Bankdienstleistungen für alle Wirtschaftsbereiche zusammen unterstellt. Die FISIM beeinflusst damit, sofern sie nicht als Vorleistung direkt im Produktionsprozess verbraucht wird, die Höhe des Bruttoinlandsprodukts und dessen Verwendungskomponenten Konsum und Exporte.

– **Einbeziehung neu zur Verfügung stehender statistischer Daten**

Schließlich wurden im Rahmen der VGR-Revision neu zur Verfügung stehende Daten aus der Dienstleistungsstatistik, den Kostenstrukturstatistiken sowie hedonische Preisindizes einbezogen. Die hedonische Preismessung berücksichtigt Qualitätsveränderungen eines Gutes, die sich ebenfalls auf dessen Preis niederschlagen. Insbesondere für Güter wie PCs, die eine schnelle technische Entwicklung mitmachen, ist dies sinnvoll. Denn die Preise eines Gutes zu verschiedenen Zeitpunkten können nur dann sinnvoll miteinander verglichen werden, wenn die Qualität dieses Gutes konstant bleibt. Da die hedonische Preismessung tendenziell zu niedrigeren Veränderungsraten des Preisniveaus führt, hat dies einen positiven Effekt auf die realen Zuwachsraten des Bruttoinlandsprodukts.

Ergebnisse

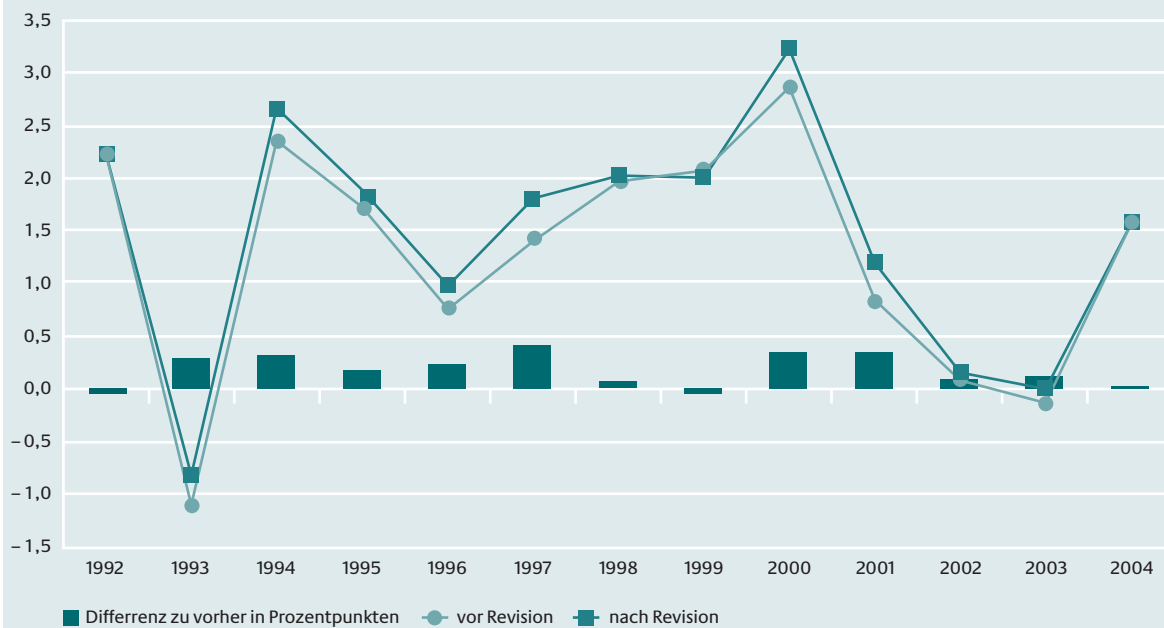
Im Ergebnis ist das Niveau des nominalen Bruttoinlandsprodukts in den einzelnen Jahren deutlich höher als bisher, und zwar in einer Größenordnung von 30 bis 47 Mrd. €. Hier wirkt sich vor allem die Schätzung der unterstellten Bankdienstleistungen für die einzelnen Wirtschaftsbereiche aus.

Die realen Veränderungsraten des Bruttoinlandsprodukts liegen im gesamten Revisionszeitraum systematisch über den bisherigen Zuwachsraten (bis zu 0,4 Prozentpunkte). Dieses Ergebnis ist im Wesentlichen Reflex der Umstellung der Realrechnung auf Vorjahrespreisbasis. In der gesamten Zeitspanne beträgt der jahresdurchschnittliche Zuwachs des realen Bruttoinlandsprodukts daher nun 1,5 % statt 1,3 %.

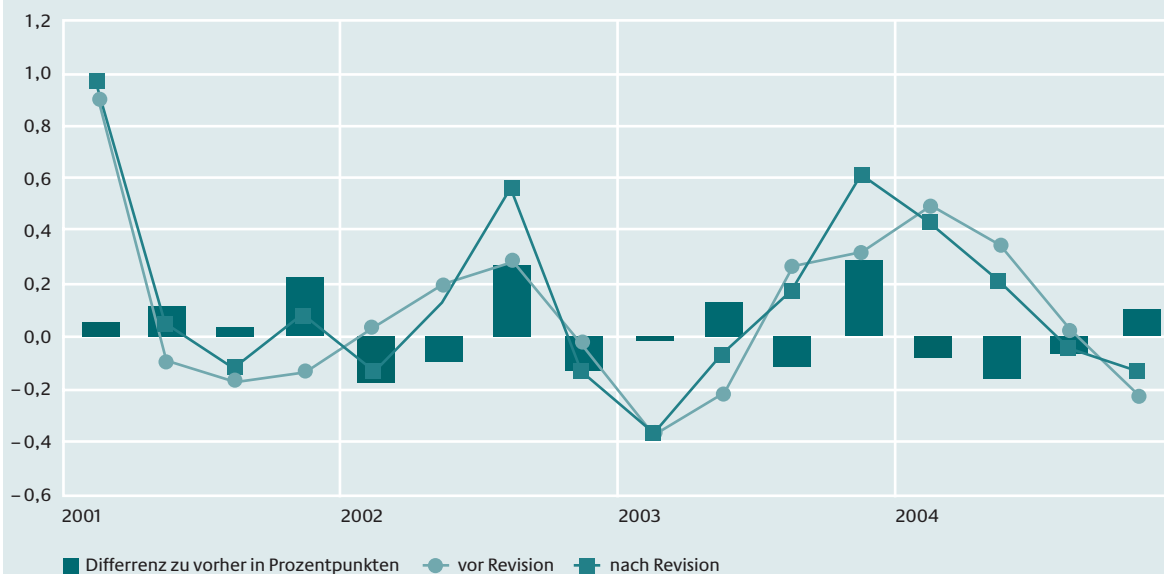
Für das Jahr 2004 gibt es kaum Veränderungen: Im Jahresdurchschnitt verbleibt die Zunahme des realen Bruttoinlandsprodukts bei 1,6 %. Für die Quartale gibt es sowohl in den

Ursprungswerten als auch in den kalender- und saisonbereinigten Ergebnissen nur geringfügige Unterschiede zur bisherigen Rechnung. Damit bleibt das bisherige Konjunkturbild erhalten.

Reales BIP (Veränderung ggü. Vorjahr in %)



Saison- und kalenderbereinigtes reales BIP (Veränderung ggü. Vorquartal in %)



Finanzwirtschaftlich wichtige Wirtschaftsdaten

Gesamtwirtschaft/ Einkommen	2004		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. €	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			3.Q.04	4.Q.04	1.Q.05 ¹	3.Q.04	4.Q.04	1.Q.05 ¹
Bruttoinlandsprodukt								
real	2 123	+ 1,6	- 0,0	- 0,1	+ 1,0	+ 1,2	+ 1,3	+ 0,0
nominal	2 207	+ 2,0	- 0,2	- 0,2	.	+ 1,2	+ 1,6	.
Einkommen								
Volkseinkommen	1 636	+ 2,2	- 1,1	- 0,1	.	+ 0,6	+ 1,4	.
Arbeitnehmerentgelt	1 134	+ 0,2	- 0,4	- 0,3	.	- 0,2	- 0,1	.
Unternehmens- und Vermögenseinkommen	502	+ 7,0	- 2,6	+ 0,3	.	+ 2,4	+ 5,8	.
Verfügbare Einkommen der privaten Haushalte	1 441	+ 1,2	+ 0,6	+ 1,2	.	+ 1,0	+ 2,2	.
Bruttolöhne und -gehälter	912	+ 0,3	- 0,5	- 0,3	.	- 0,1	- 0,1	.
Sparen der privaten Haushalte	155	+ 0,8	+ 0,1	+ 3,4	.	- 0,2	+ 4,2	.

Umsätze/ Auftragseingänge/ Außenhandel	2004		Veränderung in % gegenüber					
	Mrd. € bzw. Index	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
(nominal)			Feb 05	Mrz 05	3- Monats- durch- schnitt	Feb 05	Mrz 05	3- Monats- durch- schnitt
Umsätze								
Industrie ²	105,2	+ 4,4	- 2,2	+ 2,1	+ 1,7	+ 3,0	+ 5,9	+ 5,3
Inland ²	99,4	+ 2,5	- 2,3	+ 1,1	+ 1,0	+ 1,9	+ 3,3	+ 3,1
Ausland ²	114,5	+ 7,3	- 2,1	+ 3,6	+ 2,8	+ 4,4	+ 9,9	+ 8,3
Bauhauptgewerbe (Mrd. €)	79	- 5,2	- 11,4	.	- 6,8	- 18,9	.	- 10,1
Einzelhandel (mit Kfz. und Tankstellen)	99,5	- 0,9	.	.	.	+ 1,7	- 0,5	+ 0,5
Großhandel (ohne Kfz.)	97,5	+ 3,5	+ 0,5	+ 1,3	+ 2,3	+ 6,0	+ 0,6	+ 3,6
Auftragseingang								
Industrie	105,6	+ 7,1	- 1,9	+ 2,0	+ 0,1	+ 3,7	- 1,6	+ 2,7
Inland	99,0	+ 5,0	- 2,2	+ 1,8	- 2,6	- 0,1	- 5,1	- 0,9
Ausland	113,8	+ 9,5	- 1,8	+ 2,2	+ 3,0	+ 8,0	+ 2,2	+ 6,7
Bauhauptgewerbe	74,6	- 5,7	- 2,1	.	- 4,6	- 21,4	.	- 10,9
Außenhandel (Mrd. €)								
Waren-Exporte	731	+ 10,0	- 3,0	+ 2,1	+ 1,6	+ 5,9	+ 0,9	+ 5,1
Waren-Importe	574	+ 7,5	- 4,0	- 1,2	- 0,5	+ 4,4	+ 1,8	+ 5,2

Arbeitsmarkt	2004		Veränderung in Tsd. gegenüber					
	Personen Mio.	ggü. Vorj. %	Vorperiode saisonbereinigt			Vorjahresperiode		
			Feb 05	Mrz 05	Apr 05	Feb 05	Mrz 05	Apr 05
Erwerbstätige, Inland	38,86	+ 0,4	+ 9	+ 4	.	+ 213	+ 164	.
Arbeitslose (nationale Abgrenzung nach BA)	4,38	+ 0,1	+ 154	+ 94	- 79	+ 575	+ 628	+ 524

Preisindizes	2004		Veränderung in % gegenüber					
	Index	ggü. Vorj. %	Vorperiode			Vorjahresperiode		
2000 = 100			Feb 05	Mrz 05	Apr 05	Feb 05	Mrz 05	Apr 05
Importpreise	97,2	+ 1,0	+ 0,8	+ 1,3	.	+ 3,7	+ 3,8	.
Erzeugerpreise gewerbl. Produkte	105,8	+ 1,6	+ 0,4	+ 0,6	.	+ 4,2	+ 4,2	.
Verbraucherpreise	106,2	+ 1,6	+ 0,4	+ 0,3	+ 0,1	+ 1,8	+ 1,8	+ 1,6

ifo-Geschäftsklima Verarbeitendes Gewerbe Deutschland (ohne Nahrungs- und Genussmittelindustrie)								
saisonbereinigte Salden								
	Sep 04	Okt 04	Nov 04	Dez 04	Jan 05	Feb 05	Mrz 05	Apr 05
Klima	+ 6,2	+ 5,5	+ 4,6	+ 6,7	+ 6,6	+ 3,5	- 0,8	- 3,8
Geschäftslage	+ 2,5	+ 2,8	+ 4,2	+ 3,8	+ 5,1	+ 2,5	- 3,4	- 5,3
Geschäftserwartungen	+ 10,0	+ 8,3	+ 5,1	+ 9,5	+ 8,0	+ 4,5	+ 1,9	- 2,3

¹ Vorläufiges BIP; Schnellmeldung des Statistischen Bundesamtes vom 12. Mai 2005.² Veränderungen gegenüber Vorjahr aus saisonbereinigten Zahlen berechnet.

Quellen: Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, ifo-Institut.

Detaillierte Angaben zum Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts im 1. Quartal lagen bis Redaktionsschluss noch nicht vor. Die außenwirtschaftlichen Daten sowie die Aussage des Statistischen Bundesamtes, dass ausschließlich die Nettoexporte einen positiven Impuls für die wirtschaftliche Belebung geliefert hätten, deuten allerdings darauf hin, dass der Außenbeitrag das Ergebnis wesentlich kräftiger als im Vorquartal beeinflusst hat. So ist zum einen der Wert der Warenausfuhr im Vergleich zum 4. Quartal 2004 saisonbereinigt um 1,6 % gestiegen; zum anderen wurden weniger Waren eingeführt (– 0,5 %). Dies führte zu einer merklichen Zunahme des Handelsbilanzüberschusses um 1,3 Mrd. €. Im Vergleich zum Vorjahr verzeichnete die Exporttätigkeit insbesondere in die Länder des Euro-Raums einen deutlichen Zuwachs um 7,1 %, während die Warenausfuhr in die nicht zum Euro-Raum gehörenden EU-Mitgliedsländer um 1,6 % und diejenige in Drittländer um 4,7 % zulegte. Trotz der Höherbewertung des Euro im Vergleich zum Vorjahr war somit noch in allen Ländergruppen ein Anstieg zu verzeichnen. Vorlaufende Indikatoren wie die Auftrags-eingänge aus dem Ausland sowie die nach wie vor optimistischen ifo-Exporterwartungen im Verarbeitenden Gewerbe signalisieren, dass auch weiterhin mit außenwirtschaftlichen Impulsen, insbesondere aus dem Investitionsgüterbereich, zu rechnen sein dürfte. Allerdings stellen der Euro-Dollar-Wechselkurs und die Rohstoffpreise auf dem Weltmarkt Risiken für die weltwirtschaftliche Dynamik und damit auch für die deutsche Ausfuhrfähigkeit dar.

Im Gegensatz zum positiven Wachstumsbeitrag des Außenbeitrags war die inländische Verwendung insgesamt im 1. Quartal rückläufig. Allerdings haben die Ausrüstungsinvestitionen und die Investitionen in sonstige Anlagen (hierzu gehören z. B. Urheberrechte oder selbst erstellte Software) zugelegt. Zudem hat die kräftige ausländische Nachfrage auch die Industriekonjunktur begünstigt. Dies wird von der Aus-

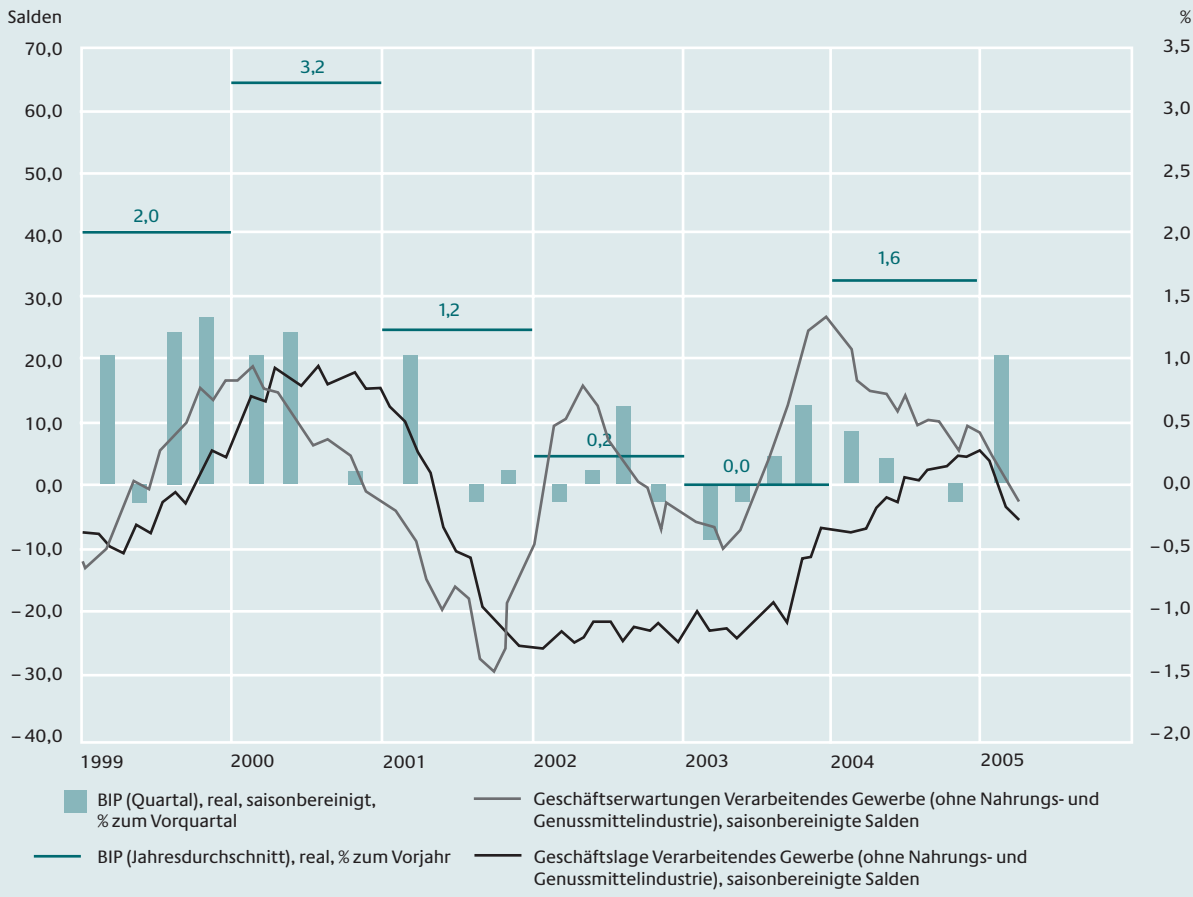
weitung der Produktion im Produzierenden Gewerbe um saisonbereinigt 1,0 % im Durchschnitt der ersten drei Monate dieses Jahres untermauert. Dabei hat die Industrie in diesem Zeitraum 1,8 % mehr produziert als im 4. Quartal 2004. Einen Zuwachs in dieser Größenordnung verzeichneten auch die Umsätze der Industrie. Dabei war die Dynamik der ausländischen Umsätze (+ 2,8 %) deutlich stärker als die der inländischen (+ 1,0 %). Der Absatz stieg in allen industriellen Hauptgruppen, am größten war die Zunahme bei den Investitionsgüterherstellern, was aber auf das Ausland zurückzuführen war.

Die Auftragseingänge in der Industrie als vorlaufender Indikator stagnierten zwar in den ersten drei Monaten gegenüber dem 4. Quartal 2004 (+ 0,1 %). Allerdings ist zu berücksichtigen, dass die Auftragseingänge im vorangegangenen Vierteljahr durch ein überdurchschnittliches Volumen an Großaufträgen im Dezember begünstigt waren, wodurch deren Aussagefähigkeit und damit auch der Quartalsvergleich verzerrt wurde. Zwar stieg die Industrienachfrage im März deutlich an; jedoch ist zu beachten, dass einzelne Monatswerte aufgrund der Schwankungsanfälligkeit des Indikators weniger aussagekräftig sind. Allerdings gab es einen kräftigen Anstieg der inländischen Auftragseingänge für Investitionsgüter, und der Wert der Inlandsorders für Konsumgüter stieg zum sechsten Mal in Folge an.

Gleichwohl hat sich die Stimmung in den Industrieunternehmen weiter verschlechtert: Das ifo-Geschäftsklima (ohne Nahrungs- und Genussmittel) hat sich im April zum vierten Mal in Folge verringert. Erstmals seit Juni 2003 war auch der Saldo der Erwartungen wieder negativ. Die Lageeinschätzung wurde noch deutlicher reduziert. Die negative Stimmung zeigte sich auch beim Einkaufsmanagerindex für das Verarbeitende Gewerbe.

Diesem insgesamt sehr gemischten Bild in der Industrie steht ein deutlich pessimistisches

BIP-Wachstum und ifo-Geschäftsklima



im Bauhauptgewerbe gegenüber. Die Produktion ging dort im 1. Vierteljahr um saisonbereinigt 7,9 % gegenüber dem Vorquartal zurück, wobei hier wohl auch die außergewöhnlich schlechte Witterung im Februar und März eine Rolle gespielt hat. Damit dürften die Bauinvestitionen abermals einen stark negativen Beitrag zum Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts im vergangenen Quartal geleistet haben. Aber auch die Auftragseingänge, für die lediglich Werte bis zum Februar vorliegen, signalisieren einen weiteren Rückgang der Produktion in diesem Quartal, wobei ausschließlich in Reaktion auf die schlechte Witterung in den Vormonaten mit einer Besserung zu rechnen ist.

Zuletzt hatten positive Entwicklungen einiger Indikatoren die Vermutung nahe gelegt, die Privaten Konsumausgaben hätten im 1. Vierteljahr ihre leichte Belebung aus dem 2. Halbjahr

2004 fortgesetzt. So hatten sich die Einzelhandelsumsätze (inkl. Kraftfahrzeugen und Tankstellen) im Vergleich zum 1. Quartal 2004 leicht erhöht (+0,5 %). Die inländischen Umsätze der Konsumgüterproduzenten wurden um 1,2 % ausgeweitet, und auch die Zunahmen der Auftrags-eingänge für diesen Bereich stimmen seit fast einem halben Jahr positiv. Darüber hinaus verbesserte sich auch die Stimmung im Einzelhandel gemäß ifo-Geschäftsklima, wenngleich das Niveau immer noch niedrig ist. Letztlich war aber wohl die Aussagekraft der Einzelhandelsdaten – nicht zuletzt aufgrund der noch laufenden Umstellung des Berichtskreises – insbesondere für letztes Quartal äußerst begrenzt. Den Angaben des Statistischen Bundesamtes ist zu entnehmen, dass der private Konsum wahrscheinlich weiterhin zur Schwäche neigte. Und auch das laufende Quartal ist von Risiken für den privaten

Konsum behaftet: So wird erwartet, dass sich die Stimmung der Verbraucher im Mai gemäß GfK-Konsumklima nach siebenmaliger Verbesserung wieder eintrübt, was wohl vor allem auch auf die weiterhin schwierige Arbeitsmarktsituation sowie den Kaufkraftentzug infolge steigender Energiekosten durch hohe Ölpreise auf dem Weltmarkt zurückzuführen ist.



Die immer noch schwache Binnenkonjunktur spiegelt sich in der unverändert angespannten Lage am Arbeitsmarkt wider. Saisonbereinigt wurde die Beschäftigung im Inland im Durchschnitt der ersten drei Monate dieses Jahres zwar um weitere 38 000 Personen oder 0,1% – und damit im gleichen Umfang wie im Vorquartal – auf 38,96 Mio. Personen ausgebaut. Die Ausweitung der Erwerbstätigkeit beruhte allerdings nach wie vor auf der Zunahme von Zusatzjobs, Minijobs und Ich-AGs. Aber die Verlangsamung des Abbaus voll sozialversicherungspflichtiger Beschäftigung und der in den vergangenen beiden Monaten zu beobachtende Anstieg der gemeldeten ungeforderten Stellenangebote im Vergleich zum Vorjahr deuten auf eine Stabilisierung am Arbeitsmarkt hin. Die Arbeitslosigkeit ist dagegen im 1. Quartal deutlich angestiegen, was jedoch im Wesentlichen auf den statistischen Effekt durch die Zusammenlegung von Sozial- und Arbeitslosenhilfe, damit zusammen-

hängende Wirkungen sowie zum Teil auch auf die schlechte Witterung zurückzuführen ist. Bei Bereinigung um diese Effekte dürfte die Arbeitslosigkeit saisonbereinigt im April erstmals wieder leicht zurückgegangen sein. Nach Ursprungszahlen fiel die Arbeitslosigkeit wieder unter die Fünf-Millionen-Marke, lag aber immer noch um mehr als eine halbe Million Personen über dem Vorjahresniveau. Die Arbeitslosenquote belief sich auf 12,0 % und damit um 1,3 Prozentpunkte über dem Niveau vom April 2004, wobei etwa 0,9 Prozentpunkte dieses Anstiegs auf den „Hartz-IV-Effekt“ zurückzuführen sind. Die etwas enger definierte Erwerbslosigkeit nach dem internationalen ILO-Konzept ist im März saisonbereinigt um 40 000 Personen gegenüber Februar auf 4,06 Mio. Personen bzw. eine Erwerbslosenquote von 9,5 % gestiegen. Inzwischen sollten die erwerbsfähigen ehemaligen Sozialhilfeempfänger – abgesehen von den optierenden Kommunen – im Wesentlichen erfasst sein, so dass in den kommenden Monaten die Arbeitslosigkeit nicht mehr steigen, sondern im Zusammenhang mit einer verbesserten Vermittlung wieder zurückgehen sollte.

Die weiterhin hohen Rohstoffpreise am Weltmarkt setzen sich in immer höhere Importpreise um. Im März übertraf der Index der Einfuhrpreise den Vorjahresstand um 3,8 %. Gegenüber dem Vormonat stieg er um 1,3 %. Dies war der stärkste Anstieg im Vormonatsvergleich seit September 2000. Dabei verteuerten sich gegenüber März 2004 Rohkaffee (+ 50 %) und rohes Erdöl (+ 46,3 %) besonders stark. Der Vorjahresstand des Erzeugerpreisindex wurde im März um 4,2 % überschritten, der Vormonatswert um 0,6 %. Auch hierzu trug die spürbare Verteuerung von Mineralölerzeugnissen (+15,0 %) und anderen Energiearten (Kohle: + 22,2 %; Erdgas: + 13,4 %, jeweils gegenüber Vorjahr) bei. Ohne Energie hätte der Anstieg des Erzeugerpreisindex lediglich 2,6 % gegenüber Vorjahr betragen. Auf der Ebene der Verbraucherpreise führte nur die Tatsache, dass das Preisklima an sich als

äußerst moderat zu bezeichnen ist, dazu, dass trotz der preistreibenden Wirkung der Preise für Mineralölprodukte der Index der Verbraucherpreise im April gegenüber dem Vormonat lediglich um 0,1 % und im Vergleich zum Vorjahr um 1,6 % angestiegen ist. Ohne Heizöl und Kraftstoffe hätte die Teuerungsrate nur bei 1,1 % gelegen. Weiterhin erhöhen die Anhebungen der Tabak-

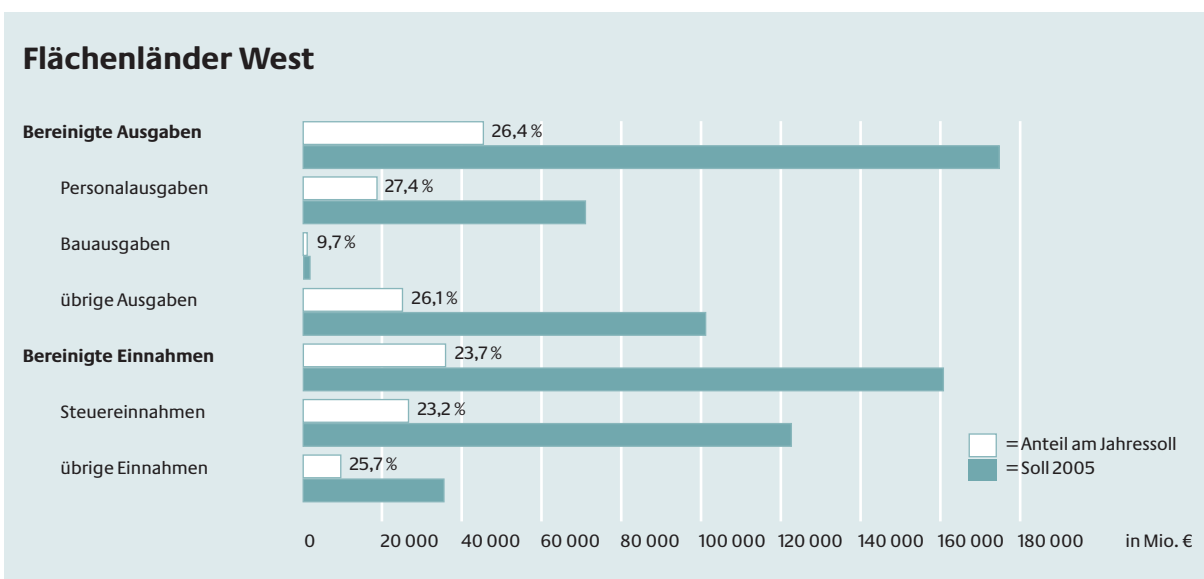
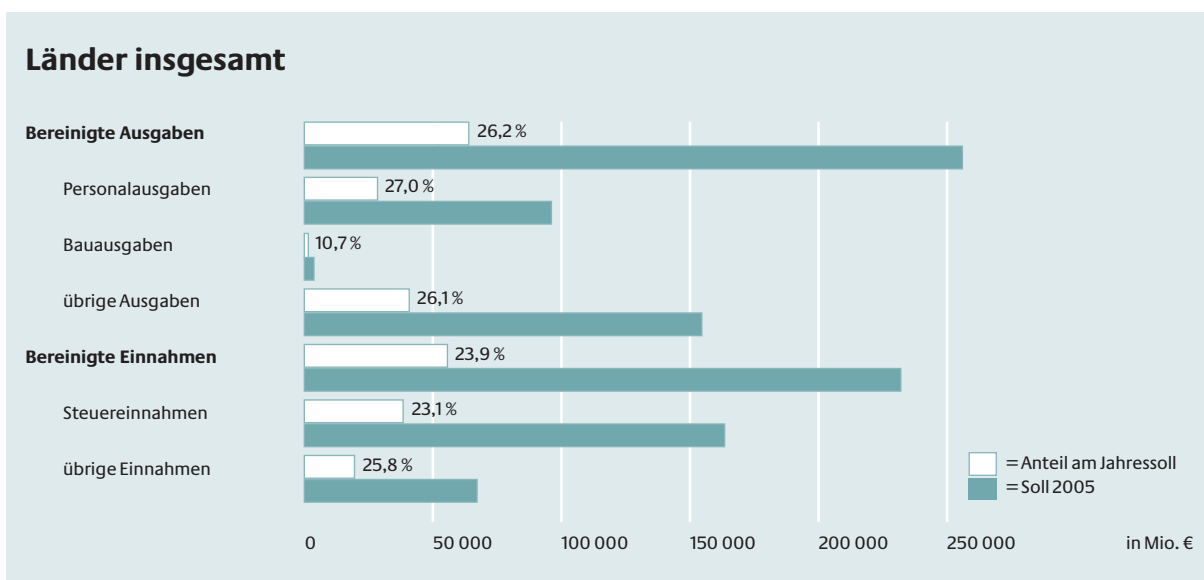
steuer – zuletzt im Dezember 2004 – sowie der Kfz-Steuer zu Jahresbeginn den Verbraucherpreisindex. Die dazugehörigen Teuerungsraten gegenüber dem April 2004 lagen für Tabakwaren bei 10,7 % und für die Kfz-Steuer bei 19,7 %. Dagegen beeinflussen die staatlichen Maßnahmen der Gesundheitsreform die Inflationsrate für die Gesundheitspflege nur noch geringfügig.

Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2005

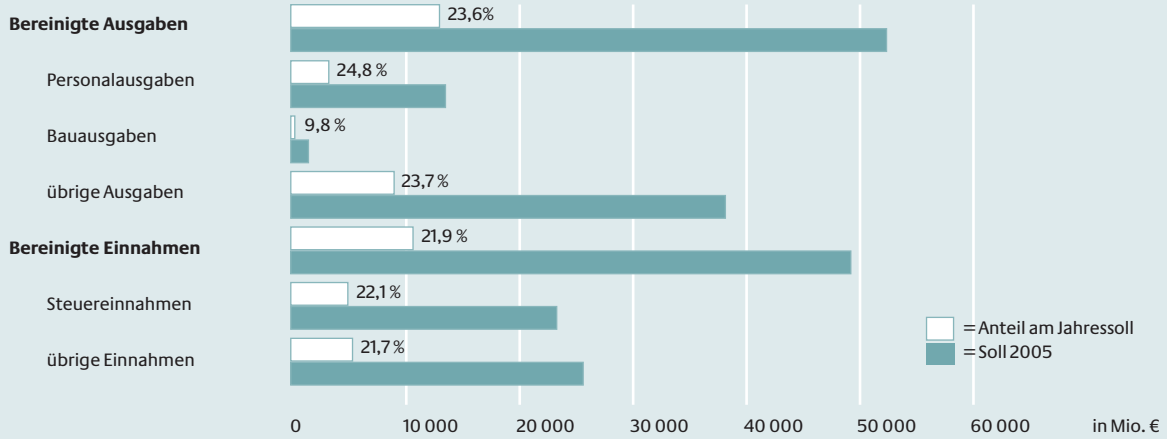
Das Bundesministerium der Finanzen legt eine Zusammenfassung über die Haushaltsentwicklung der Länder für Januar bis einschließlich März 2005 vor.

Die Haushaltsentwicklung in den ersten Monaten eines Jahres besitzt erfahrungsgemäß nur eine geringe Aussagekraft über den tatsächlichen Haushaltsverlauf bis zum Ende des Jahres. Der Vergleich zum Vorjahreszeitraum sowie die Gegenüberstellung zu den Haushaltsplanungen (s. S. 102 ff) hat daher lediglich informativen Charakter.

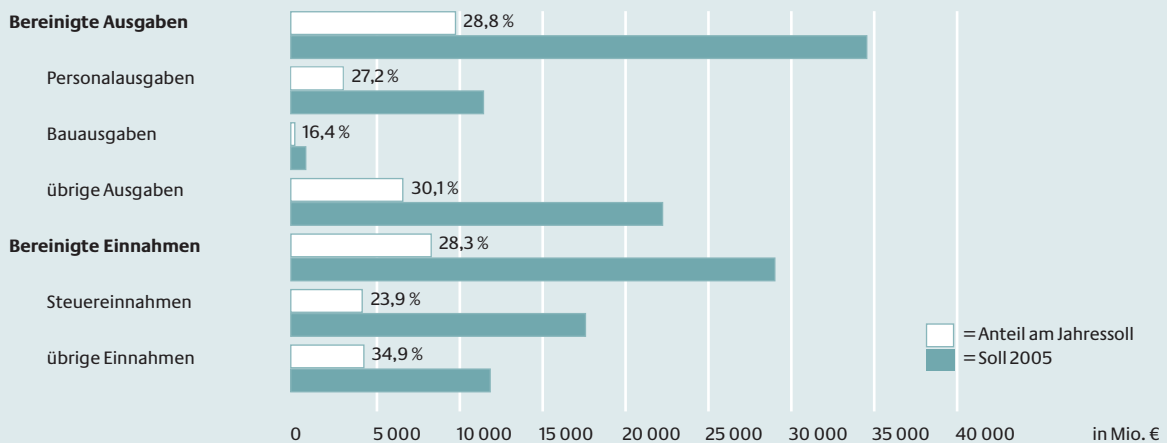
mäß nur eine geringe Aussagekraft über den tatsächlichen Haushaltsverlauf bis zum Ende des Jahres. Der Vergleich zum Vorjahreszeitraum sowie die Gegenüberstellung zu den Haushaltsplanungen (s. S. 102 ff) hat daher lediglich informativen Charakter.



Flächenländer Ost



Stadtstaaten



Termine

Finanz- und Wirtschaftspolitische Termine

- 6./7. Juni 2005 – Eurogruppe und ECOFIN in Luxemburg
- 10./11. Juni 2005 – Finanzministertreffen der G 8 in London
- 16./17. Juni 2005 – Europäischer Rat in Brüssel
- 11./12. Juli 2005 – Eurogruppe und ECOFIN in Brüssel

Terminplan für die Aufstellung und Beratung des Haushaltsentwurfs 2006

- Mitte März bis Mitte Juni 2005 – Haushaltsverhandlungen
 - 10. bis 12. Mai 2005 – Steuerschätzung
 - 22. Juni 2005 – Arbeitskreis Finanzplanungsrat
 - 24. Juni 2005 – Zuleitung an Kabinett
 - 29. Juni 2005 – Kabinettsbeschluss
 - 30. Juni 2005 – Finanzplanungsrat
 - 12. August 2005 – Zuleitung an Bundestag und Bundesrat
- 6. bis 9. September 2005 – 1. Lesung Bundestag
 - 23. September 2005 – 1. Beratung Bundesrat
- 28. September bis 10. November 2005 – Beratungen im Haushaltsausschuss des Bundestages
 - Anfang November 2005 – Steuerschätzung
 - 22. bis 25. November 2005 – 2./3. Lesung Bundestag
 - 16. Dezember 2005 – 2. Beratung Bundesrat
 - Ende Dezember 2005 – Verkündung im Bundesgesetzblatt

Veröffentlichungskalender der Monatsberichte inklusive der finanzwirtschaftlichen Daten (nach IWF-Standard SDDS)

Monatsbericht Ausgabe	Berichtszeitraum	Veröffentlichungszeitpunkt
2005 Juni	Mai 2005	20. Juni 2005
Juli	Juni 2005	21. Juli 2005
August	Juli 2005	19. August 2005
September	August 2005	21. September 2005
Oktober	September 2005	20. Oktober 2005
November	Oktober 2005	21. November 2005
Dezember	November 2005	22. Dezember 2005

Hinweis auf Veröffentlichungen

Das Bundesministerium der Finanzen hat folgende Publikationen neu herausgegeben:

Fachblick – 50 Jahre Arbeitskreis „Steuerschätzungen“
Schriftenreihe BMF – Haushaltskrisen im Bundesstaat (Heft Nr. 78)

Diese und andere Publikationen können kostenfrei bestellt werden beim

Bundesministerium der Finanzen
 – Referat Bürgerangelegenheiten –
 Wilhelmstraße 97
 10117 Berlin

telefonisch: 0 18 88 / 80 80 800 (0,12 €/Min.)
 per Telefax: 0 18 88 / 10 80 80 800 (0,12 €/Min.)

Internet: <http://www.bundesfinanzministerium.de>



Analysen und Berichte

Die Entwicklung im Bundeshaushalt bis zum 1. Quartal 2005	37
Ergebnisse der Steuerschätzung vom 10. bis 12. Mai 2005	47
Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Quartal 2005	51
Entwicklung der Länderhaushalte im Jahr 2004	55
Verwaltungspartnerschaften mit den EU-Beitrittsstaaten – Twinning	63
Neuordnung des Pfandbriefrechts – Weiterentwicklung eines deutschen Modellprodukts	69

Die Entwicklung im Bundeshaushalt bis zum 1. Quartal 2005

1	Die Eckwerte des Bundeshaushalts 2005	37
2	Erläuterung wesentlicher Ausgabepositionen	42
3	Die Entwicklung der Einnahmen	44

1 Die Eckwerte des Bundeshaushalts 2005

Der Entwurf des Bundeshaushaltsplans 2005 wurde am 26. November 2004 nach eingehenden parlamentarischen Beratungen vom Deutschen Bundestag verabschiedet. Nach der Zurückweisung des Einspruchs des Bundesrates im Deutschen Bundestag am 18. Februar 2005 ist das Haushaltsgesetz 2005 am 8. März 2005 im BGBl. I, S. 467 verkündet worden und rückwirkend zum 1. Januar 2005 in Kraft getreten.

Ausgaben. Die Ausgaben des Bundes summierten sich im 1. Quartal 2005 auf 75,4 Mrd. €. Im Vergleich zum Vorjahreswert von

74,0 Mrd. € stiegen die Ausgaben des Bundes um 1,4 Mrd. € oder 1,9%. Die Ausgabensteigerung ist – bedingt durch frühe Zinsfälligkeitstermine im Januar – auf höhere Zinsausgaben sowie auf höhere Aufwendungen für den Arbeitsmarkt zurückzuführen.

Die investiven Ausgaben des Bundes, einschließlich der bis Ende März im Haushaltsverfahren des Bundes gebuchten Betriebsmitteldarlehen an die Bundesagentur für Arbeit (BA), beliefen sich im 1. Quartal 2005 auf 6,0 Mrd. €. Die sich aus der Tabelle 1 ergebende Verringerung der Investitionen gegenüber dem Vorjahr ist dabei im Wesentlichen auf ein geändertes Abrufverfahren beim Betriebsmitteldarlehen an die BA zurückzuführen.

Tabelle 1: Gesamtübersicht

Aufgabenbereich	Soll 2005	Januar bis März 2005 in Mrd. € ¹	Januar bis März 2004	Veränderung ggü. dem Vorjahr	
				in Mrd. € ¹	in %
Die Ermittlung des Finanzierungssaldos:					
1. Ausgaben	254,3	75,4	74,0	+ 1,4	+ 1,9
2. Einnahmen	232,0	40,6	39,2	+ 1,4	+ 3,6
– Steuereinnahmen	190,8	35,2	35,2	– 0,03	– 0,1
– Verwaltungseinnahmen	41,2	5,4	4,0	+ 1,4	+ 35,8
Einnahmen ./. Ausgaben = Finanzierungssaldo	– 22,3	– 34,8	– 34,8	+ 0,002	– 0,01
Die Deckung des Finanzierungssaldos:					
Nettokreditaufnahme/aktueller Kapitalmarktsaldo einschließlich Kassenmittel	22,0	34,9	34,9	+ 0,01	+ 0,03
Münzeinnahmen	0,3	– 0,1	– 0,1	– 0,01	+ 27,4
nachrichtlich:					
Investitionen (inklusive Darlehen)	22,7	6,0	8,4	– 2,5	– 29,3

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Einnahmen. Die Einnahmen des Bundes (ohne Münzeinnahmen) summierten sich im 1. Quartal 2005 auf 40,6 Mrd. €. Gegenüber dem Vorjahr mit Einnahmen in Höhe von 39,2 Mrd. € entspricht dies einer Einnahmensteigerung von 1,4 Mrd. € oder 3,6 %. Hauptursächlich für die im Vergleich zum Vorjahr gestiegenen Einnahmen ist die erstmalige Abführung eines Teilbetrages des Aussteuerungsbetrages der Bundesagentur für Arbeit nach dem SGB II an den Bund. Dementsprechend erhöhten sich die Verwaltungseinnahmen; sie beliefen sich im 1. Quartal 2005 auf 5,4 Mrd. €.

Die Steuereinnahmen hatten mit 35,2 Mrd. € den größten Anteil an den Einnahmen des Bundes.

Defizit. Der Finanzierungssaldo des Bundes betrug im 1. Quartal 2005 wie im Vorjahr 34,8 Mrd. €. Bei der Bewertung dieses Betrages ist zu berücksichtigen, dass im Jahresverlauf die Haushaltsentwicklung nicht gleichmäßig verläuft. Dies gilt sowohl für die Ausgabenseite als auch im Besonderen für die Einnahmenseite, auf der Einmaleffekte wie z. B. die Realisierung von Privatisierungserlösen und die überproportional hohen Steuereinnahmen des Monats Dezember besonders zu Buche schlagen. Vor diesem

Hintergrund können belastbare Rückschlüsse auf das Jahresergebnis aus dem sich unterjährig ergebenden Finanzierungssaldo nicht gezogen werden.

In der nachfolgenden Tabelle 2 werden die wesentlichen Differenzen zwischen dem Ergebnis des 1. Quartals 2005 zum 1. Quartal 2004 dargestellt.

Erläuterungen zu den wesentlichen Einnahme- und Ausgabenänderungen

Grundsätzlich ist anzumerken, dass Einnahme- bzw. Ausgabenänderungen im 1. Quartal oftmals buchungstechnischer Art sind. Gründe hierfür sind ein späterer oder früherer Eingang der Buchungsbelege oder eine Verschiebung von Fälligkeitszeitpunkten.

Darüber hinaus zeigen sich bei den Ausgaben für Arbeitsmarktpolitik aufgrund der Einführung der Grundsicherung für Arbeitsuchende ab 1. Januar 2005 (Hartz IV) erhebliche Veränderungen; dies gilt entsprechend auch für das Wohngeld. Vor diesem Hintergrund sind Vergleiche mit dem Vorjahr oder auch im weiteren Jahresverlauf unterjährige Vergleiche von Quartalsdaten nur von sehr geringer Aussage-

Tabelle 2: Wesentliche Veränderungen der Ausgabenentwicklung im Vergleich zum Vorjahresergebnis

Aufgabenbereich	Soll 2005	Januar bis März 2005 in Mrd. € ¹	Januar bis März 2004	Veränderung ggü. dem Vorjahr	
				in Mrd. € ¹	in %
Mehrausgaben ggü. Vorjahr					
Arbeitsmarktpolitik	33,6	12,0	9,4	+ 2,6	+ 27,6
Zinsen	38,9	15,5	14,7	+ 0,8	+ 5,5
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	3,8	1,2	1,0	+ 0,2	+ 18,0
Mindeerausgaben ggü. Vorjahr					
Wohngeld	0,9	0,2	0,6	- 0,4	- 61,5
Straßen (ohne Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz)	5,6	0,6	0,9	- 0,3	- 32,7
Nachrichtlich Einnahmeänderungen:					
Aussteuerungsbetrag der Bundesagentur für Arbeit	6,7	1,5	-	+ 1,5	-
Abführung Bundesbank	2,0	0,7	0,2	+ 0,4	+ 172,3

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

kraft. Der ab dem Jahr 2005 von der Bundesagentur für Arbeit nach dem Sozialgesetzbuch II (SGB) zu entrichtende Aussteuerungsbetrag beeinflusst zusätzlich die Einnahmenseite des Bundes.

Zinsen. Zinszahlungen sind unabhängig von der Entwicklung des Bundeshaushalts zu betrachten, da sich die Zinszahlungstermine unterjährig nicht gleichmäßig auf bestimmte Monate oder Quartale verteilen. Aus diesem Grund kann durch einen Vergleich einzelner Quartalswerte kein Rückschluss auf die laufende Entwicklung der Zinsausgaben gezogen werden.

Wirtschaftliche Zusammenarbeit. Die Zahlungen an den „Europäischen Entwicklungsfonds“ (EEF) wurden aufgrund der rechtsverbindlichen Verpflichtungen zum 9. EEF im 1. Quartal in erhöhtem Umfang fällig. Der erhöhte Abfluss im sonstigen Bereich der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit ist insbesondere auf den rechtsverbindlichen Abruf der Zahlung für das Weltbank-Programm IDA 13 (International Development Association) zurückzuführen.

Straßen. Der Mittelabfluss im Bundesfernstraßenbau ist von den Abrechnungsmodalitäten einzelner Projekte und deren Baufortschritten abhängig. Die aufgetretene Minderausgabe im Vorjahresvergleich gehört zu den üblichen Schwankungsbreiten. In den letzten Haushaltsjahren wurde das Budget für den Straßenhaushalt veranschlagungsgemäß investiert.

Abführung Bundesbank. Gemäß § 27 Nr. 2 Bundesbankgesetz hat die Deutsche Bundesbank den Jahresüberschuss an den Bund abzuführen. Im Soll des Haushalts 2005 wurde von einem Jahresüberschuss für das Geschäftsjahr 2004 in Höhe von 2 Mrd. € ausgegangen. Tatsächlich beläuft sich der Jahresüberschuss nach Feststellung der Deutschen Bundesbank vom 15. März 2005 jedoch auf lediglich rd. 676 Mio. €. Das bedeutet für den Bundeshaushalt einen Einnahmeausfall von 1,324 Mrd. €.

Wichtige Entscheidungen mit Wirkung auf den Haushalt 2005

Arbeitsmarktreformen. Die Bundesregierung hat im Rahmen ihrer Agenda 2010 mit verschiedenen Arbeitsmarktreformgesetzen – insbesondere den so genannten Hartz-Gesetzen – notwendige grundlegende Weichenstellungen auf dem Arbeitsmarkt für eine Reduzierung der Arbeitslosigkeit vorgenommen. Mit dem zum 1. Januar 2005 in Kraft getretenen Hartz-IV-Gesetz wurden die bisherige Arbeitslosenhilfe und die Sozialhilfe für Erwerbsfähige zu einer neuen Leistung – der Grundsicherung für Arbeitssuchende – zusammengeführt und damit das bisherige Nebeneinander von zwei staatlichen Fürsorgeleistungen beendet. Die Betreuung erwerbsfähiger Hilfebedürftiger erfolgt jetzt ganzheitlich durch eine Stelle, entweder in einer aus Arbeitsagentur und Kommune errichteten Arbeitsgemeinschaft oder von einem der bundesweit 69 zugelassenen kommunalen Träger. Damit werden die Betreuungs- und Integrationsmöglichkeiten gegenüber dem bisherigen System deutlich verbessert.

Kinderzuschlag für gering verdienende Eltern. Mit dem Hartz-IV-Gesetz wurde der Kinderzuschlag – eine gezielte Förderung gering verdienender Familien – eingeführt. Der Kinderzuschlag ist eine neue familienpolitische Leistung in Höhe von monatlich bis zu 140 € je Kind. Er wird an Eltern gezahlt, die zwar mit ihren Einkünften ihren eigenen Unterhalt bestreiten können, nicht aber den ihrer Kinder. Sie wären ohne Kinderzuschlag auf Arbeitslosengeld II angewiesen, mit Kinderzuschlag kann die Familie von den eigenen Einkünften leben.

Neuregelung des Wohngeldes. Auch diese Neuregelung steht im direkten Zusammenhang mit der Einführung des Arbeitslosengeldes II. Ab 2005 wird das Wohngeld auf die Personengruppen konzentriert, die nicht Empfänger von Transferleistungen sind. Wohngeldberechtigt sind damit zukünftig hauptsächlich

Personen mit geringen eigenen Einkünften. An der Höhe des Wohngeldes ändert sich nichts. Für die Empfänger von staatlichen Transferleistungen einschließlich ihrer Bedarfsgemeinschaften (z. B. Ehegatten) werden die angemessenen Kosten der Unterkunft zukünftig ausschließlich im Rahmen der jeweiligen Transferleistung berücksichtigt. Transferleistungen sind z. B. das Arbeitslosengeld II, die Sozialhilfe und die Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung. Diese Vereinfachung bewirkt auf Grund des Wegfalls der aufwändigen Erstattungs- und Verrechnungsverfahren zwischen den verschiedenen Trägern der Unterkunftskosten einen erheblichen Bürokratieabbau.

Nachhaltige Finanzierung der gesetzlichen Rentenversicherung. Die gesetzliche Rentenversicherung ist und bleibt die wichtigste Säule der Alterssicherung in Deutschland. Mit dem Rentenversicherungs-Nachhaltigkeitsgesetz wurden die Weichen gestellt, um die gesetzliche Rentenversicherung finanzierbar zu halten.

Es wurde ein so genannter Nachhaltigkeitsfaktor eingeführt. Er berücksichtigt bei der jährlichen Anpassung der Renten die zahlenmäßige Entwicklung des Verhältnisses von Beitragszahlern zu Rentnern. Das bedeutet, dass weniger Beitragszahler zu geringeren Rentenerhöhungen, ein Anstieg der Beitragszahler hingegen zu höheren Renten führt. Der Nachhaltigkeitsfaktor bezieht damit die Auswirkungen einer längeren Lebenserwartung, die Entwicklung der Geburten und der Erwerbstätigkeit in die Rentenanpassung ein. Dies stellt sicher, dass die Funktionsfähigkeit unseres Rentenversicherungssystems auch in Zukunft erhalten bleibt. Der Nachhaltigkeitsfaktor wird sich ab 1. Juli 2005 auswirken.

Die Zeiten allgemeiner Schulausbildung sowie Fachhochschul- und Hochschulzeiten werden ab 1. Januar 2009 nur noch als unbewertete Anrechnungszeiten in die Rentenberechnung einbezogen. Die Bewertung bzw. Höherbewer-

tung von beruflichen und schulischen Ausbildungszeiten ist auf insgesamt 36 Kalendermonate, in denen Pflichtbeiträge geleistet worden sind, beschränkt.



Dritte Stufe der Steuerreform. Zum 1. Januar 2005 trat die dritte und letzte Stufe der Steuerreform 2000 in Kraft. Die Bürgerinnen und Bürger werden durch sie jährlich um weitere rund 6,5 Mrd. € entlastet. Der Eingangssteuersatz ist durch die Steuerreform seit 1998 von ehemals 25,9 % auf 15 % und der Spitzensteuersatz von ehemals 53 % auf 42 % gesenkt worden. Die Einkommensteuersätze befinden sich damit auf einem historischen Tiefstand. Der von der Lohn- und Einkommensteuer gänzlich freigestellte Grundfreibetrag ist von 1998 bis 2004 von 6 322 € auf 7 664 € gestiegen. Für Verheiratete bleiben jetzt 15 328 € steuerfrei.

Die Steuerreform führt zusammen mit den Maßnahmen der Familienförderung und der neuen Besteuerung der Alterseinkünfte ab 2005 zu einer jährlichen Steuerentlastung von mehr als 59 Mrd. €. Allein für die Privathaushalte sind das mehr als 47 Mrd. € weniger Steuern jährlich.

Besonders Arbeitnehmer mit niedrigem und mittlerem Einkommen sowie Familien mit Kindern werden durch die Steuerreform besser gestellt. Die steuerlichen Entlastungen z. B. für eine Arbeitnehmerfamilie mit zwei Kindern (Jahresarbeitslohn 30 000 €) sind seit 1998 erheblich: Allein durch die Erhöhung des Kindergeldes stieg hier das Einkommen um 996 €. Zusammen mit dem erhöhten steuerlichen Grundfreibetrag

und den niedrigeren Steuersätzen steigert sich das verfügbare Einkommen dieser Familie 2005 gegenüber 1998 um 2392 €.

Subventionsabbau in der Landwirtschaft. Bei Agrardiesel wird ab dem 1. Januar 2005 die bisherige Steuerermäßigung verringert. Landwirte konnten bisher ihren Dieseldieselfkraftstoff billiger tanken. Für sie galt ein ermäßigter Steuersatz von 25,56 Cent/Liter. Diese Steuersubvention wird um 56 % gekürzt. Ab dem 1. Januar 2005 müssen Landwirte 40 Cent Mineralölsteuer je Liter Agrardiesel zahlen. Das ist immer noch weniger, als alle anderen Pkw- und Lkw-Fahrer zahlen. Diese zahlen 47,04 Cent Mineralölsteuer pro Liter. Außerdem: Den ermäßigten Steuersatz gibt es ab dem 1. Januar 2005 nur noch für maximal 10 000 Liter Agrardiesel pro Jahr. Weiterhin gilt ein Selbstbehalt von 350 €. Das entlastet den Bundeshaushalt ab dem Jahr 2006 um 287 Mio. € jährlich.

Gleichzeitig wird der Bundeszuschuss zur Krankenversicherung der Landwirte gekürzt. Dieser Zuschuss war 2004 mit rund 1 Mrd. € im Bundeshaushalt veranschlagt. Ab 2005 wird er um 82 Mio. €, bis 2008 ansteigend um 91 Mio. € jährlich reduziert. Die Mehrbelastung der Landwirte in der landwirtschaftlichen Krankenversicherung ist gemessen an der Belastung der aktiven Mitglieder in der allgemeinen Krankenversicherung sozialpolitisch gerechtfertigt.

Postbeamtenversorgungskasse. Die Postbeamtenversorgungskasse beabsichtigt, die von den Post-Aktiengesellschaften zu leistenden Beitragszahlungen zur Mitfinanzierung der Postpensionsforderungen zu kapitalisieren. Infolgedessen entfällt der Zuschuss des Bundes an die Postbeamtenversorgungskasse.

Zuschuss an den Fonds Deutsche Einheit. Ab dem Jahr 2005 werden die Zinszahlungen für den Fonds Deutsche Einheit direkt aus dem Bundeshaushalt gezahlt. Aus diesem Grund entfallen die Zuschüsse an das Sondervermögen Fonds Deutsche Einheit in der bisherigen Form.

Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit. Mit einer zeitlich befristeten „Brücke in die Steuerehrlichkeit“ wurde bislang steuerunehrlichen Bürgern die Möglichkeit gegeben, durch Abgabe einer Erklärung bis spätestens 31. März 2005 und Entrichtung einer pauschalen Abgabe Befreiung von Geldbußen oder Strafen zu erlangen.

Aussteuerungsbetrag der Bundesagentur für Arbeit. Mit dem neuen SGB II („Hartz-IV-Gesetz“) sind ab 1. Januar 2005 Leistungen zur Eingliederung von Langzeitarbeitslosen in den Arbeitsmarkt vom Haushalt der Bundesagentur für Arbeit in den Bundeshaushalt verlagert worden. Im Gegenzug hat die BA einen Aussteuerungsbetrag an den Bundeshaushalt zu entrichten. Die Höhe des Betrags richtet sich nach der Anzahl der Personen, die im Laufe eines Jahres vom Bezug des Arbeitslosengeldes nach dem SGB III (Haushalt der BA) in den Bezug des Arbeitslosengeldes II nach dem SGB II (Bundeshaushalt) überwechseln, und den jahresdurchschnittlichen Aufwendungen pro Bedarfsgemeinschaft. Im Haushalt 2005 sind dazu 6,7 Mrd. € veranschlagt. Der Aussteuerungsbetrag schafft einen Anreiz für die BA, Arbeitslosigkeit noch während des Bezugs von Arbeitslosengeld nach dem SGB III zu beenden.

Ausblick

Die konjunkturelle Erholung hat bislang zu keiner nennenswerten Haushaltsentlastung geführt. Mit der Aufstellung des Bundeshaushalts 2006 werden die Konsolidierungsanstrengungen unvermindert fortgesetzt. Derzeit werden der Entwurf des Bundeshaushalts 2006 und der Finanzplan des Bundes 2005 bis 2009 vorbereitet. Nach gegenwärtigem Planungsstand wird das Bundeskabinett diese am 29. Juni 2005 beschließen. Die erste Lesung im Deutschen Bundestag ist für den Zeitraum vom 6. bis 9. September 2005 terminiert.

2 Erläuterung wesentlicher Ausgabepositionen

Soziale Sicherung

Die Tabelle 3 zeigt die wesentlichen Ausgaben des Bundes für die soziale Sicherung. Unter sozialer Sicherung werden alle sozialpolitischen Leistungen verstanden, die bestimmte wirtschaftliche und soziale Existenzrisiken absichern. Hierunter

fallen Risiken wie Alter, Krankheit, Unfall, Invalidität oder Arbeitslosigkeit. Die Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung werden im Jahr 2005 auf 128,1 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 50,4% an den Gesamtausgaben.

Allgemeine Dienste

Die Tabelle 4 (s. S. 43) zeigt die wesentlichen Ausgaben des Bundes für so genannte „Allgemeine

Tabelle 3: Ausgaben des Bundes für soziale Sicherung

Aufgabenbereich	Soll 2005	Januar bis März 2005 in Mrd. € ¹	Januar bis März 2004	Veränderung ggü. dem Vorjahr	
				in Mrd. € ¹	in %
Leistungen an die Rentenversicherung (RV)	77,9	24,8	24,8	- 0,01	- 0,05
– Bundeszuschuss an die RV der Arbeiter u. Angestellten	37,5	12,5	12,4	+ 0,1	+ 1,2
– zusätzlicher Zuschuss	17,3	5,8	5,8	+ 0,02	+ 0,3
– Beiträge für Kindererziehungszeiten	11,7	2,9	3,0	- 0,03	- 1,1
– Erstattung von einigungsbedingten Leistungen	0,6	0,2	0,2	- 0,02	- 7,8
– Bundeszuschuss an die knappschaftliche Rentenversicherung	7,0	2,3	2,4	- 0,1	- 4,7
– Überführung der Zusatzversorgungssysteme in die Rentenversicherung	2,7	0,8	0,8	- 0,02	- 2,9
nachrichtlich:					
– Überführung der Sondereversorgungssysteme in die Rentenversicherung	1,5	0,5	0,5	- 0,01	- 2,8
Pauschale Abgeltung der Aufwendungen der Krankenkassen für versicherungsfremde Leistungen	2,5	-	-	-	-
Landwirtschaftliche Sozialpolitik	3,7	1,0	1,0	+ 0,002	+ 0,2
darunter:					
– Alterssicherung	2,3	0,6	0,6	- 0,01	- 0,9
– Krankenversicherung	1,1	0,3	0,3	+ 0,004	+ 1,5
– Unfallversicherung	0,2	0,1	0,03	+ 0,02	+ 44,9
Arbeitsmarktpolitik	33,6	12,0	9,4	+ 2,6	+ 27,6
darunter:					
– Bundesagentur für Arbeit (BA)	4,0	2,5 ²	4,6 ²	- 2,0	- 44,7
– Arbeitslosenhilfe	1,5	1,6	4,5	- 2,9	- 64,3
– Anpassungsmaßnahmen, produktive Arbeits- förderung	0,2	0,2	0,2	+ 0,002	+ 1,0
– Leistungen der Grundsicherung für Arbeitsu- chende	27,7	7,6	0,0	+ 7,6	.
Erziehungsgeld	2,7	0,7	0,8	- 0,1	- 9,3
Kinderzuschlag nach § 6 a BKGG	0,2	0,01	-	+ 0,01	-
Wohngeld	0,9	0,2	0,6	- 0,4	- 61,5
Wohnungsbau-Prämiengesetz	0,5	0,1	0,2	- 0,02	- 14,9
Kriegsopferversorgung und -fürsorge	3,0	0,9	1,1	- 0,1	- 11,2

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

² Unterjährig gewährte und im Haushaltsverfahren des Bundes gebuchte Betriebsmitteldarlehen an die BA (Daten weichen auf Grund unterschiedlicher Buchungszeitpunkte von veröffentlichten Daten der BA ab); Rückschluss auf Zuschussbedarf der BA nicht möglich.

Tabelle 4: Allgemeine Dienste

Aufgabenbereich	Soll 2005	Januar bis März 2005 in Mrd. € ¹	Januar bis März 2004	Veränderung ggü. dem Vorjahr	
				in Mrd. € ¹	in %
Versorgung	6,7	1,9	1,8	+ 0,02	+ 1,0
– Ziviler Bereich	2,5	0,6	0,6	– 0,01	– 1,7
– Verteidigung, einschließlich militärischer Bereich	4,2	1,2	1,2	+ 0,03	+ 2,4
Verteidigung (Oberfunktion 03 ohne Versorgung)	23,7	5,4	5,8	– 0,4	– 7,4
– Militärische Beschaffungen, Forschung und Entwicklung, Materialerhaltung	8,1	1,3	1,9	– 0,5	– 28,6
Wirtschaftliche Zusammenarbeit	3,8	1,2	1,0	+ 0,2	+ 18,0
– Bilaterale finanzielle und technische Zusammenarbeit	1,6	0,4	0,4	– 0,03	– 7,6
– Beteiligung an der Internationalen Entwicklungsorganisation	0,4	0,2	0,2	+ 0,02	+ 12,0
– Europäischer Entwicklungsfonds	0,5	0,3	0,2	+ 0,1	+ 67,1
Politische Führung und zentrale Verwaltung	4,3	0,9	0,9	– 0,00	– 0,5
– Zivildienst	0,7	0,1	0,1	– 0,03	– 18,2
Finanzverwaltung	2,4	0,6	0,6	– 0,01	– 1,7
Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2,7	0,6	0,6	+ 0,04	+ 6,7

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Dienste“. Hierbei handelt es sich um zentrale staatliche Aufgaben wie Verteidigung, wirtschaftliche Zusammenarbeit und Ausgaben zur Sicherung der öffentlichen Ordnung. Die Ausgaben für Allgemeine Dienste werden im Jahr 2005 auf 47,9 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 18,8 % an den Gesamtausgaben.

Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Die Tabelle 5 zeigt die wesentlichen Ausgaben des Bundes für das Verkehrs- und Nachrichtenwesen. Wesentliche Aufgabenbereiche sind der Bau und Betrieb der Bundesstraßen, Bundesautobahnen und Bundeswasserstraßen sowie der Aus- und

Tabelle 5: Verkehrs- und Nachrichtenwesen

Aufgabenbereich	Soll 2005	Januar bis März 2005 in Mrd. € ¹	Januar bis März 2004	Veränderung ggü. dem Vorjahr	
				in Mrd. € ¹	in %
Straßen (ohne Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz)	5,6	0,6	0,9	– 0,3	– 32,7
– Bundesautobahnen	3,7	0,5	0,7	– 0,2	– 31,0
– Bundesstraßen	1,8	0,2	0,3	– 0,1	– 38,9
Wasserstraßen und Häfen	1,3	0,2	0,2	– 0,01	– 4,6
Finanzhilfen nach dem Gemeindeverkehrsfinanzierungsgesetz	1,7	0,2	0,2	– 0,01	– 4,7
nachrichtlich: Beteiligungen des Bundes an Wirtschaftsunternehmen im Verkehrsbereich aus Hauptfunktion 8					
Eisenbahnen des Bundes – Deutsche Bahn AG	3,7	0,2	0,3	– 0,1	– 31,4
Bundeseisenbahnvermögen	5,2	1,1	1,1	– 0,05	– 4,2

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Tabelle 6: Wirtschaftsförderung

Aufgabenbereich	Soll 2005	Januar bis März 2005 in Mrd. € ¹	Januar bis März 2004	Veränderung ggü. dem Vorjahr	
				in Mrd. € ¹	in %
Regionale Förderungsmaßnahmen	0,9²	0,2	0,2	+ 0,02	+ 9,6
– Gemeinschaftsaufgabe „Regionale Wirtschaftsstruktur“ (Ist einschließlich EFRE-Mittel)	0,7	0,2	0,1	+ 0,03	+ 27,1
Förderung des Kohlenbergbaus	1,8	1,3	1,1	+ 0,2	+ 15,3
Mittelstandsförderung	0,9	0,1	0,1	+ 0,01	+ 10,5
Förderung erneuerbarer Energien	0,4	0,04	0,03	+ 0,01	+ 27,4
Gewährleistungen	1,5	0,2	0,2	+ 0,005	+ 2,2
Landwirtschaft	1,1	0,1	0,1	+ 0,01	+ 7,4
– Gemeinschaftsaufgabe „Agrarstruktur und Küstenschutz“	0,7	0,04	0,04	+ 0,01	+ 14,7

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.² Soll ohne EFRE-Mittel.

Umbau der Schienenwege. Die Ausgaben für das Verkehrs- und Nachrichtenwesen werden im Jahr 2005 auf 10,5 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 4,1% an den Gesamtausgaben.

Wirtschaftsförderung

Die Tabelle 6 zeigt die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für Wirtschaftsförderung in den Bereichen Landwirtschaft, Energie- und Wasserwirtschaft sowie für Gewerbe und Dienstleistungen. Die Ausgaben für Wirtschaftsförderung werden im Jahr 2005 auf 6,3 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 2,5% an den Gesamtausgaben.

Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Die Tabelle 7 (s. S. 45) zeigt die wesentlichen Aufwendungen des Bundes für den Bereich Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur. Die Ausgaben für diesen Aufgabenbereich werden im Jahr 2005 auf 11,7 Mrd. € veranschlagt. Dies entspricht einem Anteil von 4,6% an den Gesamtausgaben.

Übrige Ausgaben

Die Tabelle 8 (s. S. 45) gibt einen Überblick über die übrigen Ausgaben des Bundes. Im Wesentlichen handelt es sich um Aufwendungen des Bundes aus den Aufgabenbereichen Gesundheit und Sport, Wohnungswesen, Wirtschaftsunternehmen und allgemeine Finanzwirtschaft einschließlich der Zinszahlungen.

3 Die Entwicklung der Einnahmen

Die Tabelle 9 (s. S. 46) gibt einen Überblick über die Entwicklung der Einnahmen des Bundes. Die Steuereinnahmen haben mit 190,8 Mrd. € oder 75,0% auf der Einnahmenseite den weitaus größten Anteil am Gesamtvolumen des Bundeshaushalts mit 254,3 Mrd. €. Die Verwaltungseinnahmen bilden mit 41,2 Mrd. € oder 16,2 % die zweitwichtigste Einnahmequelle. Die Nettokreditaufnahme und die Münzeinnahmen vervollständigen mit 22,3 Mrd. € oder 8,8 % das zur Finanzierung der Ausgaben benötigte Einnahmenvolumen.

Tabelle 7: Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung und Kultur

Aufgabenbereich	Soll 2005	Januar bis März 2005 in Mrd. € ¹	Januar bis März 2004	Veränderung ggü. dem Vorjahr	
				in Mrd. € ¹	in %
Investitionsprogramm Ganztagschulen	0,7	0,1	0,04	+ 0,02	+ 45,2
Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	6,8	1,4	1,4	- 0,03	- 2,2
– gemeinsame Forschungsförderung von Bund und Ländern	2,6	0,4	0,4	+ 0,03	+ 6,4
– Max-Planck-Gesellschaft, Fraunhofer-Gesellschaft	0,9	0,1	0,04	+ 0,1	+ 147,4
– Forschungszentren der Helmholtz-Gemeinschaft	1,4	0,3	0,3	- 0,03	- 10,1
– Weltraumforschung	0,7	0,2	0,2	+ 0,02	+ 8,1
Leistungen nach dem Bundesausbildungsförderungsgesetz (BAföG)	1,0	0,4	0,3	+ 0,1	+ 15,9
Hochschulen	1,9	0,3	0,3	- 0,004	- 1,3
– Gemeinschaftsaufgabe Hochschulbau	0,9	0,2	0,2	- 0,004	- 2,3
– Deutsche Forschungsgemeinschaft e. V. Bonn	0,8	0,1	0,1	+ 0,003	+ 2,1
Berufliche Weiterbildung	0,2	0,01	0,02	- 0,01	- 53,7
Kunst- und Kulturpflege	1,5	0,3	0,6	- 0,3	- 45,0

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.**Tabelle 8: Übrige Ausgaben**

Aufgabenbereich	Soll 2005	Januar bis März 2005 in Mrd. € ¹	Januar bis März 2004	Veränderung ggü. dem Vorjahr	
				in Mrd. € ¹	in %
Zinsen	38,9	15,5	14,7	+ 0,8	+ 5,5
Wohnungswesen	1,2	0,5	0,5	- 0,01	- 1,5
– Soziale Wohnraumförderung	0,3	0,1	0,2	- 0,1	- 39,5
– Wohnraummodernisierungsprogramme	0,7	0,3	0,3	+ 0,003	+ 1,2
Städtebauförderung	0,5	0,0	0,1	- 0,02	- 28,5
Gesundheit, Umwelt, Sport und Erholung	0,9	0,2	0,2	- 0,04	- 18,0
Nachfolgeeinrichtungen der Treuhandaanstalt	0,4	0,1	0,1	- 0,03	- 34,9

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Tabelle 9: Entwicklung der Einnahmen

Aufgabenbereich	Soll 2005	Januar bis März 2005 in Mrd. € ¹	Januar bis März 2004	Veränderung ggü. dem Vorjahr	
				in Mrd. € ¹	in %
Einnahmen	232,0	40,6	39,2	+ 1,4	+ 3,6
darunter:					
Steuern	190,8	35,2	35,2	- 0,03	- 0,1
Bundesanteile an Gemeinschaftsteuern und Gewerbesteuerumlage	146,9	32,4	30,6	+ 1,7	+ 5,7
- Lohnsteuer	51,8	10,5	11,2	- 0,7	- 6,5
- Veranlagte Einkommensteuer	2,4	- 1,6	- 2,3	+ 0,7	- 31,4
- Nicht veranlagte Steuern vom Ertrag	4,9	1,4	1,8	- 0,4	- 23,8
- Zinsabschlag	3,2	1,4	1,4	- 0,1	- 3,7
- Körperschaftsteuer	8,6	2,2	1,1	+ 1,1	+ 102,5
- Steuern vom Umsatz	74,6	18,5	17,4	+ 1,1	+ 6,0
- Gewerbesteuerumlage	1,3	0,1	0,05	+ 0,02	+ 49,8
Bundessteuern	85,7	15,2	15,6	- 0,4	- 2,3
- Mineralölsteuer	41,5	4,4	4,6	- 0,2	- 4,4
- Tabaksteuer	14,8	2,5	2,4	+ 0,1	+ 5,2
- Solidaritätszuschlag	10,3	2,5	2,5	+ 0,1	+ 3,3
- Versicherungssteuer	8,9	3,9	3,8	+ 0,02	+ 0,5
- Stromsteuer	6,6	1,2	1,5	- 0,3	- 18,5
- Branntweinsteuer	2,2	0,3	0,4	- 0,1	- 23,4
- Kaffeesteuer	1,0	0,3	0,3	+ 0,01	+ 3,3
- Schaumweinsteuer	0,4	0,1	0,1	- 0,01	- 11,9
- Sonstige Bundessteuern	0,0	- 0,0001	0,001	- 0,001	.
Abzugsbeträge	- 41,8	- 12,4	- 11,0	- 1,4	+ 12,7
- Ergänzungszuweisungen an Länder	- 14,5	- 3,7	- 3,9	+ 0,2	- 5,7
- Zuweisungen an Länder gemäß Gesetz zur Regionalisierung des ÖPNV aus dem Mineral- ölsteueraufkommen	- 7,1	- 1,8	- 1,7	- 0,1	+ 3,6
- Mehrwertsteuer-Eigenmittel der EU	- 3,5	- 1,2	- 1,1	- 0,04	+ 3,4
- Zuweisungen an die EU nach BNE-Schlüssel	- 16,8	- 5,8	- 4,3	- 1,5	+ 35,6
Sonstige Einnahmen	41,2	5,4	4,0	+ 1,4	+ 35,8
darunter:					
- Ablieferung Bundesbank	2,0	0,7	0,2	+ 0,4	+ 172,3
- Darlehensrückflüsse (Beteiligungen)	21,5	0,9	1,1	- 0,2	- 19,7
- Aussteuerungsbetrag der Bundesagentur für Arbeit	6,7	1,5	-	+ 1,5	-

¹ Differenzen durch Rundung der Zahlen möglich.

Ergebnisse der Steuerschätzung vom 10. bis 12. Mai 2005

1	Gesamtwirtschaftliche Annahmen.....	47
2	Schätzergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“.....	47
3	Fazit.....	50

Vom 10. bis 12. Mai 2005 fand auf Einladung der Senatsverwaltung für Finanzen des Landes Berlin die 125. Sitzung des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“ statt. Geschätzt wurden die Steuereinnahmen für die Jahre 2005 bis 2009.

Die Schätzung ging vom geltenden Steuerrecht aus. Gegenüber der vorangegangenen Schätzung vom November 2004 wurden die finanziellen Auswirkungen des EU-Richtlinien-Umsetzungsgesetzes, des EG-Amtshilfe-Anpassungsgesetzes sowie des Haushaltsbegleitgesetzes 2005 berücksichtigt.

1 Gesamtwirtschaftliche Annahmen

Die Annahmen über die Entwicklung des nominalen Bruttoinlandsprodukts wurden von der Bundesregierung für 2005 von 2,7% auf 1,6% und für 2006 von 3,4% auf 2,4% abgesenkt. Für die Jahre 2007 und 2008 wurden die Wachstumsannahmen um 0,5 Prozentpunkte reduziert (siehe Übersicht 1, S. 48). Besonders relevant für die Entwicklung der Steuereinnahmen ist die Absenkung der angenommenen Bruttolöhne und -gehälter um einen Prozentpunkt in diesem Jahr und um 1,7 Prozentpunkte in 2006. Aber auch der Rückgang der modifizierten letzten inländischen Verwendung, einer wichtigen Kenngröße für die Schätzung der Umsatzsteuereinnahmen, um 0,4 Prozentpunkte in diesem Jahr und 1,2 Prozentpunkte im kommenden Jahr sowie 0,7 Prozentpunkte in den Jahren 2007 bis 2008 führt zu erheblichen Mindereinnahmen gegenüber den bisherigen Schätzungen.

2 Schätzergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“

Die Schätzergebnisse sind im Detail den Übersichten 3 und 4 zu entnehmen. Danach steigen die Steuereinnahmen von 445,0 Mrd. € im Jahr 2005 bis auf 501,1 Mrd. € im Jahr 2009 an (siehe Übersicht 3, S. 48). Bund, Länder und Gemeinden verzeichnen im betrachteten Zeitraum einen kontinuierlichen Einnahmewachstum. Allerdings bleiben die Steuereinnahmen in den Jahren 2005 bis 2008 um folgende Beträge hinter der bisherigen Schätzung zurück:

2005: – 5,1 Mrd. €; 2006: – 17,1 Mrd. €

2007: – 21,3 Mrd. €; 2008: – 23,3 Mrd. €

Dabei war der Anpassungsbedarf für die Jahre 2006 bis 2008 deutlich größer, weil für das Jahr 2005 bereits in der Schätzung vom November 2004 eine Anpassung um 3,4 Mrd. € nach unten vorgenommen worden war. Die mit Abstand größten „Verlustbringer“ sind aufgrund ihres engen Bezuges zur konjunkturellen Entwicklung die Lohnsteuer und die Steuern vom Umsatz. Addiert man die Ausfälle für beide Steuerarten, so entspricht die Summe in den einzelnen Jahren jeweils etwa dem Gesamtsteuerausfall (siehe Übersicht 2, S. 48).

Die Abweichungen bei den übrigen Steuerarten heben sich somit weitgehend auf. Positive Entwicklungen sind im gesamten Schätzzeitraum bei der veranlagten Einkommensteuer und vor allem bei der Gewerbesteuer zu verzeichnen, negativ entwickeln sich vor allem Tabak- und Mineralölsteuer.

Letzteres ist auch der Hauptgrund dafür, dass der Bund in allen betrachteten Jahren erheblich größere Ausfälle zu verkraften hat als die Länder (siehe Übersicht 4, S. 49). Beim Bund ergeben sich andererseits Entlastungen dadurch, dass die EU-Abführungen voraussichtlich geringer ausfallen werden als bisher angenommen. Grundlage der Schätzung der EU-Abführungen ist dabei die Annahme, dass Deutschland sein Ziel, das EU-

Haushaltsvolumen auf 1 % des EU-Bruttonationaleinkommens zu begrenzen, erreichen wird.

Die Kommunen profitieren von der Dynamik der Gewerbesteuereinnahmen, die im Jahr 2008 voraussichtlich um knapp 3 Mrd. € über der Schätzung vom Mai 2004 liegen werden. Als einzige Ebene können die Gemeinden in den Jahren 2005 bis 2008 mit leichten Zuwächsen gegenüber den bisherigen Schätzungen rechnen.

Übersicht 1: Gesamtwirtschaftliche Vorgaben für die Steuerschätzung

Rückgang in Prozentpunkten gegenüber November-Schätzung 2004 (für das Jahr 2005)
bzw. gegenüber der Mai-Schätzung 2004 (für die Jahre 2006 bis 2008)

	2005	2006	2007	2008
nominales Bruttoinlandsprodukt	– 1,1	– 1,0	– 0,5	– 0,5
Bruttolöhne und -gehälter	– 1,0	– 1,7	– 0,4	– 0,4
modifizierte letzte inländische Verwendung	– 0,4	– 1,2	– 0,7	– 0,7

Übersicht 2: Mindereinnahmen bei Lohnsteuer und Steuern vom Umsatz (in Mrd. €)

	2005	2006	2007	2008
Lohnsteuer	– 3,4	– 11,8	– 14,2	– 16,4
Steuern vom Umsatz	– 1,6	– 5,0	– 5,8	– 7,4
Summe	– 5,0	– 16,8	– 20,0	– 23,8

Übersicht 3: Schätzergebnisse des Arbeitskreises „Steuerschätzungen“

	Ist 2004	2005	Schätzung			
	2004	2005	2006	2007	2008	2009
1. Bund (in Mrd. €)	187,0	187,2	191,5	196,9	203,0	211,0
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	– 2,6	0,2	2,3	2,8	3,1	3,9
2. Länder (in Mrd. €)	179,9	177,7	182,1	188,1	194,6	199,3
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	1,3	– 1,2	2,5	3,3	3,4	2,4
3. Gemeinden (in Mrd. €)	56,4	56,9	59,3	61,9	64,5	66,8
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	8,8	0,9	4,2	4,5	4,2	3,6
4. EU (in Mrd. €)	19,6	23,2	23,7	24,8	25,7	24,0
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	– 6,1	18,1	2,2	4,4	3,6	– 6,6
5. Steuereinnahmen insgesamt (Mrd. €)	442,8	445,0	456,6	471,7	487,8	501,1
Veränderung gegenüber Vorjahr (in %)	0,1	0,5	2,6	3,3	3,4	2,7

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

Bund und Länder nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung und Finanzausgleich; Länder ohne Gemeindesteuereinnahmen, Gemeinden mit Gemeindesteuereinnahmen der Stadtstaaten; Angaben in Mrd. € gerundet; Veränderungsraten aus Angaben in Mio. € errechnet.

Übersicht 4: Abweichungen des Ergebnisses der Steuerschätzung Mai 2005 von den Ergebnissen der Steuerschätzung November bzw. Mai 2004 (in Mrd. €)

2005	Ergebnis Nov. 2004	Abweichung insgesamt	Abweichungen		Schätzab- weichung ²	Ergebnis Mai 2005
			Steuerrechts- änderungen ¹	davon: Änderung EU-Abführung		
Bund ³	190,7	– 3,5	0,0	0,2	– 3,6	187,2
Länder ³	180,1	– 2,5	0,0		– 2,4	177,7
Gemeinden ³	56,1	0,8	0,0		0,8	56,9
EU	23,2	0,0	–	– 0,2	0,2	23,2
Steuereinn. insges.	450,1	– 5,1	0,0	0,0	– 5,1	445,0

2006	Ergebnis Mai 2004	Abweichung insgesamt	Abweichungen		Schätzab- weichung ²	Ergebnis Mai 2005
			Steuerrechts- änderungen ¹	davon: Änderung EU-Abführung		
Bund ³	201,5	– 10,0	– 0,4	1,1	– 10,7	191,5
Länder ³	189,0	– 6,9	– 0,6		– 6,3	182,1
Gemeinden ³	58,8	0,4	– 0,3		0,7	59,3
EU	24,4	– 0,7	–	– 1,1	0,4	23,7
Steuereinn. insges.	473,7	– 17,1	– 1,2	0,0	– 15,9	456,6

2007	Ergebnis Mai 2004	Abweichung insgesamt	Abweichungen		Schätzab- weichung ²	Ergebnis Mai 2005
			Steuerrechts- änderungen ¹	davon: Änderung EU-Abführung		
Bund ³	209,3	– 12,4	– 0,3	0,7	– 12,7	196,9
Länder ³	196,9	– 8,8	– 0,5		– 8,3	188,1
Gemeinden ³	61,8	0,1	– 0,4		0,5	61,9
EU	25,0	– 0,3	–	– 0,7	0,4	24,8
Steuereinn. insges.	493,0	– 21,3	– 1,2	0,0	– 20,1	471,7

2008	Ergebnis Mai 2004	Abweichung insgesamt	Abweichungen		Schätzab- weichung ²	Ergebnis Mai 2005
			Steuerrechts- änderungen ¹	davon: Änderung EU-Abführung		
Bund ³	216,1	– 13,1	– 0,7	0,9	– 13,3	203,0
Länder ³	204,4	– 9,8	– 0,9		– 9,0	194,6
Gemeinden ³	64,4	0,1	– 0,6		0,7	64,5
EU	26,1	– 0,5	–	– 0,9	0,4	25,7
Steuereinn. insges.	511,1	– 23,3	– 2,1	0,0	– 21,2	487,8

Abweichungen in den Summen durch Rundung der Zahlen.

¹ 2005 bis 2008: Richtlinien-Umsetzungsgesetz; EG-Amtshilfe-Anpassungsgesetz; Haushaltsbegleitgesetz 2005.

2006 bis 2008: Alterseinkünftegesetz; Gesetz zur Änderung der Abgabenordnung und anderer Gesetze; Gesetz zur Förderung von Wagniskapital; Gesetz zur Verbesserung des Schutzes junger Menschen vor Gefahren des Alkohol- und Tabakkonsums.

² Aus gesamtwirtschaftlichen Gründen und infolge unvorhergesehener Verhaltensänderungen der Wirtschaftssubjekte.

³ Nach Ergänzungszuweisungen, Umsatzsteuerverteilung und Finanzausgleich.

3 Fazit

Während sich die gewinnabhängigen Steuern überwiegend positiv entwickeln, bleiben Lohnsteuer und Steuern vom Umsatz, aber auch bestimmte spezielle Verbrauchsteuern wie Mineralöl- und Tabaksteuer hinter den Erwar-

tungen des Vorjahres zurück. Hierin spiegelt sich die Tatsache, dass sich die Gewinnsituation der Unternehmen infolge der guten Exportkonjunktur zwar erfreulich entwickelt hat, dass aber die Lage auf dem Arbeitsmarkt und damit zusammenhängend auch beim Konsum angespannt bleibt.

Die Steuereinnahmen des Bundes und der Länder im 1. Quartal 2005

(endgültige Ergebnisse)

1	Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern) im 1. Quartal 2005	51
2	Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Monaten des 1. Quartals 2005	53
3	Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen	53

1 Entwicklung der Steuereinnahmen (ohne reine Gemeindesteuern)¹ im 1. Quartal 2005

Die bei Bund und Ländern eingegangenen Steuereinnahmen betrugen im 1. Quartal 2005 nach endgültigen Ergebnissen 90 403 Mio. €, das sind + 1 601 Mio. € bzw. + 1,8 % mehr als im 1. Quartal 2004.

Die Steuereinnahmen im 1. Quartal 2005 und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum stellen sich im Einzelnen wie folgt dar:

Die gemeinschaftlichen Steuern nahmen im 1. Quartal 2005 um + 3,6 % zu. Dabei wurden die Rückgänge bei der Lohnsteuer und den nicht veranlagten Steuern vom Ertrag durch deutliche Aufkommensverbesserungen bei den Veranlagungssteuern überkompensiert.

Die Einnahmen aus der Lohnsteuer gingen gegenüber dem Vorjahresquartal um – 5,6 % zurück. Dabei schlug im Januar (– 9,1 %) noch die Tarifsenkung des Jahres 2004 zu Buche, da die Lohnsteuer für die Dezember-Löhne im Januar vereinnahmt wird. Außerdem wurden Sonderzahlungen (Weihnachtsgeld) gekürzt oder

	1. Quartal in Mio. €		Veränderung ggü. dem Vorjahr	
	2005	2004	in Mrd. €	in %
Gemeinschaftliche Steuern	69 456	67 020	2 436	3,6
Reine Bundessteuern	15 207	15 570	– 363	– 2,3
Reine Ländersteuern	5 005	5 521	– 516	– 9,4
Zölle	735	691	44	6,5
Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern)	90 403	88 802	1 601	1,8

¹ Über die Einnahmen aus Gemeindesteuern berichtet das Statistische Bundesamt vierteljährlich. Diese Einnahmeergebnisse werden in der Fachserie 14 „Finanzen und Steuern“, Reihe 4 „Steuerhaushalt“ im Rahmen eines Gesamtüberblicks über die Steuereinnahmen von Bund, Ländern und Gemeinden veröffentlicht.

gestrichen. Auch könnten flexible Lohnbestandteile des Jahres 2004 wegen der geringeren Steuerbelastung infolge der weiteren Tarifsenkung zum 1. Januar 2005 erst im Jahr 2005 ausgezahlt worden sein. Neben einer schwachen Arbeitsmarktentwicklung war insbesondere diese Tarifsenkungsstufe 2005 für die rückläufigen Lohnsteuereinnahmen im Februar (– 4,6 %) und März (– 2,3 %) verantwortlich.

Die Aufkommenssituation der veranlagten Einkommensteuer verbesserte sich im 1. Quartal 2005 im Vergleich zum Vorjahr um gut 2 Mrd. €. Davon entfallen rund 20 % auf die Eigenheimzulage, deren Fördervolumen für Baujahrgänge ab 2004 abgesenkt wurde. 70 % der Aufkommensverbesserung gehen auf das Konto geringerer Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer. Die Finanzämter haben offensichtlich technische Probleme im Zuge der Umstellung auf die elektronische Lohnsteuerkarte mit der Folge, dass sich erhebliche Rückstände bei der Bearbeitung der Lohnsteuererklärungen aufgebaut haben. Im weiteren Jahresverlauf ist deshalb mit einem deutlichen Anstieg der Erstattungen an veranlagte Arbeitnehmer zu rechnen. Aus dem Gesetz zur Förderung der Steuerehrlichkeit wurden im 1. Quartal 2005 Einnahmen in Höhe von 354 Mio. € bei der Einkommensteuer verbucht.

Die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer waren nach den ersten drei Monaten mit 4,4 Mrd. € um gut 2,2 Mrd. € höher als im Vorjahr. Nach einem schwachen Januar brachte der Februar bereits eine deutliche Steigerung im Vorjahresvergleich. Allerdings war der Februar 2004 durch einen Sondereffekt um rd. 0,7 Mrd. € nach unten verzerrt. Im Vorauszahlungsmonat März nahmen die Einnahmen um + 32,2 % bzw. 1,1 Mrd. € zu. Dieser kräftige Zuwachs lässt auf gestiegene bzw. steigende Unternehmensgewinne schließen.

Beim Zinsabschlag setzte sich die negative Aufkommensentwicklung des Jahres 2004 im 1. Quartal 2005 mit einem Rückgang um – 3,6 %

fort, wenn auch in abgeschwächter Form. Die weiterhin rückläufige durchschnittliche Verzinsung der Geldanlagen hinterlässt hier ihre Spuren.

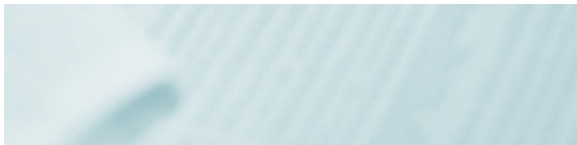
Die nicht veranlagten Steuern vom Ertrag gingen im 1. Quartal 2005 um – 0,8 Mrd. € bzw. – 23,6 % zurück. Während sich im Januar und Februar die Einnahmen im Vorjahresvergleich jeweils halbierten, stiegen sie im März um knapp das Fünffache. Dieser enorme Anstieg war zu einem Teil basisbedingt, zum anderen aber auch auf höhere Ausschüttungen zurückzuführen.

Die Steuern vom Umsatz nahmen im 1. Quartal 2005 um + 1,9 % zu. Während die Umsatzsteuer um + 8,1 % stieg, ging die Einfuhrumsatzsteuer um – 17,4 % zurück. Seit der EU-Osterweiterung unterliegen die Einfuhren aus den zehn neuen Mitgliedstaaten nicht mehr der Einfuhrumsatzsteuer. Zudem haben Veränderungen in der Umsatzbesteuerung von Energielieferungen im Rahmen des EU-Richtlinien-Umsetzungsgesetzes zu Verschiebungen zwischen den beiden Teilaggregaten der Steuern vom Umsatz zu Ungunsten der Einfuhrumsatzsteuer geführt.

Die reinen Bundessteuern lagen nach den ersten drei Monaten um – 2,3 % unter dem Vorjahresergebnis. Dabei entwickelten sich die einzelnen Bundessteuern unterschiedlich. Während die Tabaksteuer und der Solidaritätszuschlag um + 5,2 % bzw. um + 3,3 % stiegen, stagnierte das Aufkommen der Versicherungsteuer mit + 0,5 % nahezu. Die Mineralölsteuer ging – aufgrund von Verbrauchseinschränkungen infolge des hohen Ölpreises – um – 4,4 % zurück. Hohe Erstattungen an energieintensive Unternehmen dürften für den deutlichen Rückgang der Stromsteuer (– 18,5 %) verantwortlich sein. Auch die aufkommensmäßig kleineren Verbrauchssteuern wie Branntweinsteuer (– 23,8 %), Schaumweinsteuer (– 12,2 %) und Kaffeesteuer (– 6,5 %) waren rückläufig.

Die reinen Ländersteuern verzeichneten im 1. Quartal mit – 9,4 % einen deutlichen Rück-

gang, der jedoch größtenteils basisbedingt ist (1. Quartal 2004: + 9,3 %). Mit Ausnahme der Kraftfahrzeugsteuer, die infolge von Rechtsänderungen um + 2,8 % stieg, waren alle Ländersteuern rückläufig. Die Erbschaftsteuer sank um – 24,4 %, die Grunderwerbsteuer um – 12,2 %, die Rennwett- und Lotteriesteuer war um – 13,4 % geringer als im Vorjahr, die Feuerschutzsteuer um – 7,4 % und die Biersteuer um – 5,5 %.



2 Entwicklung der Steuereinnahmen in den einzelnen Monaten des 1. Quartals 2005

Die Steuereinnahmen insgesamt (ohne Gemeindesteuern) gingen im Januar 2005 um – 6,9 % gegenüber dem Vorjahr zurück. Dabei waren die gemeinschaftlichen Steuern mit – 6,2 % rückläufig. Die Einnahmen aus der Lohnsteuer blieben mit – 9,1 % deutlich unter dem Vorjahreswert. Hier wirkte aufgrund des einmonatigen „Erhebungs-Lags“ die Tarifsenkungsstufe des Jahres 2004 nach. Das Aufkommen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag halbierte sich. Lediglich die Einkommensteuer (+ 320 Mio. €) und die Steuern vom Umsatz (+ 3,5 %) schnitten im Vorjahresvergleich deutlich besser ab. Die Bundessteuern waren im Januar, der traditionell ein sehr schwacher Aufkommensmonat ist, mit – 6,2 % rückläufig. Die Ländersteuern verzeichneten einen im Wesentlichen basisbedingten Rückgang um – 18,9 %.

Im Februar 2005 stiegen die Steuereinnahmen um + 3,3 %, da die gemeinschaftlichen Steuern mit einem Plus von 5,8 % im Vorjahres-

vergleich deutlich besser abschnitten. Insbesondere die Veranlagungssteuern legten kräftig zu. Allerdings wirkte bei der Körperschaftsteuer ein negativer Sondereffekt aus dem Vorjahr, der die Basis nach unten verzerrte. Die Lohnsteuer ging infolge der Tarifsenkungsstufe 2005 um – 4,6 % zurück. Die Einnahmen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag waren erneut nur halb so hoch wie im Vorjahresmonat, der allerdings durch einen Sondereffekt überhöht war. Die Bundessteuern sanken im Vorjahresvergleich um – 3,8 %, die Ländersteuern stagnierten mit + 0,3 % nahezu.

Im März lagen die Steuereinnahmen um + 9,7 % über dem vergleichbaren Vorjahreswert. Dieser kräftige Zuwachs ist jedoch zum Teil auf eine schwache Vorjahresbasis zurückzuführen – im März des Vorjahres waren die Steuereinnahmen mit – 6,9 % rückläufig. Ursächlich für die Aufkommensdynamik waren die gemeinschaftlichen Steuern, die infolge der günstigen Entwicklung der Veranlagungssteuern um + 14,7 % stiegen. Die Körperschaftsteuer übertraf das Vorjahresergebnis um gut 1,1 Mrd. €, die veranlagte Einkommensteuer lag aufgrund geringerer Abzugsbeträge um rd. 850 Mio. € über dem März 2004. Die Einnahmen der nicht veranlagten Steuern vom Ertrag stiegen, teils basisbedingt, um das Fünffache, die Steuern vom Umsatz nahmen um + 1,7 % zu. Die Bundessteuern stagnierten mit + 0,3 %, während die Ländersteuern um – 6,7 % zurückgingen.

3 Verteilung der Steuereinnahmen auf die Ebenen

Die Verteilung der Steuereinnahmen im 1. Quartal 2005 auf Bund, EU, Länder und Gemeinden² und die Veränderungen gegenüber dem entsprechenden Vorjahreszeitraum werden in der nachstehenden Tabelle (s. S. 54) dargestellt.

² Lediglich Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und an den Steuern vom Umsatz.

	1. Quartal in Mio. €		Veränderung ggü. dem Vorjahr	
	2005	2004	in Mrd. €	in %
Bund	36 588	36 433	155	0,4
EU	7 708	6 105	1 603	26,3
Länder	41 394	41 610	– 216	– 0,5
Gemeinden ¹	4 713	4 654	59	1,3
Steuereinnahmen insgesamt (ohne reine Gemeindesteuern)	90 403	88 802	1 601	1,8
¹ Lediglich Gemeindeanteil an der Einkommensteuer und an den Steuern vom Umsatz.				

Die Einzelergebnisse der von Bund und Ländern verwalteten Steuern sowie deren Verteilung auf die Gebietskörperschaften im 1. Quartal 2005 und in den einzelnen Monaten

finden sich im Internetangebot des BMF unter <http://www.bundesfinanzministerium.de/Steuern-und-Zoelle/Steueraufkommen-459.htm>.

Entwicklung der Länderhaushalte im Jahr 2004¹

1	Ausgabenentwicklung	55
1.1	Gesamtausgaben	55
1.2	Personalausgaben	55
1.3	Investive Ausgaben	57
1.4	Zinsausgaben	58
2	Einnahmeentwicklung	59
2.1	Einnahmen insgesamt	59
2.2	Steuereinnahmen	59
2.3	Übrige Einnahmen	60
3	Finanzierungsdefizite	60

Die Länderhaushalte haben sich in 2004 aufgrund gestiegener Einnahmen und einer rückläufigen Ausgabenentwicklung insgesamt positiv entwickelt. Das Finanzierungsdefizit der Ländergesamtheit hat sich im Vergleich zum Vorjahr um rund 5,2 Mrd. € auf rund 25,2 Mrd. € verringert und liegt damit rund 1,0 Mrd. € unter den Haushaltsplanungen 2004.

1 Ausgabenentwicklung

1.1 Gesamtausgaben

Die Länder haben ihre Gesamtausgaben im Vergleich zum Vorjahreszeitraum um 1,1 % reduziert. Damit wurden die Ausgaben stärker zurückgeführt, als ursprünglich in den Planungen (– 0,6 %) vorgesehen war. Bei Bereinigung um die Zahlungen der Länder im Zusammenhang mit dem Flutopfersolidaritätsgesetz blieben die Ausgaben im Vergleich zum Vorjahr konstant.

Insbesondere die ostdeutschen Flächenländer (– 2,7 %) und die Stadtstaaten (– 1,4 %) konnten ihre Ausgaben deutlich reduzieren. In den westdeutschen Flächenländern (– 0,3 %) fiel

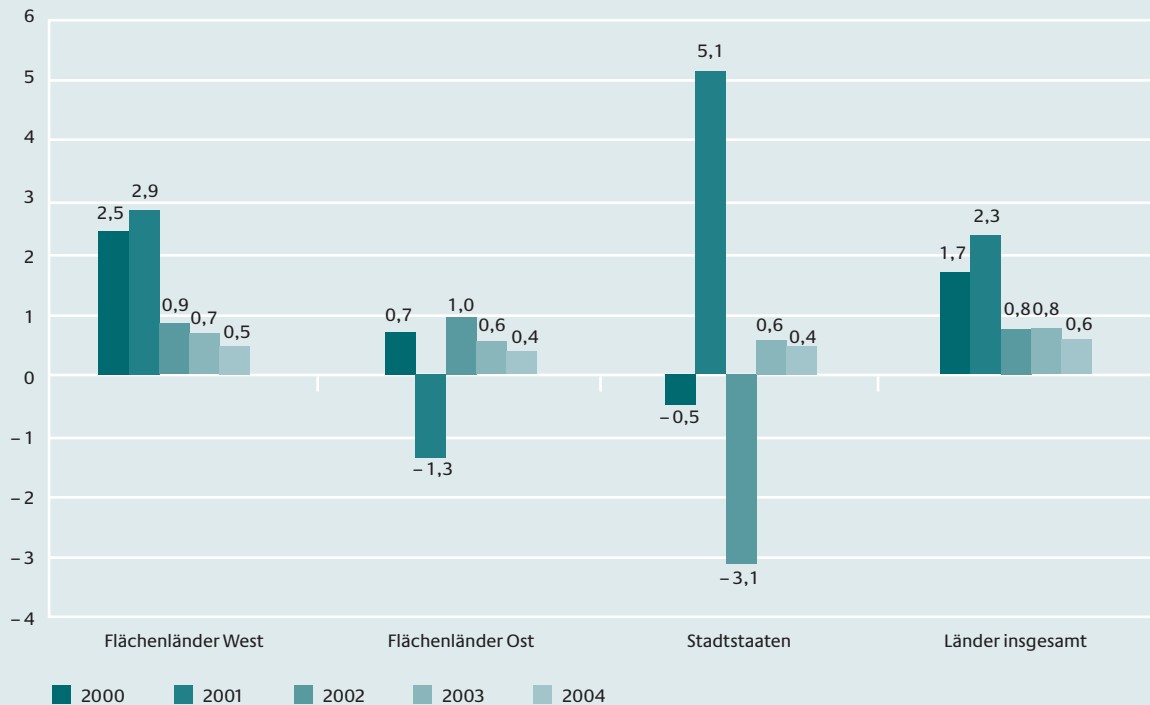
der Rückgang der Ausgaben hingegen weniger stark aus.

Die Ausgaben je Einwohner der ostdeutschen Länder (3 834 €) lagen im vergangenen Jahr deutlich über dem Niveau der westdeutschen Flächenländer (2 772 €). Dies lässt sich insbesondere durch höhere investive Ausgaben aufgrund des infrastrukturellen Aufholprozesses, eine höhere Zinsbelastung sowie höhere Zuweisungen an die Kommunen begründen. In den Stadtstaaten (5 957 €) überstiegen die Pro-Kopf-Ausgaben die der Flächenländer (2 919 €) um das Doppelte, jedoch ist in den Haushalten der Stadtstaaten, anders als in den Flächenländern, die Länder- und Kommunalebene zusammengefasst.

1.2 Personalausgaben

Die Personalausgaben stellen den größten Ausgabenblock in den Länderhaushalten dar, da in die Zuständigkeit der Länder besonders personalintensive Aufgaben fallen (z. B. Schul- und Bildungswesen, innere Sicherheit, Gesundheitswesen). Der Anteil der Personalausgaben an den Gesamtausgaben betrug in den westdeutschen

¹ Vorläufiges Jahresergebnis auf Basis der Quartalsstatistik für das 1. bis 4. Vierteljahr 2004.

Abbildung 1: Wachstumsraten der Ausgaben 2000 bis 2004 in %

Flächenländern rund 41%, in den ostdeutschen Flächenländern rund 26% und in den Stadtstaaten rund 33%. Im Vergleich dazu stellten die Personalausgaben im Bundeshaushalt in 2004 lediglich rund 11% der gesamten Ausgaben.

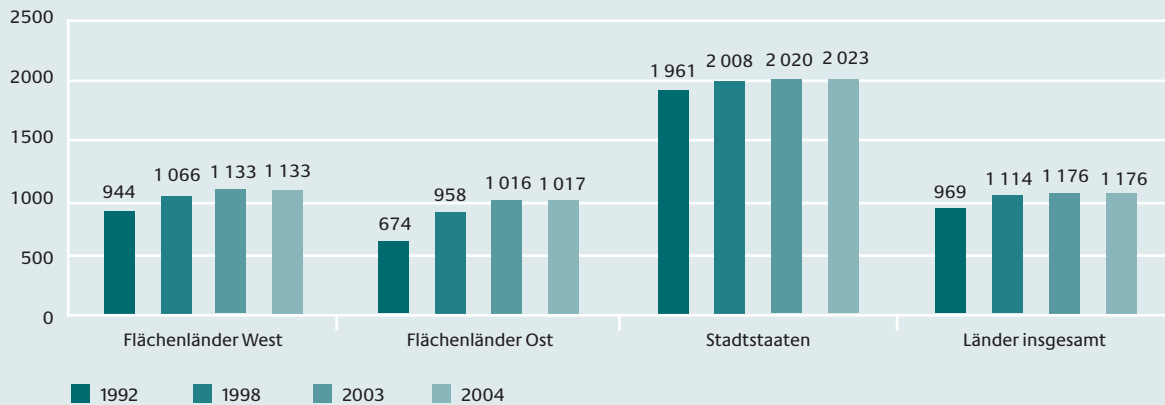
Tabelle 1: Zuwachsraten der Personalausgaben 2004 in %

	Soll	Ist
Länder insgesamt	0,4	0,3
Flächenländer West	0,7	1,1
Flächenländer Ost	0,1	- 1,6
Stadtstaaten	- 1,3	- 2,2

Die Personalausgaben der Länder insgesamt stiegen im Vergleich zum Vorjahr in 2004 nur geringfügig um + 0,3% an. Während sich die Personalausgaben in den westdeutschen Flächenländern (+ 1,1%) merklich erhöhten, war in den ostdeutschen Flächenländern (- 1,6%) sowie

in den Stadtstaaten (- 2,2%) ein deutlicher Rückgang zu verzeichnen. Die Entwicklung der Personalausgaben wurde dabei auch von der Möglichkeit der Länder beeinflusst, im Rahmen der so genannten Öffnungsklausel Kürzungen beim Urlaubs- und Weihnachtsgeld vorzunehmen.

Die ostdeutschen Länder (1007 €) wiesen im Vergleich zu den westdeutschen Flächenländern (1144 €) und den Stadtstaaten (1976 €) die niedrigsten Personalausgaben je Einwohner auf. Hierin spiegelt sich allerdings u. a. die unterschiedliche Struktur der Beschäftigungsverhältnisse (Beamte vs. Angestellte) sowie die noch nicht vollständig erfolgte Anpassung der Tarife für aktives Personal in den ostdeutschen Flächenländern an das Tarifniveau West wider. Zudem fällt die Belastung der ostdeutschen Länder durch Versorgungsausgaben noch deutlich geringer aus. Die aufgrund der demografischen Entwicklung hohe Dynamik der Versorgungsausgaben stellt jedoch für alle Länderhaushalte eine zunehmende Herausforderung dar.

Abbildung 2: Personalausgaben in € je Einwohner

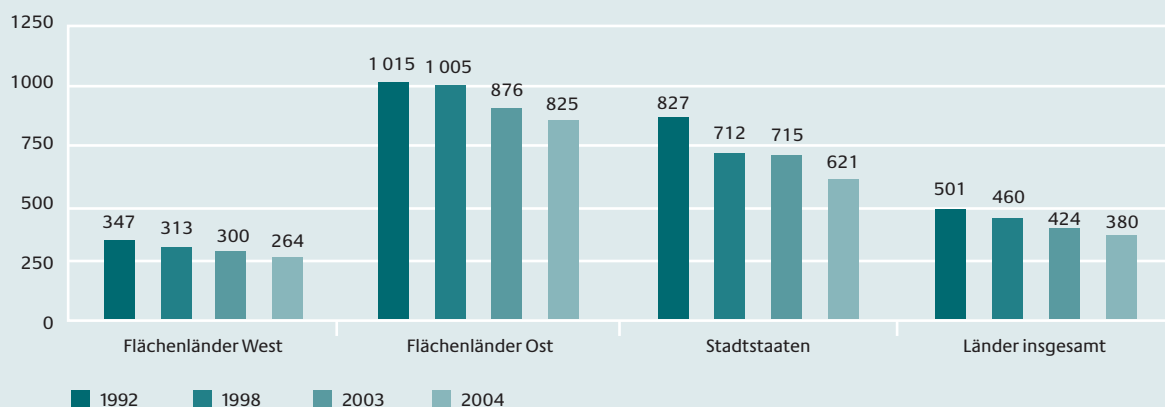
1.3 Investive Ausgaben

Die investiven Ausgaben der Länder insgesamt sind im Vergleich zum Vorjahr erheblich um 10,2% gesunken. Insbesondere in den Stadtstaaten (–13,1%) und den westdeutschen Flächenländern (–12,0%) gingen die Investitionsausgaben deutlich zurück. Aber auch in den ostdeutschen Flächenländern (–6,4%) wurden wesentlich weniger Mittel für investive Zwecke ausgegeben als in den Planungen vorgesehen. Die Entwicklung der investiven Ausgaben in den ostdeutschen Flächenländern ist dabei auch vor dem Hintergrund der Beseitigung der Flutschäden sowie der vereinbarten Verwendung der Mittel aus dem Solidar-

pakt II für Investitionen zu bewerten. Letzteres wird Gegenstand der im Herbst 2005 im Finanzplanungsrat vorzunehmenden Bewertung der Fortschrittsberichte 2004 der neuen Länder sein.

Tabelle 2: Zuwachsraten der investiven Ausgaben 2004 in %

	Soll	Ist
Länder insgesamt	– 1,9	– 10,2
Flächenländer West	– 2,0	– 12,0
Flächenländer Ost	– 1,9	– 6,4
Stadtstaaten	– 1,2	– 13,1

Abbildung 3: Investitionsausgaben in € je Einwohner

Die Investitionsquoten sind im Vergleich zum Vorjahr nochmals gesunken. Sie erreichen in den ostdeutschen Flächenländern (21,5 %) weiterhin einen doppelt so hohen Wert wie in den westdeutschen Flächenländern (9,5 %) und den Stadtstaaten (10,4 %).

Die Investitionsausgaben bleiben in der Ländergesamtheit mit 380 € je Einwohner deutlich hinter den Haushaltsansätzen zurück (416 € je Einwohner). Die westdeutschen Flächenländer gaben im vergangenen Jahr 264 € je Einwohner für investive Ausgaben aus, die damit deutlich unter dem Niveau der ostdeutschen Flächenländer (825 € je Einwohner) und der Stadtstaaten (621 € je Einwohner) lagen. Allerdings ist bei den ostdeutschen Flächenländern der teilungsbedingte infrastrukturelle Nachholbedarf zu berücksichtigen.

1.4 Zinsausgaben

Die Zinsausgaben der Länderhaushalte nahmen in 2004 mit 1,1 % deutlich schwächer zu als in den Haushaltsansätzen (+ 4,1 %) vorgesehen. Der Anstieg der Zinsausgaben fiel dabei in den Stadtstaaten (+ 2,0 %) höher aus als in den ostdeut-

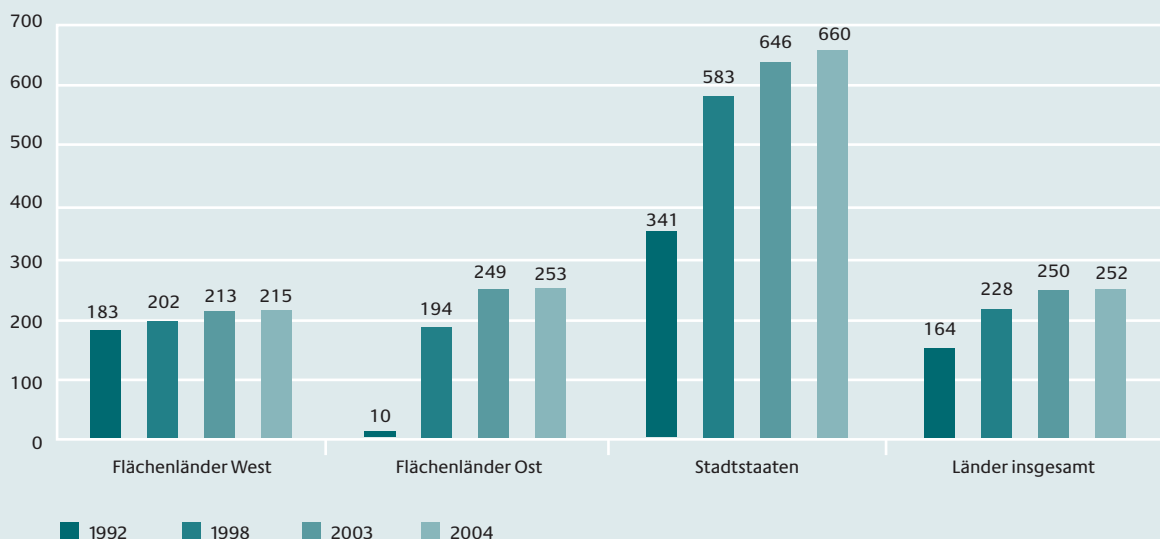
schen (+ 1,3 %) und westdeutschen (+ 0,9 %) Flächenländern. In den einzelnen Ländern betrug der Anteil der Zinsausgaben an den Gesamtausgaben (Zinsausgabenquote) im vergangenen Jahr zwischen 3 % und rund 12 %.

Tabelle 3: Zuwachsraten der Zinsausgaben 2004 in %

	Soll	Ist
Länder insgesamt	4,1	1,1
Flächenländer West	3,3	0,9
Flächenländer Ost	6,1	1,3
Stadtstaaten	5,0	2,0

Die stärkste Dynamik der Entwicklung der Zinsausgaben ist in den ostdeutschen Flächenländern zu beobachten. Ausgehend von einer sehr geringen Zinsbelastung zu Beginn der neunziger Jahre liegen die Zinsausgaben je Einwohner in den ostdeutschen Flächenländern inzwischen höher als in den westdeutschen. So betrugen die Zinsausgaben je Einwohner im vergangenen Jahr in den ostdeutschen

Abbildung 4: Zinsausgaben je Einwohner in €



Ländern 253 €, in den westdeutschen Ländern hingegen 215 €. Die im Vergleich zu den Flächenländern mit 650 € je Einwohner deutlich höheren Zinsausgaben der Stadtstaaten spiegeln die schwierige Haushaltslage einiger Stadtstaaten wider.

2 Einnahmeentwicklung

2.1 Einnahmen insgesamt

Die Einnahmen der Ländergesamtheit sind 2004 im Vergleich zum Vorjahr um 1,1 % gestiegen, blieben damit aber leicht unter den Haushaltsansätzen (+1,2 %). Während die westdeutschen Flächenländer mit einem Anstieg von 1,6 % ihre geplanten Einnahmen realisieren konnten, fiel die Einnahmeentwicklung in den ostdeutschen Flächenländern mit einem Rückgang von 1,4 % ungünstiger aus als in den Haushaltsansätzen (-0,2 %) angenommen. Die Stadtstaaten verzeichneten mit einem Anstieg der Einnahmen um 3,9 % in 2004 einen im Vergleich zum Vorjahr deutlichen Anstieg der Einnahmen, der den in den Planungen unterstellten Zuwachs (+2,4 %) sogar noch übertraf.

2.2 Steuereinnahmen

Im Vergleich zum Vorjahr sind in 2004 die Steuereinnahmen der Ländergesamtheit deutlich um 1,6 % gestiegen. Insbesondere die Einnahmen aus der Körperschaftsteuer und der Erbschaftsteuer erhöhten sich kräftig. Den höchsten Zuwachs an Steuereinnahmen verzeichneten die Stadtstaaten (+2,6 %), jedoch auch in den westdeutschen (+1,5 %) und den ostdeutschen (+1,8 %) Flächenländern stiegen die Einnahmen aus Steuern im Vorjahresvergleich an. In den ostdeutschen Flächenländern blieb das Steueraufkommen allerdings hinter den Planungen zurück.

Das Niveau der Steuereinnahmen lag in den ostdeutschen Ländern weiterhin mit 1729 € je Einwohner deutlich unter dem der westdeutschen Flächenländer mit 1943 € je Einwohner und dem der Stadtstaaten mit 2947 € je Einwohner. Die Steuerdeckungsquote (Anteil der Steuereinnahmen an den Gesamtausgaben) blieb in den ostdeutschen Flächenländern mit rund 45 % und in den Stadtstaaten mit rund 50 % unter dem Niveau der westdeutschen Flächenländer, die in 2004 rund 70 % ihrer Ausgaben durch Steuereinnahmen finanzieren konnten.

Abbildung 5: Entwicklung der Einnahmen 2000 bis 2004 in %

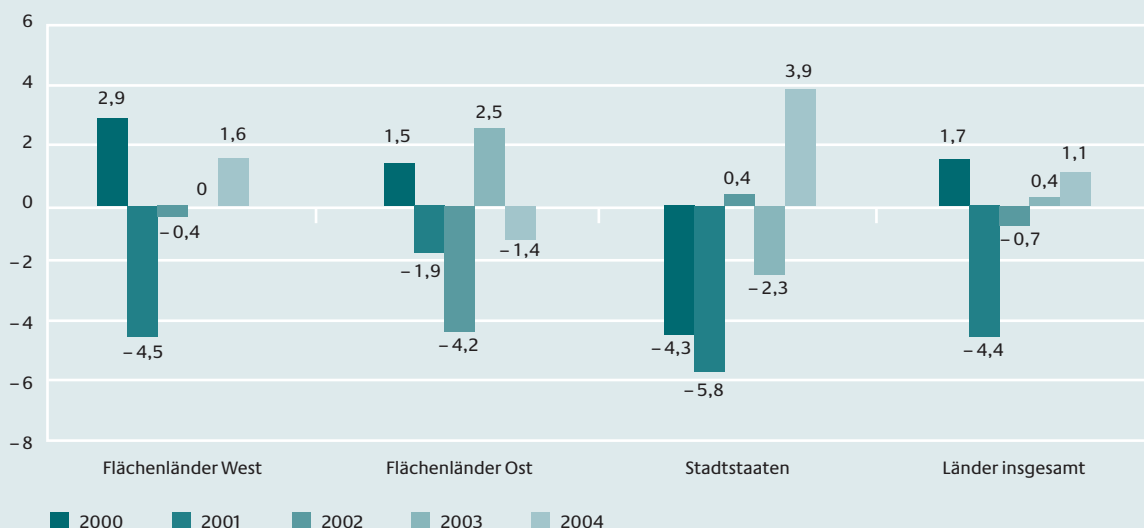
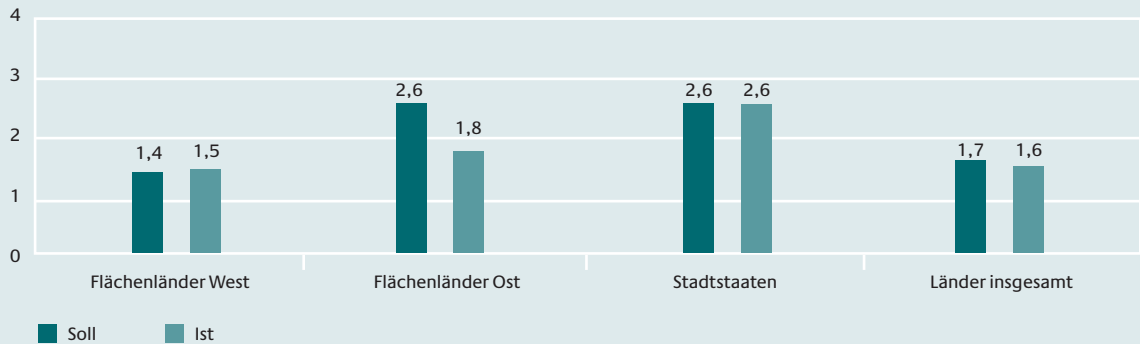
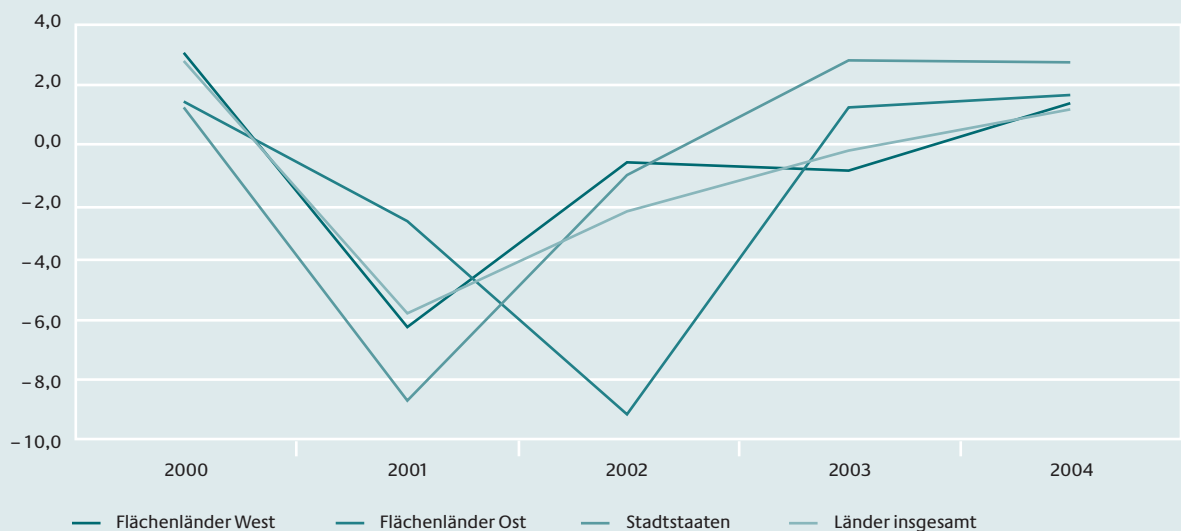


Abbildung 6: Anstieg der Steuereinnahmen in 2004 in %**Abbildung 7: Zuwachsraten der Steuereinnahmen 2000 bis 2004 in %**

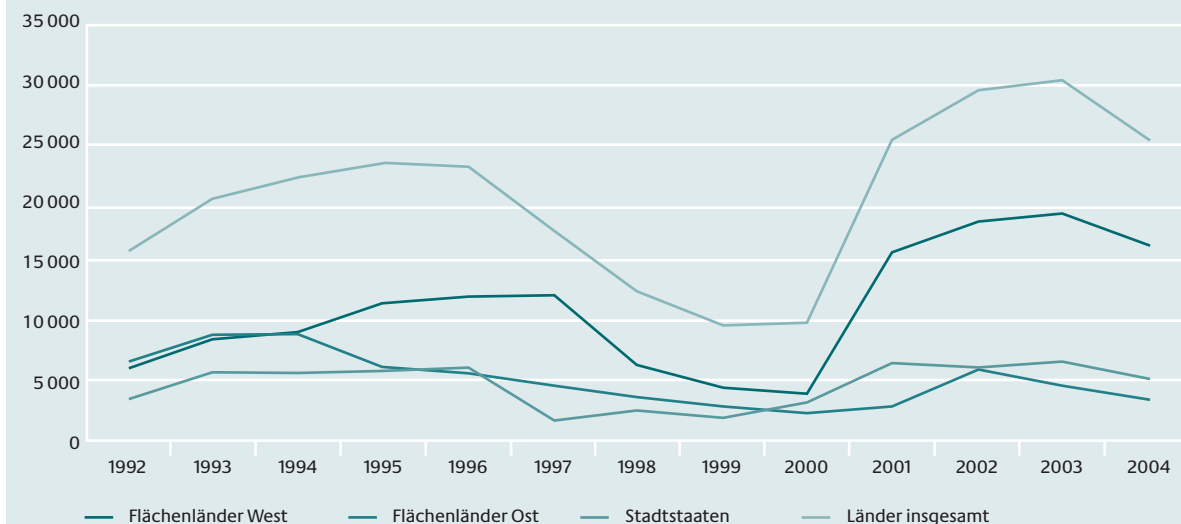
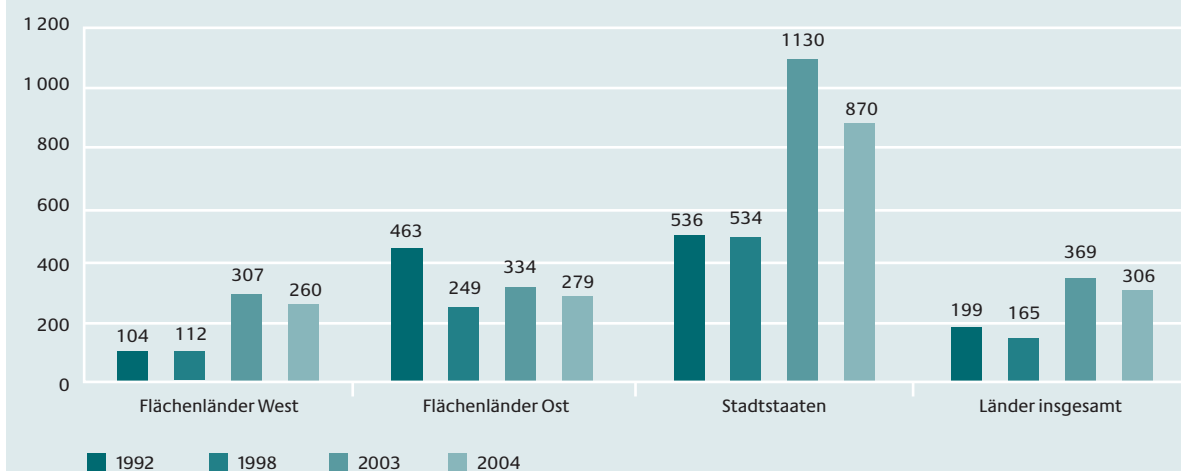
2.3 Übrige Einnahmen

Die übrigen Einnahmen (ohne Zahlungen der Länder untereinander) sind in der Ländergesamtheit nur geringfügig um +0,1% gestiegen. Allerdings zeigt sich ein nach Ländergruppen differenziertes Bild. Während die übrigen Einnahmen in den ostdeutschen Flächenländern nicht zuletzt aufgrund des Rückgangs der Mittel im Rahmen des Flutopfersolidaritätsgesetzes um 9,6 % gesunken sind, stiegen diese in den westdeutschen Flächenländern um 2,5% und in den Stadtstaaten deutlich um 10,7 % an. Diese Entwicklung ist dabei zum großen Teil auf die in

2004 verstärkt eingesetzten einmaligen Maßnahmen wie z. B. die Veräußerung von Beteiligungen zur Stärkung der Einnahmeseite zurückzuführen.

3 Finanzierungsdefizite

Das Finanzierungsdefizit der Länder belief sich im Jahr 2004 auf 25,2 Mrd. € und verbesserte sich damit gegenüber dem Vorjahr um rund 5,2 Mrd. €. Das Finanzierungsdefizit fiel dabei um 1,0 Mrd. € niedriger aus als in den Haushaltsplänen einschließlich Nachtragshaushalten veranschlagt. In 2004 konnte das Finanzierungsde-

Abbildung 8: Finanzierungsdefizite 1992 bis 2004 in Mrd. €**Abbildung 9: Entwicklung der Finanzierungsdefizite in € je Einwohner**

fizit gegenüber dem Vorjahr somit erstmalig seit 1999 reduziert werden, es weist jedoch im Vergleich zum Ende der neunziger Jahre immer noch mehr als das doppelte Niveau auf.

Die Finanzierungsdefizite je Einwohner lagen in den Stadtstaaten in 2004 deutlich über dem Niveau der Flächenländer, bei denen in den vergangenen Jahren eine Angleichung zu beobachten ist.

Verwaltungspartnerschaften mit den EU-Beitrittsstaaten – Twinning

Ein erfolgreiches Beitritts- und Kooperationsinstrument der Europäischen Union

1	Die Verwaltungspartnerschaften: Ziel und Funktionsweise	63
2	Nach sechs Jahren: Eine positive Twinning-Bilanz	64
3	Bundesrepublik Deutschland: Aktivstes und erfolgreichstes Partnerland	65
3.1	Die deutsche Beteiligung	65
3.2	Beweggründe	67
3.3	Vorteile	67
4	Ausblick	68

1 Die Verwaltungspartnerschaften: Ziel und Funktionsweise

Das 1998 von der Kommission der Europäischen Gemeinschaften im Rahmen des PHARE-Programms¹ geschaffene Instrument der Verwaltungspartnerschaften (Twinning) hatte zum Ziel, durch Partnerschaften der Verwaltungen der EU-Mitgliedstaaten mit den Verwaltungen der EU-Kandidaten/Beitrittsländer die notwendige Übernahme des Rechtsbestandes der Europäischen Union („Acquis Communautaire“) durch die Beitrittsländer sowie dessen effiziente Anwendung durch deren Verwaltungen und Gerichte zu erleichtern und zu beschleunigen. Übergeordnetes Ziel des Twinning-Programms war es somit, in den neuen Mitgliedsländern der erweiterten Union möglichst rasch einen vergleichbaren Standard des Verwaltungshandelns zu erreichen wie in der Europäischen Union der 15 Mitgliedstaaten.

Daher erstrecken sich die Twinning-Aktivitäten auf alle Kernbereiche der öffentlichen Verwaltung: Justiz, Inneres, Finanzen, Wirt-

schaft, Gesundheit, Umwelt, Verkehr sowie Landwirtschaft und Verbraucherschutz.

Auf der Grundlage von nationalen Aktionsprogrammen vereinbaren die Empfängerländer der Beratungshilfe mit der Kommission der Europäischen Gemeinschaften das jeweilige Jahresprogramm für konkrete Partnerschaftsprojekte, deren Kosten aus dem Haushalt der Europäischen Union finanziert werden. Hieran schließt sich eine Projektausschreibung an, an der sich die Verwaltungen aller EU-Mitgliedstaaten im Wettbewerb beteiligen können. Die erfolgreiche Institution des Bewerberlandes vereinbart anschließend mit der Partnerinstitution des zu beratenden Landes in einem Projektvertrag die auf der Grundlage eines konkreten Arbeitsplans verbindlich zu erreichenden Beratungsziele.

Die Projekte mit einer Laufzeit von 12 bis 24 Monaten werden gemeinsam von je einem Projektleiter der beiden Partnerinstitutionen gesteuert und durch einen Langzeitberater, der für die gesamte Projektdauer in das Empfängerland entsandt wird, implementiert. Hierbei wird

¹ EU-Programm zugunsten der EU-Beitrittskandidaten.

der Langzeitberater in der Regel durch eine große Zahl von Kurzzeitexperten des jeweiligen Fachgebietes unterstützt. Der Langzeitberater und die Kurzzeitexperten sind in der Regel Mitarbeiter des höheren Dienstes aus den Ministerien des Bundes und der Bundesländer oder nachgeordneter Behörden, die für die Dauer ihrer Beratungstätigkeit von den betreffenden inländischen Behörden freigestellt werden.

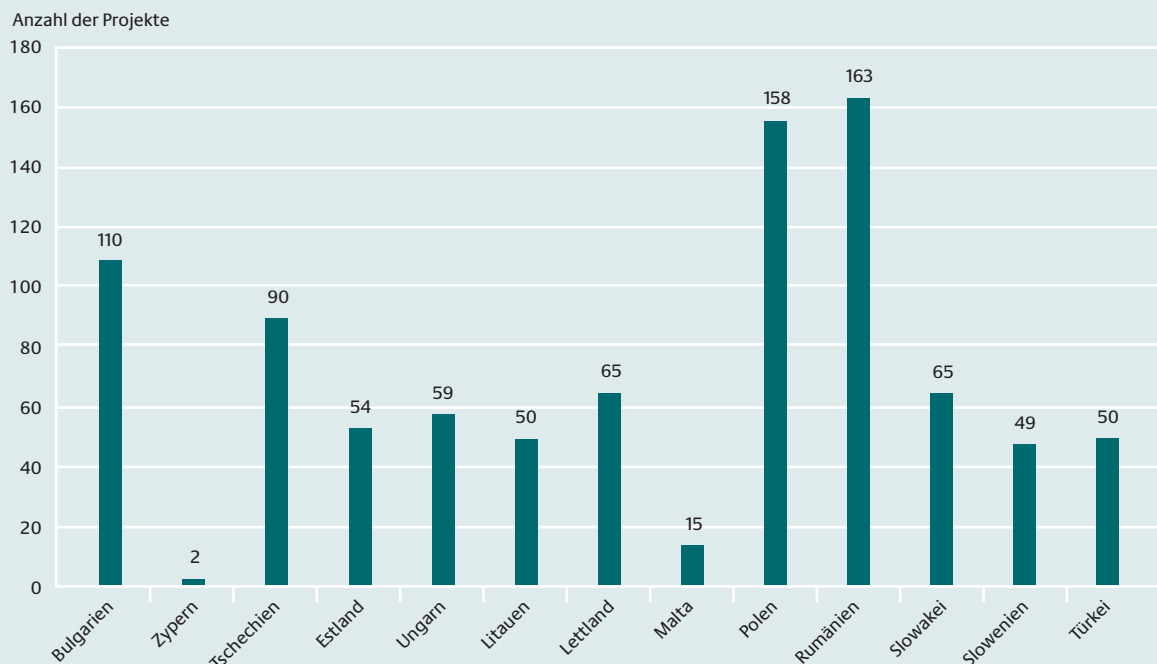
In jedem Partnerland koordiniert ein nationaler Koordinator (NCP), der Kontakt- und Koordinierungsstelle für die EU-Kommission, die nationalen Behörden und die Partnerländer ist, die gesamten Twinning-Aktivitäten. In Deutschland ist diese Funktion in der Europaabteilung des Bundesministeriums der Finanzen angesiedelt.

2 Nach sechs Jahren: Eine positive Twinning-Bilanz

Die Verwaltungspartnerschaften haben sich in den vergangenen sechs Jahren als ein ausgesprochen erfolgreiches Beitritts- und Kooperationsinstrument erwiesen. Seit 1998 wurden im Rahmen des PHARE-Programms 1074 Twinning-Projekte ausgeschrieben, für die mehr als 1 Mrd. € Haushaltsmittel der Europäischen Union bereitgestellt wurden.

Die zahlenmäßig mit Abstand aktivsten Empfängerländer sind Rumänien und Polen, gefolgt von Bulgarien. Die anderen PHARE-Länder realisieren Twinning-Projekte entsprechend der Aufnahmefähigkeit ihrer Verwaltungen (siehe Abbildung 1).

Abbildung 1: Twinning-Projekte in den neuen Mitgliedstaaten und Kandidatenländern von 1998 bis 2004



Quelle: BMF, Stand: April 2005.

Die Mehrzahl der Twinning-Projekte hat die vereinbarten Ziele erreicht. Eine erste unabhängige Evaluierung von rd. 200 abgeschlossenen Twinning-Projekten kam 2003 zu dem Ergebnis, dass 80 % der Projekte als erfolgreich eingestuft werden können. Der Europäische Rechnungshof kam in einem speziellen Bericht zu dem Ergebnis, dass die Verwaltungspartnerschaften einen sehr wertvollen Beitrag im Rahmen der Heranführungsstrategie der Europäischen Union geleistet haben, der durch private Consulting-Leistungen nicht erreichbar gewesen wäre. Insgesamt kann festgehalten werden, dass die weitgehende Erfüllung der Anforderungen des „Acquis Communautaire“ durch die neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union und deren Beitritt zum 1. Mai 2004 ohne die erfolgreiche Durchführung von Twinning-Projekten nicht möglich gewesen wären.

Der Erfolg der Verwaltungspartnerschaften im Rahmen des PHARE-Programms hat die Europäische Union dazu bewogen, das Instrument für die neuen Mitgliedstaaten der Europäischen Union auf der finanziellen Grundlage einer Übergangsfinanzierung bis Ende 2006 fortzuführen, um die verbliebenen Anforderungen zur Erfüllung des „Acquis Communautaire“ zu erfüllen. Darüber hinaus wurde das Instrument der Verwaltungspartnerschaften auch im Rahmen der Programme für die Westbalkanländer (CARDS²) und die Mittelmeerländer (MEDA³) im Jahr 2002 bzw. im Jahr 2004 eingeführt. Nach einer Pilotphase in den Jahren 2002/2003 soll das Twinning-Instrument in Kürze auch wieder im Rahmen des TACIS-Programms⁴ für die Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion eingesetzt werden.

3 Bundesrepublik Deutschland: Aktivstes und erfolgreichstes Partnerland

3.1 Die deutsche Beteiligung

Von Beginn an haben die Bundesregierung und die Verwaltungen der Bundesländer sich äußerst rege an Twinning-Projekten in den Beitritts- und Kooperationsländern beteiligt (siehe Abbildungen 2 und 3, S. 66). Deutsche Verwaltungen haben sich nahezu auf jedes zweite ausgeschriebene Twinning-Projekt beworben und waren dabei auch besonders erfolgreich. Die Erfolgsquote bei Projektbewerbungen liegt bei durchschnittlich 60 %. Insgesamt wurden oder werden rd. 25 % aller Twinning-Projekte von deutschen Verwaltungen und deutschen Beratern implementiert. Mit 241 Verwaltungspartnerschaften in den Beitritts- und Kandidatenländern sind deutsche Verwaltungen in nahezu doppelt so vielen Projekten engagiert wie französische oder englische Institutionen.

Auch in der CARDS-Region und in den MEDA-Ländern sind deutsche Verwaltungen bereits aktiv geworden.

An den deutschen Beratungsleistungen haben sich praktisch alle Bundesministerien beteiligt. Wegen des hohen Beratungsbedarfs in den Bereichen Wirtschaft und Arbeit, Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft, Umwelt und innere Sicherheit waren die Bundesministerien für Wirtschaft und Arbeit (BMWA), Verbraucherschutz, Ernährung und Landwirtschaft (BMVEL), Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit (BMU) und Inneres (BMI) besonders gefordert.

Die umfangreichen deutschen Beratungsleistungen wären ohne eine aktive Beteiligung

² EU-Programm zugunsten der Länder des südosteuropäischen Stabilitätspakts.

³ EU-Programm zugunsten der Mittelmeerranrainerstaaten.

⁴ EU-Programm zugunsten der Nachfolgestaaten der Sowjetunion.

Abbildung 2: Deutsche Beteiligung an Twinning-Projekten (PHARE 1998 bis 2004)

Anzahl der Projekte

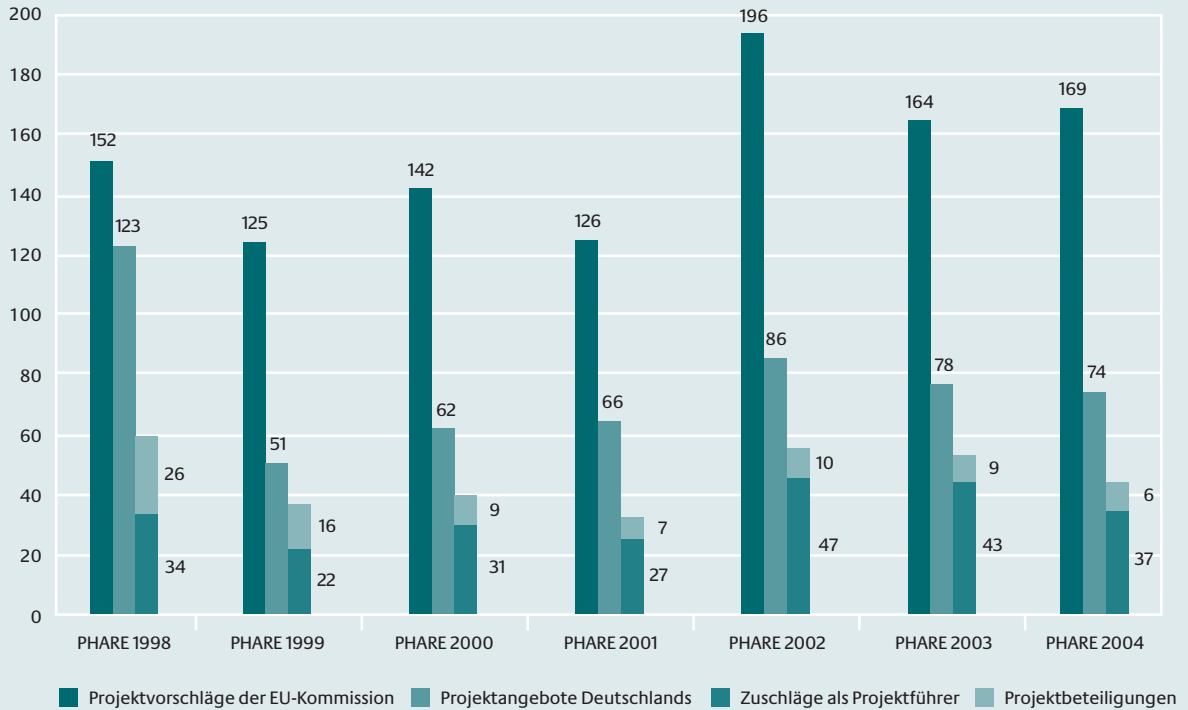


Abbildung 3: Twinning-Projekte der EU-Mitgliedstaaten (PHARE 1998 bis 2004)

Anzahl der Projekte

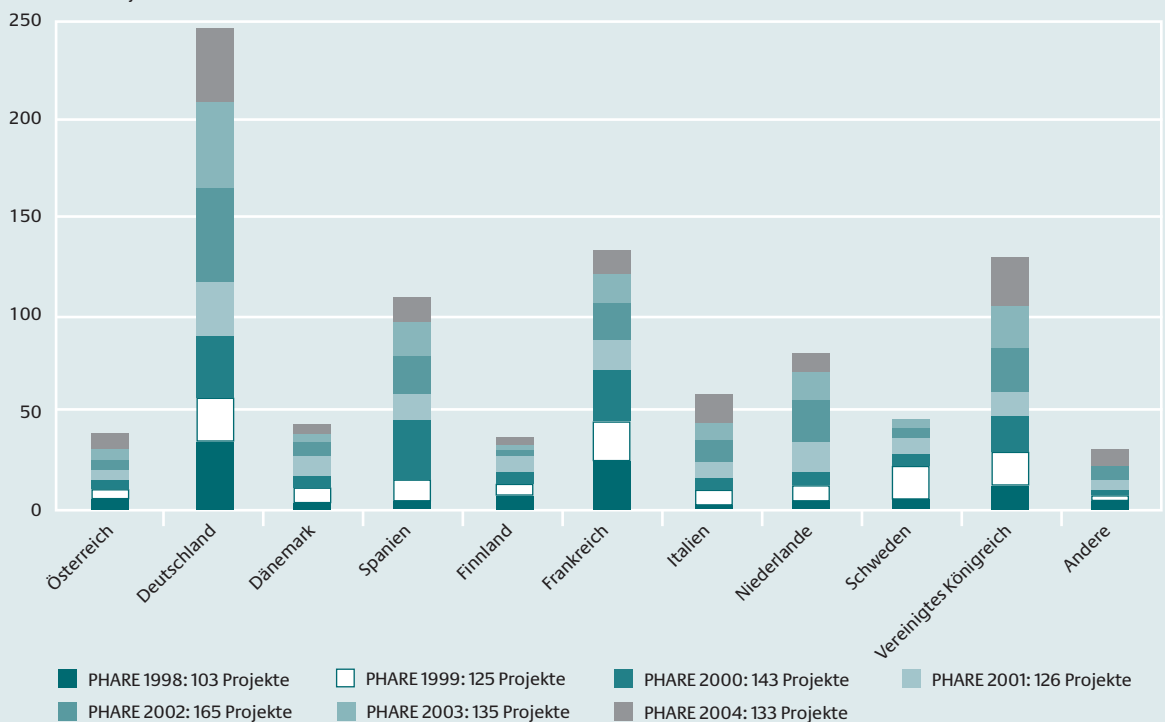
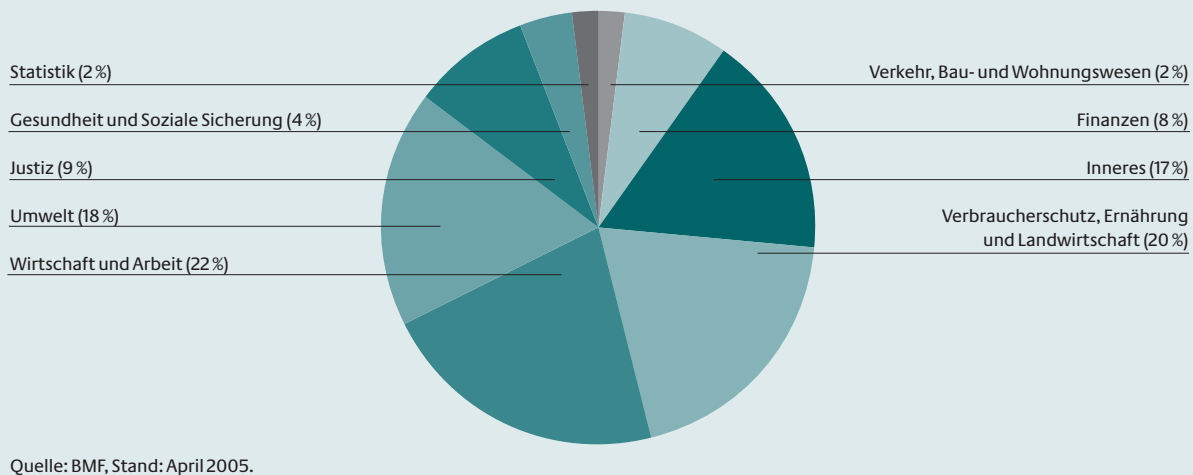


Abbildung 4: Deutsche Twinning-Beteiligung nach Sektoren (PHARE 1998 bis 2004)

der Bundesländer, die in vielen Bereichen über die Kompetenz und die Personalkapazitäten für die erbetene Beratung verfügen, nicht möglich gewesen. In besonderem Maße haben sich die Verwaltungen der neuen Bundesländer beteiligt, die selbst im Zusammenhang mit der deutschen Vereinigung Transformationserfahrungen sammeln konnten. Erkennbar ist auch, dass einige Bundesländer sich jeweils besonders in den Beitrittsländern engagieren, die ihre direkten Nachbarn sind.

3.2 Beweggründe

Zweifellos bestanden in den Beitritts- und Kandidatenländern, insbesondere in unseren Nachbarländern, die im Rahmen der deutschen Vereinigung erhebliche politische Beiträge geleistet hatten, große Erwartungen hinsichtlich einer aktiven deutschen Beteiligung an den Verwaltungspartnerschaften. Die Beitrittsländer, die in der Bundesrepublik Deutschland eine Art Mittler für ihren Beitritt zur Europäischen Union sahen, gingen ebenfalls von großen deutschen Anstrengungen aus.

Andererseits bestand aber auch ein großes deutsches Interesse, die politischen und ökonomischen Veränderungen in den Beitritts- und Kandidatenländern aktiv und konstruktiv zu

unterstützen. Zugleich erkannten die deutschen Verwaltungen auch ihre Verpflichtung, wertvolle Transformationserfahrungen, die sie selbst bei der Integration der neuen Bundesländer im Rahmen der deutschen Vereinigung gewinnen konnten, mit unseren Nachbarn zu teilen.

3.3 Vorteile

Sicherlich waren die Fachkenntnisse und umfangreichen Erfahrungen deutscher Experten, die sie im Rahmen von Twinning-Projekten ihren Kollegen in den Beitrittsländern vermitteln konnten, eine wertvolle Unterstützung für die jeweiligen Partner bei der Anpassung des nationalen Rechtsbestandes an den *Acquis Communautaire* und zur effizienteren Gestaltung des Verwaltungshandelns. Die große Nachfrage nach deutschen Beratungsleistungen zeigt zugleich, dass deutsche Experten nicht nur wegen ihres Fachwissens gefragt waren, sondern insbesondere auch, weil sie sich offensichtlich dem Partnerschaftsgedanken besonders verpflichtet fühlten.

Die Verwaltungspartnerschaften sind jedoch keine „Einbahnstraßen der Wissensvermittlung“. In ihrem Rahmen werden partnerschaftliche Lösungen erarbeitet, durch die auch die deutschen Langzeit- und Kurzzeitberater

wichtige Erkenntnisse gewinnen für die Arbeit in ihren Heimatverwaltungen nach einem erfolgreichen Projektabschluss. Von besonderer Bedeutung ist auch, dass die im Rahmen von Twinning-Projekten geknüpften Arbeitsbeziehungen in der Regel weit über das Projektende bestehen bleiben und Abstimmungen in Gremien der Europäischen Union erleichtern können.

Durch Verwaltungspartnerschaften werden indirekt auch wichtige deutsche Interessen gefördert. Als größter Nettobeitragszahler zum Haushalt der Europäischen Union ist die Bundesrepublik Deutschland besonders interessiert an einem effektiven und effizienten Einsatz der Haushaltsmittel der Europäischen Union. Die Projekte zur Eindämmung von Menschen-, Waffen- und Drogenhandel leisten auch einen Beitrag zur Verbesserung der inneren Sicherheit in der Bundesrepublik Deutschland. Für deutsche Unternehmen werden Handel und Investitionen vereinfacht und erleichtert, wenn die Regeln hierfür in den Partnerländern denen im Inland ähnlich sind.

4 Ausblick

Die Verwaltungspartnerschaften werden auch in Zukunft ein wichtiges Beitritts- und Kooperationsinstrument der Europäischen Union bleiben. In den Ländern, die am 1. Mai 2004 der Europäischen Union beigetreten sind, werden auf der Grundlage der Übergangsfazilität bis Ende 2006 weiterhin in erheblicher Zahl neue Twinning-Projekte genehmigt werden können, die anschließend noch durchgeführt werden. Besonders aktive Nachfrager sind zurzeit – und sie werden dies wohl auch bleiben – die Kandidatenländer Rumänien, Bulgarien, Türkei und

Kroatien. In der CARDS-Region gehen von Serbien/Montenegro neuerdings wichtige Impulse aus. Auch die MEDA-Länder sind an Twinning-Projekten zunehmend interessiert. Neu belebt werden sollen die Verwaltungspartnerschaften in den TACIS-Ländern, wobei insbesondere in der Ukraine bald schon mit Projektausschreibungen zu rechnen sein wird.

Im Rahmen der ab 2007 wirksam werden- den Neukonzeption der Drittlandsprogramme der Europäischen Union haben Verwaltungspartnerschaften in dem Heranführungsinstrument und dem Europäischen Nachbarschafts- und Partnerschaftsinstrument (ENPI) einen unverändert hohen Stellenwert.

Bei der Ausdehnung der Verwaltungspartnerschaften auf Drittländer ohne Beitrittsperspektive wird sich jedoch der Charakter des Instrumentes verändern. Nicht mehr die Anpassung des nationalen Rechtsbestandes an den *Acquis Communautaire* wird die Hauptzielsetzung sein, sondern die Erreichung gemeinsamer strategischer Ziele, für die eine Verbesserung des Verwaltungshandelns notwendig ist.

Durch die Erweiterung der Europäischen Union zum 1. Mai 2004 ist erfreulicherweise die Zahl der Länder, die Beratungsdienstleistungen anbieten und gleichzeitig eigene Transformationserfahrungen vermitteln können, erheblich gestiegen. Dies wird sich auch niederschlagen in einer Zunahme von Länderkonsortien, die sich für Twinning-Projekte bewerben. Dies bedeutet für deutsche Berater einerseits mehr Konkurrenz, zugleich aber auch eine gewisse Entlastung für die deutschen Verwaltungen, bei denen aufgrund des fortschreitenden Personalabbaus Schwierigkeiten erkennbar geworden sind, qualifizierte Lang- und Kurzzeitberater im gleichen Maße abzustellen wie bisher.

Neuordnung des Pfandbriefrechts – Weiterentwicklung eines deutschen Modellprodukts

1	Einleitung	69
1.1	Gesetzgebungsverfahren und Zweck des Gesetzes	69
1.2	Emittentenkreis nach geltendem Recht	70
1.3	Gesetzgeberischer Handlungsbedarf	70
1.4	Wirtschaftliche Bedeutung	71
2	Kernpunkte des Pfandbriefgesetzes	71
2.1	Erlaubnisvoraussetzungen	71
2.2	Weitere gesetzliche Anforderungen an das Pfandbriefgeschäft	74
2.3	Wichtige Verbesserungen der Geschäftsmöglichkeiten	76
3	Wirkungen des Pfandbriefgesetzes	77
4	Grundsatz der einheitlichen Deckungsmasse; Übergangsregelungen	78
5	Ergebnis	78

1 Einleitung

1.1 Gesetzgebungsverfahren und Zweck des Gesetzes

Ab dem 19. Juli 2005 wird in Deutschland ein neues Pfandbriefrecht gelten. An diesem Tag wird das Pfandbriefgesetz die bisherigen drei einschlägigen Gesetze ablösen: das Hypothekendarlehenbankgesetz (HBG), das Gesetz über die Pfandbriefe und verwandten Schuldverschreibungen öffentlich-rechtlicher Kreditanstalten (ÖPG) und das Schiffsbankgesetz. Das im April 2004 von Bundesminister Eichel angekündigte Gesetz wurde vom Deutschen Bundestag am 17. Februar 2005 als Kern des „Gesetzes zur Neuordnung des Pfandbriefrechts“ mit gemeinsamen Ergänzungen aller Fraktionen einstimmig beschlossen. Der Bundesrat hat am 18. März 2005 einstimmig darauf verzichtet, ein Vermittlungsverfahren zu beantragen. Das Gesetz zur Neuordnung des Pfandbriefrechts wird noch im Mai 2005 verkündet werden. Einzelne Vorschriften des Pfandbriefgesetzes werden bereits am Tage nach der Verkündung in

Kraft treten. Sie enthalten zum einen die Ermächtigungen zum Erlass der vier Rechtsverordnungen, die Einzelheiten der vorgeschriebenen Barwertrechnung, von Inhalt und Form der zu führenden Deckungsregister und Einzelheiten der Beleihungswertermittlung regeln. Zum anderen gehören dazu einzelne Vorschriften über den Treuhänder, insbesondere die Möglichkeit seiner Bestellung durch die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (Bundesanstalt) auf Antrag der Pfandbriefbank, damit sich Treuhänder bei Kreditinstituten, bei denen bisher noch kein Treuhänder bestellt worden war, auf die Erfüllung ihrer sich ab dem 19. Juli 2005 ergebenden Aufgaben vorbereiten können. Die Abstimmung mit den Verbänden hinsichtlich der Rechtsverordnungen kann damit bereits jetzt beginnen. Dadurch soll den Pfandbriefbanken und ihren Treuhändern die Gelegenheit gegeben werden, sich frühzeitig auf die neuen Vorschriften einzurichten, so dass sie die Emission von Pfandbriefen ab dem 19. Juli 2005 ohne größere Schwierigkeiten fortsetzen oder aufnehmen können.

Die Verbände der Kreditwirtschaft haben das Pfandbriefgesetz einhellig begrüßt. Sie teilen die Auffassung von Bundesregierung und Parlament, dass das Gesetz die Voraussetzungen für die herausgehobene Stellung des deutschen Pfandbriefs auf den nationalen und internationalen Finanzmärkten verbessert und somit einen bedeutsamen Beitrag zur Stärkung des Finanzplatzes und des Wirtschaftsstandorts Deutschland darstellt. Denn der Pfandbrief verschafft den Emittenten auf Grund seiner Sicherheit günstige Refinanzierungsbedingungen und ist – da diese Refinanzierungsvorteile auch an die Kreditnehmer weitergereicht werden können – von großer Bedeutung für die deutsche Wirtschaft.



Mit dem Gesetz werden zwei Hauptziele erreicht:

- Es wird einerseits die hohe Qualität des Pfandbriefs, die seinen Erfolg an den Kapitalmärkten begründet hat, gewahrt und für die Zukunft gestärkt.
- Zum anderen wird die Befugnis zur Emission von Pfandbriefen aller drei Gattungen auf alle Kreditinstitute ausgedehnt, die bestimmten Mindestanforderungen zum Schutz des Pfandbriefgeschäfts genügen und eine entsprechende aufsichtliche Erlaubnis nach dem Kreditwesengesetz erhalten.

Daneben ist es aber auch Ziel der Bundesregierung, mit diesem Gesetz die herausgehobene Stellung des Pfandbriefs an den nationalen und internationalen Kapitalmärkten weiter zu festigen und auszubauen.

1.2 Emittentenkreis nach geltendem Recht

Nach geltendem Recht werden Pfandbriefe begeben durch

1. die privatrechtlich verfassten Hypothekenbanken (dem Grundsatz nach Spezialkreditinstitute, d.h. mit eng begrenztem Geschäftskreis; aber auch sog. „gemischte“ Hypothekenbanken);
2. die öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute, sofern ihnen die Pfandbriefbegebung durch das sie betreffende Errichtungsgesetz oder aufgrund der Sparkassengesetze der Länder gestattet ist;
3. die Schiffsbanken (zwei an der Zahl!).

Das Hypothekenbankgesetz betrifft nur den Bereich der privaten Kreditinstitute und beschränkt dort die Befugnis zur Pfandbriefbegebung grundsätzlich auf Spezialkreditinstitute, die Hypothekenbanken. Aus historischen Gründen dürfen einige private Kreditinstitute als so genannte „gemischte Hypothekenbanken“ neben dem eigentlichen Hypothekenbankgeschäft weitere Geschäfte betreiben. Öffentlich-rechtliche Kreditinstitute sind bisher vor dem Hintergrund von Anstaltslast und Gewährträgerhaftung stets zur Begebung von Pfandbriefen berechtigt, sofern ihnen die Pfandbriefemission durch das sie betreffende Errichtungsgesetz oder aufgrund der Sparkassengesetze der Länder gestattet ist. Das bisher geltende Pfandbriefprivileg erfasst somit alle öffentlich-rechtlichen Landesbanken und in einer Reihe von Bundesländern auch die Sparkassen. Das Schiffsbankgesetz behält die Emission von Schiffspfandbriefen den Schiffsbanken vor.

1.3 Gesetzgeberischer Handlungsbedarf

Gesetzgeberischer Handlungsbedarf bestand, weil das bisherige Pfandbriefemissionsprivileg nicht mehr überzeugend begründet werden kann. Das

gilt einmal hinsichtlich des Privilegs der Spezialbanken. Denn die so genannten gemischten Hypothekenbanken unterliegen dem Spezialbankprinzip des Hypothekendarlehenbankgesetzes ebenso wenig wie die öffentlich-rechtlichen Pfandbriefemittenten. Auf diese beiden Gruppen entfällt jedoch der größte Marktanteil umlaufender Pfandbriefe. Gegen die Privilegierung von – möglicherweise risikoärmeren – Spezialbanken spricht auch, dass durch die letzten Änderungen des HBG und des ÖPG vom April 2004 im Rahmen des „Gesetzes zur Umsetzung der Richtlinie (...) über Finanzsicherheiten und zur Änderung des Hypothekendarlehenbankgesetzes und anderer Gesetze“ die Deckungsmasse weitgehend selbstständig und insoweit vom Schicksal der Pfandbriefinstitute losgelöst wurde.

Aber auch einer Privilegierung der öffentlich-rechtlichen Universalkreditinstitute gegenüber anderen Universalkreditinstituten kommt mit dem Wegfall der staatlichen Garantien für öffentlich-rechtliche Kreditinstitute ab dem 19. Juli 2005 ein Rechtfertigungsgrund abhanden.

1.4 Wirtschaftliche Bedeutung

Beim Entwurf des neuen Pfandbriefgesetzes und bei der Prüfung der Bundesratsanliegen hatte die Bundesregierung selbstverständlich im Blick zu behalten, dass der deutsche Pfandbrief schon heute eines der größten Segmente des europäischen Rentenmarktes darstellt und Vorbild für zahlreiche Produkte nach ausländischen Rechtsordnungen ist.

Der Nominal-Umlaufbetrag der „öffentlichen Pfandbriefe“ und der „Hypothekendarlehenpfandbriefe“ betrug Ende 2004 über 1000 Mrd. €, davon begeben von privaten Hypothekendarlehenbanken rund 60 %, von öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten rund 40 %.

Der Brutto-Nominal-Absatz von „öffentlichen Pfandbriefen“ und „Hypothekendarlehenpfandbriefen“ betrug in 2004 zusammen 174 Mrd. €, davon begeben von privaten Hypothekendarlehenbanken wiederum rund 60 % und von öffentlich-rechtlichen Kreditinstituten rund 40 %. Am deut-

schen Rentenmarkt hat der Pfandbrief einen Marktanteil von fast einem Drittel.

Es sind Bemühungen in anderen Rechtsordnungen erkennbar, dem Pfandbrief Konkurrenz zu machen. Seit der 2. Hälfte der 90er Jahre haben die meisten Mitgliedstaaten der Europäischen Union Gesetze über gedeckte Schuldverschreibungen erlassen. Weitere Staaten denken darüber nach. Darüber hinaus werden in Großbritannien, wo kein einschlägiges Gesetz besteht, über besondere Vertragskonstruktionen pfandbriefähnliche Produkte strukturiert und auf den Markt gebracht.

Dennoch nimmt der Pfandbrief weiterhin einen der Spitzenplätze in Europa ein. Der Pfandbrief ist ein weltweit gefragtes Anlageinstrument und ein echtes Vorzeigemodell an den internationalen Finanzmärkten, dessen Erfolg auch künftig sichergestellt werden muss.

Für diejenigen öffentlich-rechtlichen Kreditinstitute, die ab dem 19. Juli 2005 nicht mehr über die Gewährträgerhaftung oder eine Anstaltslast verfügen, wird der Pfandbrief als Refinanzierungsquelle nach dem Stichtag noch erheblich an Bedeutung gewinnen.

Das hohe Ansehen des als relativ homogen wahrgenommenen Pfandbriefs an den internationalen Kapitalmärkten beruht auf strengen gesetzlichen Vorschriften. Mit dem Gesetz werden die Voraussetzungen geschaffen, die Benchmarkfunktion des Pfandbriefs als besonders sicheres Investment für nationale und internationale Investoren zu festigen. Eine Verwässerung der gesetzlichen Anforderungen oder gar Einbußen an der Qualität des Pfandbriefs mussten daher aus Sicht der Bundesregierung vermieden werden.

2 Kernpunkte des Pfandbriefgesetzes

2.1 Erlaubnisvoraussetzungen

Das Pfandbriefgesetz ermöglicht allen geeigneten Kreditinstituten, die bereit und in der

Lage sind, bestimmte gesetzlich festgelegte Qualitätsanforderungen an das Pfandbriefgeschäft zu erfüllen, die Erlaubnis zur Ausgabe von Pfandbriefen zu beantragen.

Zu diesem Zweck wird das Pfandbriefgeschäft als Bankgeschäft im Sinne des § 1 des Kreditwesengesetzes (KWG) definiert, dessen Betrieb eine entsprechende Erlaubnis der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht nach den Vorschriften des Kreditwesengesetzes voraussetzt. Die Kreditinstitute haben so bereits im Rahmen des Erlaubnisverfahrens nachzuweisen, dass sie bestimmte, für das Pfandbriefgeschäft unabdingbare Mindestanforderungen erfüllen. Zugleich wird es der Bundesanstalt auf diese Weise ermöglicht, sämtliche pfandbriefemittierenden Institute, nach der Terminologie des neuen Gesetzes also die „Pfandbriefbanken“, und auch deren Emissionstätigkeit selbst in besonderer Weise zu beaufsichtigen. Den entsprechenden Anforderungen des Artikels 22 Abs. 4 der EU-Investmentfonds-Richtlinie an die besondere Aufsicht wird somit Rechnung getragen. Damit wird nicht nur den Investmentfonds die Anlage in Pfandbriefen erleichtert. Die Anforderungen an die Eigenkapitalunterlegung machen die insoweit privilegierte Pfandbriefanlage auch im Übrigen heute und in Zukunft attraktiv.

Im Hinblick auf die spezifischen Anforderungen des Pfandbriefgeschäftes werden die Erlaubnisvoraussetzungen des Kreditwesengesetzes im Pfandbriefgesetz teilweise strenger gefasst als bisher, teilweise aber auch vertieft geregelt. Vorgeschrieben ist:

- Die Erlaubnis kann nur bei einem Kernkapital von mindestens 25 Mio. € erteilt werden. Das Erfordernis ist durch die Langfristigkeit der Darlehensgewährungen und der Emissionszeiträume des Pfandbriefgeschäftes begründet. Das Eigenkapital, welches letztlich die Funktion hat, etwaig entstehende Verluste auszugleichen, muss dieser Langfristigkeit angemessen und entsprechend dimensioniert sein.

Bis zum 31. Dezember 2008 gilt eine Ausnahme für bisherige Pfandbriefemittenten, sofern sie ihre Emissionen nicht auf weitere Pfandbriefgattungen ausdehnen. Eine weitergehende, unbefristete Ausnahme ist zweinamentlich genannten kleinen Pfandbriefinstituten zugestanden, bei denen aufgrund ihres Geschäftsmodells und ihrer Tradition nicht befürchtet werden muss, dass sie das Pfandbriefgeschäft nicht mit der gebotenen Nachhaltigkeit betreiben wollen.

- Aus dem bereits nach dem Kreditwesengesetz bei jedem Erlaubnisverfahren vorzulegenden Geschäftsplan muss hervorgehen, dass das Kreditinstitut in der Lage ist, das Pfandbriefgeschäft regelmäßig und nachhaltig zu betreiben, und dass ein dafür erforderlicher organisatorischer Aufbau vorhanden ist. Auf diese Weise soll sichergestellt werden, dass nur solche Kreditinstitute eine Erlaubnis zur Ausgabe von Pfandbriefen erhalten, die aufgrund ihrer internen Planungen sowie der sächlichen und personellen Mittel erwarten lassen, dass sie das Pfandbriefgeschäft als ein für ihr Unternehmen bedeutsames Refinanzierungsgeschäft betreiben werden. Nachhaltigkeit ist insoweit gegeben, wenn sich das Pfandbriefgeschäft selbst dauerhaft trägt. Die Ergebnisse aus dieser geschäftlichen Tätigkeit müssen für sich genommen ausreichen, um die hohen Anforderungen dieses Gesetzes an die Qualität der Deckungsmassen – zum Beispiel durch den Erwerb zusätzlicher Deckungswerte – für die gesamte Laufzeit der ausstehenden Pfandbriefe sicherstellen zu können. Hierauf muss der Geschäftsplan gerichtet sein. Auch die von den Investoren erwartete Marktpflege durch die Pfandbriefbanken setzt ein entsprechend langfristiges Engagement voraus. Nicht erforderlich ist hingegen ein regelmäßiges Mindestemissionsvolumen innerhalb festgelegter Zeiträume. Die Entscheidung für eine Emission soll an der jeweiligen Marktsituation ausge-

richtet bleiben. Mit den neuen Vorschriften werden Kriterien an die Hand gegeben, um die Ernsthaftigkeit eines langfristigen Engagements im Pfandbriefgeschäft zu prüfen.



- Das Kreditinstitut muss nachweisen, dass es über geeignete Regelungen und Instrumente zur Steuerung, Überwachung und Kontrolle der Risiken für die Deckungsmassen und das darauf gründende Emissionsgeschäft verfügt. Diese Voraussetzung wird auch durch ein für die gesamte Geschäftstätigkeit der Bank bestehendes Risikomanagementsystem erfüllt, wenn es eine gesonderte Abbildung der spezifischen Risiken des Pfandbriefgeschäfts und der Deckungsmassen ermöglicht. Das System muss in der Lage sein, alle relevanten Risiken zu erkennen und zu steuern. Zur Vorbeugung gegen die Gefahr von Klumpenrisiken muss jedes Institut für die Deckungsmassen ein Limitsystem einrichten, das die Konzentration auf bestimmte Einzelrisiken begrenzt. Daneben muss jedes Institut ein so genanntes Eskalationsverfahren einrichten, das beim Überschreiten von zuvor intern festgelegten Risikogrenzwerten konkrete Gegenmaßnahmen zwingend vorsieht. Die Rückführung des Risikos muss unverzüglich bewirkt werden. Vorgeschrieben ist auch die frühzeitige Information der Entscheidungsträger, insbesondere des Vorstandes. In angemessenen Zeitabständen, mindestens aber alle drei Monate, ist dem Vorstand ein alle relevanten Informationen umfassender Risikoreport vorzulegen. Besonders geregelt ist das Risikomanagement in Bezug auf für die Pfandbriefbank

neue Geschäfte. Diese können für ein Institut besonders risikobehaftet sein, weil es insoweit möglicherweise noch nicht über eine ausreichende Expertise verfügt. Als neues Geschäft im Sinne der Vorschrift sind deshalb sämtliche Geschäfte anzusehen, die Risiken beinhalten, welche für das Institut neu sind. Dies können Adressen-, Marktpreis- oder sonstige Risiken sein. Insbesondere bei der Erschließung ausländischer Immobilienmärkte ist auch das Rechtsrisiko von Bedeutung, welches mit der Darlehenssicherung mittels der dort vorherrschenden, den Hypotheken und Grundschulden im Sinne von § 18 Abs. 1 des Pfandbriefgesetzes vergleichbaren Sicherungsrechten verbunden ist. Für solche Fälle wird der Pfandbriefbank die Erstellung und Dokumentation einer umfassenden Risikoanalyse der neuen Geschäfte vorgeschrieben. Die Analyse muss auch die Auswirkungen der Einbindung der neuen Geschäfte in das bisherige Risikomanagementsystem umfassen. Kommt die Analyse zu dem Ergebnis, dass die neuen Geschäfte durchgeführt werden können, darf die Pfandbriefbank daraus erhaltene Werte erst nach Erwerb eines gefestigten Erfahrungswissens hinsichtlich dieser neuen Erfahrungswerte in Deckung nehmen, bei Geschäften auf neuen Märkten im Bereich des Hypothekarkredites nicht jedoch vor Ablauf von zwei Jahren nach deren Aufnahme. Das Vorhandensein eines gefestigten Erfahrungswissens ist vom Institut ebenfalls ausführlich schriftlich darzulegen. Dieses Verfahren stellt sicher, dass der Treuhänder, interne und externe Prüfer wie auch die Bundesanstalt den Entscheidungsprozess des Institutes jederzeit nachvollziehen können.

- Die Geschäftsleiter müssen über ausreichende theoretische und praktische Kenntnisse im Hypothekar-, Kommunal- oder Schiffskreditgeschäft und deren jeweiliger Refinanzierung verfügen.

Die Bundesanstalt erhält das Recht, die Erlaubnis zum Betreiben des Pfandbriefgeschäftes nicht nur dann aufzuheben, wenn die allgemeinen oder die besonderen Erlaubnisvoraussetzungen des Pfandbriefgesetzes nicht mehr vorliegen, sondern auch dann, wenn die Pfandbriefbank die Ausgabe von Pfandbriefen seit mehr als zwei Jahren nicht mehr betreibt und nicht zu erwarten ist, dass das Pfandbriefgeschäft innerhalb der nächsten sechs Monate als regelmäßig und nachhaltig betriebenes Bankgeschäft wieder aufgenommen wird.

Sofern die Bundesanstalt die Erlaubnis für das Pfandbriefgeschäft entzieht oder sofern die Erlaubnis erlischt, ist die Deckungsmasse abzuwickeln. Dies geschieht regelmäßig dadurch, dass die Pfandbriefbank die Deckungsmasse bis zur Fälligkeit der Pfandbriefe fortführt und die Pfandbriefe vertragsgemäß bedient. Die Bundesanstalt kann Ausnahmen von den Obergrenzen für die so genannten weiteren Deckungswerte zulassen, um die geordnete Abwicklung zu erleichtern. Nur soweit es ausnahmsweise für eine sachgerechte Abwicklung erforderlich ist, können auf Antrag der Bundesanstalt eine oder zwei geeignete natürliche Personen als Sachwalter durch das zuständige Gericht bestellt werden.



2.2 Weitere gesetzliche Anforderungen an das Pfandbriefgeschäft

Diejenigen Elemente der Qualitätssicherung, die sich bewährt haben, die aber bislang nicht in allen drei einschlägigen Gesetzen einheitlich vorgeschrieben waren, werden beibehalten und zukünftig auf sämtliche Pfandbriefemittenten angewendet.

- Aus dem Hypothekendarlehenbankgesetz und dem ÖPG übernommen ist deshalb das Prinzip der sowohl nennwertigen als auch barwertigen Deckung der Ansprüche der Pfandbriefgläubiger zuzüglich einer zweiprozentigen sichernden Überdeckung, welche in besonders liquiden Werten vorzuhalten ist. Es gilt künftig auch für das Schiffspfandbriefgeschäft. Ebenfalls beibehalten werden die in der letzten Novelle des Hypothekendarlehenbankgesetzes wie auch des ÖPG und des Schiffsbankgesetzes eingeführten Vorschriften über die Insolvenz, den Sachwalter für die Deckungsmassen sowie die Möglichkeit der vollständigen oder teilweisen Übertragung der Pfandbriefverbindlichkeiten und Deckungsmassen auf andere Pfandbriefbanken. Durch diese Vorschriften wird gewährleistet, dass die Deckungsmasse von der Insolvenz der Pfandbriefbank nicht berührt wird, sondern dass die Pfandbriefgläubiger in vollem Umfang geschützt sind.
- Für sämtliche Pfandbriefbanken wird es zudem verpflichtend, bei hypothekarischen Beleihungen einen an den dauerhaften Eigenschaften und am nachhaltig zu erzielenden Ertrag orientierten Beleihungswert zu ermitteln und die Hypotheken lediglich in Höhe von 60 % dieses Wertes als Deckungswerte zu verwenden. Dieses aus dem Hypothekendarlehenbankgesetz bekannte Vorsichtsprinzip hat sich besonders bewährt, wie sich aus der herausgehobenen Wertschätzung des Hypothekendarlehenpfandbriefs an den Kapitalmärkten ablesen lässt. Übergangsweise dürfen Pfandbriefbanken bis zum 30. Juni 2006 solche Hypotheken, die bereits vor dem Beschluss des Bundeskabinetts über den Entwurf des Pfandbriefgesetzes, also vor dem 13. Oktober 2004, in ein Deckungsregister für Hypothekendarlehenpfandbriefe eingetragen waren und weiterhin eingetragen sind, in Höhe von 50 % des von der Pfandbriefbank aufgrund einer vor dem 13. Oktober 2004 durchgeführ-

ten Wertermittlung festgesetzten Wertes zur Deckung von Hypothekendarlehenpfandbriefen benutzen. Diese Übergangsvorschrift entspricht dem Interesse der öffentlich-rechtlichen Pfandbriefbanken, die im Rahmen ihres bisherigen Pfandbriefgeschäftes noch nicht zur Ermittlung eines Beleihungswertes verpflichtet sind.

- Übernommen wird auch die Rechtsfigur des von der Bundesanstalt zu bestellenden Treuhänders, der die vorschriftsmäßige Deckung der Pfandbriefe zu kontrollieren hat, und zu dem das Pfandbriefgesetz weitere Anforderungen formuliert. Das Pfandbriefgesetz regelt ausdrücklich, dass Treuhänder und Stellvertreter über die zur Erfüllung ihrer Aufgaben erforderlichen Kenntnisse und Erfahrungen verfügen müssen, enthält aber im Hinblick auf das unterschiedliche Deckungsgeschäft der Pfandbriefbanken keine formalen Anforderungen. Allerdings spricht das Gesetz die Vermutung aus, dass die Qualifikation als Wirtschaftsprüfer oder vereidigter Buchprüfer ausreichend ist. Eine die Bestellung ausschließende Befangenheit ist laut Gesetz anzunehmen, wenn die zu bestellende Person in einem Beschäftigungs- oder Mandatsverhältnis mit der Pfandbriefbank steht oder innerhalb der vorausgegangenen drei Jahre gestanden hat. Die Aufgaben des Treuhänders sind in vielen Fällen zunehmend anspruchsvoller geworden. Beispielsweise sind seit dem Vierten Finanzmarktförderungsgesetz in 2002 Ansprüche aus bestimmten Derivategeschäften als Deckungswerte zugelassen. Die Bundesanstalt wird bei der Bestellung der Treuhänder die gesteigerten Anforderungen berücksichtigen.
- Die so genannten „Deckungsprüfungen“ der Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht werden auf sämtliche Pfandbriefbanken ausgeweitet.

Als zusätzliches Element zur Qualitätssicherung werden die Pfandbriefbanken dazu ver-

pflichtet, weit reichende Informationen über die Qualität und Zusammensetzung der Deckungsmassen öffentlich bekannt zu geben. Dabei geht das Gesetz im Interesse der Anleger weit über die bisherigen Vorschriften hinaus. Durch die einheitliche Anwendung auf alle Emittenten werden Transparenz und Vergleichbarkeit der Deckungsmassen verbessert, um den Investoren eine bestmögliche Einschätzung der Risiken zu ermöglichen. Nach geltender Gesetzeslage müssen Informationen nur einmal jährlich im Anhang des Jahresabschlusses enthalten sein. Die Informationspflichten gelten bisher nicht für Öffentliche Pfandbriefe. Diese wie andere Umstände werden dem Informationsbedürfnis der Anleger nicht mehr gerecht. Die Transparenzvorschriften des Pfandbriefgesetzes richten sich daher an alle Pfandbriefemittenten, umfassen alle drei Gattungen von Pfandbriefen und sehen überwiegend eine vierteljährliche Veröffentlichung nebst Vergleichszahlen der Vorperiode vor.

Zu den vierteljährlich zu veröffentlichen Informationen gehören für die drei Pfandbriefgattungen getrennt der Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen Pfandbriefe und der dazugehörigen Deckungswerte jeweils in Höhe des Nennwerts, des Barwerts und des Risikobarwerts, wie er sich nach den schon aus den heutigen Barwertverordnungen bekannten Stress-tests ergibt. Die Pfandbriefgläubiger werden so über die aktuelle Deckung sowie über das Ausmaß in Kenntnis gesetzt, in dem die Deckungsmasse dem Risiko etwaiger Zins- und Währungsschwankungen ausgesetzt ist. Aus dem gleichen Grunde sind nach einheitlichen Maßstäben die Laufzeitstrukturen der Pfandbriefe unter Berücksichtigung der Restlaufzeiten sowie die Zinsbindungsfristen der entsprechenden Deckungswerte zu veröffentlichen. Ergänzt wird dies durch die Veröffentlichung des Anteils von Derivaten an den Deckungsmassen.

Ebenfalls vierteljährlich zu veröffentlichen ist die Verteilung der zur Deckung verwendeten Forderungen nach aussagefähigen Betragsklassen

und nach den Staaten, gegen die sich die Forderungen richten oder in denen die Grundstückssicherheiten liegen oder die Schiffe registriert sind.

Hinsichtlich der Hypothekenpfandbriefe ist auch nach Nutzungsarten, hinsichtlich der Öffentlichen Pfandbriefe nach der Art der Schuldner zu gliedern. Bei beiden Pfandbriefgattungen ist auch der Gesamtbetrag der mindestens 90 Tage rückständigen Leistungen auf diese Forderungen und dessen Verteilung nach Staaten anzugeben.

Hinsichtlich der Hypotheken- und Schiffspfandbriefe sind einmal jährlich Angaben zu Zwangsmaßnahmen einerseits und zu Hypothekentilgungen andererseits zu machen.

Die Verbesserung der Transparenz der Deckungsmasse wird das berechtigte Vertrauen der Investoren in den Pfandbrief stärken und das Produkt noch attraktiver machen.

2.3 Wichtige Verbesserungen der Geschäftsmöglichkeiten

- Künftig wird der Kreis der Staaten, in denen die deckungsfähigen Hypotheken belegt sein müssen, auf die USA, Kanada und Japan ausgedehnt. Gegen die Zulassung der Refinanzierung des Hypothekarkreditgeschäfts auch in diesen Staaten durch die Ausgabe von Pfandbriefen sind grundsätzliche Einwendungen nicht zu erheben, wenn sichergestellt ist, dass die einzelne Pfandbriefbank auf diesen Märkten das notwendige Erfahrungswissen im Aktivgeschäft erworben hat. Das ist sichergestellt durch eine bereits oben erwähnte Vorschrift zum Risikomanagement auf neuen Märkten, wonach eine Pfandbriefbank die aus Geschäften auf neuen Märkten stammenden Hypotheken erst nach Erwerb eines gefestigten Erfahrungswissens der Pfandbriefbank in Deckung nehmen darf, nicht jedoch vor Ablauf von zwei Jahren nach Aufnahme des Aktivgeschäfts auf diesen Märkten.

- Den Hypotheken stehen Grundschulden und solche ausländischen Sicherungsrechte gleich, die eine vergleichbare Sicherheit bieten und den Gläubiger berechtigen, seine Forderung auch durch Verwertung des belasteten Grundstücks oder des grundstücksgleichen Rechts oder eines solchen Rechts einer ausländischen Rechtsordnung zu befriedigen, das den grundstücksgleichen Rechten deutschen Rechts vergleichbar ist. Damit wird dem Umstand Rechnung getragen, dass die in den ausländischen Rechtsordnungen vorgesehenen und in der Beleihungspraxis der Kreditinstitute auch tatsächlich verbreiteten Grundstückssicherheiten in der Regel nicht vollständig den deutschen Hypotheken und Grundschulden entsprechen. Durch die Vorschrift wird die Beleihung auch entsprechender ausländischer Werte ermöglicht. Entscheidend kommt es darauf an, dass die ausländischen Grundstückssicherheiten eine im Wesentlichen vergleichbare Sicherheit bieten und den Gläubiger berechtigen, seine Forderung durch Verwertung des belasteten Grundstücks oder grundstücksgleichen Rechts zu befriedigen.
- Pfandbriefemittenten erlangen die für die Pfandbriefdeckung erforderlichen Werte nicht nur unmittelbar durch Kreditvergabe, sondern auch dadurch, dass sie die Werte von anderen Kreditinstituten erwerben, z.B. grundpfandrechtlich gesicherte Forderungen zwecks Deckung eines Hypothekenpfandbriefs. Eine langwierige und kostenaufwändige Eintragung der Abtretung der Grundpfandrechte in das Grundbuch zugunsten der Pfandbriefbank würde das Pfandbriefgeschäft erschweren. Neu ist daher eine gesetzliche Fiktion, dass solche Grundpfandrechte deckungsfähig sind, die nicht rechtswirksam auf die Pfandbriefbank übertragen worden sind, sondern auf deren Übertragung die Pfandbriefbank lediglich einen Anspruch gegen ein anderes Kreditin-

stitut hat, welches die Grundpfandrechte treuhänderisch zugunsten der Pfandbriefbank verwaltet, und die im Fall der Insolvenz des Kreditinstituts oder bei gegen das Kreditinstitut gerichteten Zwangsvollstreckungsmaßnahmen einem Aussonderungsrecht der Pfandbriefbank unterliegen.

Ob allerdings Insolvenz- und Zwangsvollstreckungsfestigkeit vorliegt, hängt von anderen Gesetzen ab. Entsprechende Gesetzesvorschläge, die über das Pfandbriefgeschäft hinaus auch der Lösung entsprechender Probleme im Bereich der Forderungsverbriefung dienen sollen, wurden wegen ihres insolvenzrechtlichen Charakters und Zusammenhangs vom Bundesministerium der Justiz ausgearbeitet. In welcher Weise die Bundesregierung einen Gesetzentwurf vorlegen wird, ist noch nicht entschieden.

- Das Pfandbriefgesetz regelt auch die Begebung von Schiffspfandbriefen und eröffnet damit auch dieses Geschäft grundsätzlich jedem Kreditinstitut, das die entsprechenden Voraussetzungen erfüllt. Das Gesetz wird damit der herausgehobenen Bedeutung gerecht, welche die Finanzierung der Weltseeschifffahrt durch deutsche Kreditinstitute erlangt hat.



3 Wirkungen des Pfandbriefgesetzes

Mit dem Pfandbriefgesetz werden die rechtlichen Vorgaben zur Emission von Pfandbriefen grundlegend modernisiert und den maßgeblich

veränderten äußeren Rahmenbedingungen und Marktgegebenheiten angepasst. Das Gesetz wird sich auf die Kreditinstitute in unterschiedlicher Weise auswirken:

- Für die bislang dem HBG unterfallenden Hypothekenbanken bedeutet die Aufgabe des Spezialbankprinzips eine maßgebliche Erweiterung des erlaubten Geschäftsrahmens. Die Erlaubnis für alle Bankgeschäfte mit Ausnahme des Investment- und des E-Geld-Geschäftes gilt gesetzlich als erteilt. Das Gleiche gilt für die Schiffspfandbriefbanken.
- Für die öffentlich-rechtlichen Kreditanstalten, die auch bislang schon keiner Geschäftskreisbeschränkung unterlagen, bringt das Gesetz hingegen in den meisten Fällen strengere Anforderungen an das Pfandbriefgeschäft und die Ausgabe von Pfandbriefen selbst. Auf der anderen Seite profitieren sie wie alle Pfandbriefbanken von den bereits genannten erweiterten Geschäftsmöglichkeiten.
- Geringfügigere Auswirkungen hat das Gesetz auf die „gemischten“ Hypothekenbanken, die abgesehen von der Geschäftskreisbeschränkung auch bislang schon den Sicherungselementen des Hypothekenbankgesetzes unterlagen.
- Bedeutende Auswirkungen kann das Gesetz für die große Mehrheit der privatrechtlich organisierten Kreditinstitute haben, die nicht Hypothekenbanken sind. Diese Institute konnten sich bislang allenfalls an Hypothekenbanken beteiligen, um sich auf diese Weise einen zumindest mittelbaren Zugang zum Pfandbriefgeschäft zu eröffnen. Diese mit dem Spezialbankprinzip des Hypothekenbankgesetzes verbundene Einschränkung der Gewerbefreiheit wird aufgegeben. Zukünftig wird das Pfandbriefgeschäft grundsätzlich jedem Kreditinstitut offen stehen, welches die im Interesse der Pfandbriefsicherheit unabdingbaren, sich aus dem Pfandbriefgesetz ergebenden Zugangsvoraussetzungen erfüllt.

4 Grundsatz der einheitlichen Deckungsmasse; Übergangsregelungen

Grundsätzlich muss der jeweilige Gesamtbetrag der im Umlauf befindlichen Pfandbriefe einer Gattung in Höhe des Nennwerts jederzeit durch Werte von gleicher Höhe und mindestens gleichem Zinsertrag gedeckt sein. Es gibt aber einen Bedarf bei einzelnen bisherigen Pfandbriefemittenten, trotz Fortsetzung des Pfandbriefgeschäfts z. B. die bis zum In-Kraft-Treten des Gesetzes zur Deckung benutzten Grundpfandrechte ausschließlich zur Deckung der bis zum In-Kraft-Treten des Pfandbriefgesetzes begebenen Pfandbriefe zu verwenden und hinsichtlich dieser alten Pfandbriefe und Deckungswerte nur die bisher für die Deckung geltenden Vorschriften anzuwenden. Diesem Interesse hat das Pfandbriefgesetz Rechnung getragen. Die Pfandbriefbank kann für alle Pfandbriefgattungen die Trennung des bisherigen vom künftigen Pfandbriefumlauf sowie der entsprechenden Deckungsregister durchführen, wenn sie ihre

Absicht bis spätestens zum 18. Juli 2005 bei der Bundesanstalt angezeigt hat. Es handelt sich um eine Ausschlussfrist. Auch weitere Vorschriften des Pfandbriefgesetzes sind in diesem Fall nicht anzuwenden, nämlich diejenigen über die Transparenz, das Risikomanagement und den Treuhänder. Diese Ausnahme vom Grundsatz der einheitlichen Deckungsmasse ist hinnehmbar, weil die Interessen der Pfandbriefgläubiger dadurch nicht beeinträchtigt werden. Die Ausnahme könnte im Wesentlichen für öffentlich-rechtliche Pfandbriefbanken relevant werden, deren bis zum 18. Juli 2005 begebenen Pfandbriefe noch eine Gewährträgerhaftung genießen.

5 Ergebnis

Das neue Pfandbriefrecht wird den Bedürfnissen der Praxis gerecht, setzt als besonders sicheres Investment für nationale und internationale Investoren einen Maßstab für Konkurrenzprodukte und ermöglicht es somit, die bisherigen Erfolge des Pfandbriefs an den Kapitalmärkten fortzuführen und auszubauen.



Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung	82
Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte	102
Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung	106

Statistiken und Dokumentationen

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung 82

1	Kreditmarktmittel einschließlich der Sondervermögen	82
2	Gewährleistungen	83
3	Bundeshaushalt 2000 bis 2005	83
4	Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2000 bis 2005	84
5	Haushaltsquerschnitt: Gliederungen der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Soll 2005	86
6	Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1999 bis 2005	90
7	Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2005	92
8	Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten	94
9	Entwicklung der öffentlichen Schulden	95
10	Steueraufkommen nach Steuergruppen	96
11	Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden	97
12	Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich	98
13	Steuerquoten im internationalen Vergleich	99
14	Abgabenquoten im internationalen Vergleich	100
15	Entwicklung der EU-Haushalte von 2000 bis 2005	101

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte 102

1	Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2005 im Vergleich zum Jahressoll 2005	102
2	Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2005	102
3	Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis März 2005	103
4	Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis März 2005	104

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung 106

1	Wirtschaftswachstum und Beschäftigung	106
2	Preisentwicklung	106
3	Außenwirtschaft	107
4	Einkommensverteilung	107
5	Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich	108
6	Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich	109
7	Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich	110
8	Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern	111
9	Entwicklung von DAX und Dow Jones	112
10	Übersicht Weltfinanzmärkte	113

Übersichten und Grafiken zur finanzwirtschaftlichen Entwicklung

1 Kreditmarktmittel einschließlich der Sondervermögen

I. Schuldenart

	Stand: 31. März 2005 Mio. €	Zunahme Mio. €	Abnahme Mio. €	Stand: 30. April 2005 ¹ Mio. €
Anleihen	509 853	0	0	509 853
Bundesobligationen	164 949	7 000	0	171 949
Bundesschatzbriefe	11 036	125	96	11 065
Bundesschatzanweisungen	105 000	7 000	0	112 000
Unverzinsliche Schatzanweisungen	35 839	5 939	5 938	35 840
Finanzierungsschätze	1 113	66	57	1 122
Schuldscheindarlehen	36 036	95	2 517	33 647
Medium Term Notes Treuhand	342	0	0	342
Gesamte umlaufende Schuld	864 200			875 818

II. Gliederung nach Restlaufzeiten

	Stand: 31. März 2005 Mio. €	Stand: 30. April 2005 ¹ Mio. €
kurzfristig (bis zu 1 Jahr)	173 833	178 988
mittelfristig (mehr als 1 Jahr bis 4 Jahre)	257 341	274 684
langfristig (mehr als 4 Jahre)	433 026	422 145
Gesamte umlaufende Schuld	864 200	875 818

¹ Vorläufig.

2 Gewährleistungen

Ermächtigungstatbestände	Ermächtigungsrahmen 2005 in Mrd. €	Ausnutzung am 31. März 2005 in Mrd. €	Ausnutzung am 31. März 2004 in Mrd. €
Ausfuhr	117,0	104,0	104,6
Internationale Finanzierungsinstitute	46,6	40,3	40,3
Kapitalanlagen und sonstiger Außenwirtschaftsbereich einschließlich Mitfinanzierung bilateraler FZ-Vorhaben	42,0	29,4	29,7
Binnenwirtschaftliche Gewährleistungen (einschließlich Ernährungsbevorratung und Treuhandanstalt-Nachfolgeeinrichtungen)	103,0	60,4	64,9

3 Bundeshaushalt 2000 bis 2005 Gesamtübersicht

Gegenstand der Nachweisung	2000 Ist	2001 Ist	2002 Ist Mrd. €	2003 Ist	2004 Ist	2005 Soll
1. Ausgaben	244,4	243,2	249,3	256,7	251,6	254,3
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- 2,0	1,1
2. Einnahmen	220,5	220,2	216,6	217,5	211,8	232,0
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 0,1	- 0,1	- 1,6	0,4	- 2,6	9,5
darunter:						
Steuereinnahmen	198,8	193,8	192,0	191,9	187,0	190,8
Veränderung gegen Vorjahr in %	3,3	- 2,5	- 0,9	- 0,1	- 2,5	2,0
3. Finanzierungsdefizit	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 22,3
Zusammensetzung des Finanzierungsdefizits						
4. Bruttokreditaufnahme (-)	149,7	130,0	175,3	192,3	199,6	217,3
5. Tilgungen (+)	125,9	107,2	143,4	153,7	160,0	195,3
6. Nettokreditaufnahme	- 23,8	- 22,8	- 31,8	- 38,7	- 39,5	- 22,0
7. Münzeinnahmen	- 0,1	- 0,0	- 0,9	- 0,6	- 0,3	- 0,3
8. Finanzierungssaldo	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 39,8	- 22,3
in % der Ausgaben	9,8	9,4	13,1	15,3	15,8	8,8
nachrichtlich:						
Investive Ausgaben	28,1	27,3	24,7	25,7	22,4	22,7
Veränderung gegen Vorjahr in %	- 1,7	- 3,1	- 11,7	6,9	- 13,0	1,6
Bundesanteil am Bundesbankgewinn	3,6	3,6	3,5	3,5	0,2	2,0

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen.

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2000 bis 2005

Ausgabeart	2000 Ist	2001 Ist	2002 Ist	2003 Ist	2004 Ist	2005 Soll
Mio. €						
Ausgaben der laufenden Rechnung						
Personalausgaben	26 517	26 807	26 986	27 235	26 758	26 865
Aktivitätsbezüge	20 275	20 474	20 551	20 696	20 332	20 147
Ziviler Bereich	8 196	8 430	8 495	8 532	8 748	8 621
Militärischer Bereich	12 079	12 044	12 056	12 164	11 584	11 525
Versorgung	6 242	6 333	6 435	6 539	6 426	6 718
Ziviler Bereich	2 572	2 581	2 579	2 576	2 463	2 524
Militärischer Bereich	3 670	3 752	3 855	3 963	3 963	4 194
Laufender Sachaufwand	20 822	18 503	17 058	17 192	16 878	17 354
Unterhaltung des unbeweglichen Vermögens	1 641	1 619	1 643	1 604	1 522	1 478
Militärische Beschaffungen, Anlagen usw.	7 335	7 985	8 155	7 905	7 985	8 122
Sonstiger laufender Sachaufwand	11 846	8 899	7 260	7 683	7 371	7 754
Zinsausgaben	39 149	37 627	37 063	36 875	36 274	38 875
an andere Bereiche	39 149	37 627	37 063	36 875	36 274	38 875
Sonstige	39 149	37 627	37 063	36 875	36 274	38 875
für Ausgleichsforderungen	42	42	42	42	42	42
an sonstigen inländischen Kreditmarkt	39 104	37 582	37 019	36 830	36 230	38 830
an Ausland	3	3	3	3	3	4
Laufende Zuweisungen und Zuschüsse	126 846	132 359	143 514	149 304	148 950	150 225
an Verwaltungen	16 106	13 257	14 936	15 797	14 797	13 015
Länder	5 650	5 580	6 062	6 503	6 735	7 705
Gemeinden	194	241	236	250	238	59
Sondervermögen	10 259	7 435	8 635	9 042	7 823	5 250
Zweckverbände	2	2	2	2	1	1
an andere Bereiche	110 740	119 102	128 578	133 508	134 153	137 210
Unternehmen	13 271	16 674	16 253	15 702	15 062	16 516
Renten, Unterstützungen u. Ä.						
an natürliche Personen	21 455	20 668	22 319	23 666	25 396	22 223
an Sozialversicherung	72 590	78 143	86 276	90 560	90 079	94 560
an private Institutionen ohne Erwerbscharakter	746	672	814	797	783	855
an Ausland	2 674	2 940	2 911	2 776	2 828	3 051
an Sonstige	4	5	5	5	5	5
Summe Ausgaben der laufenden Rechnung	213 333	215 296	224 622	230 606	228 860	233 318
Ausgaben der Kapitalrechnung						
Sachinvestitionen	6 732	6 905	6 746	6 696	6 891	6 734
Baumaßnahmen	5 580	5 551	5 358	5 298	5 466	5 372
Erwerb von beweglichen Sachen	779	882	960	894	922	917
Grunderwerb	373	473	427	504	503	445
Vermögensübertragungen	19 506	17 085	14 550	16 197	12 912	12 940
Zuweisungen und Zuschüsse für Investitionen	16 579	16 509	13 959	15 833	12 556	12 545
an Verwaltungen	10 011	9 496	6 336	7 998	5 607	5 429
Länder	9 925	9 431	6 268	5 382	5 516	5 354
Gemeinden und Gemeindeverbände	86	65	68	73	91	69
Sondervermögen	0	0	0	2 543	0	6
an andere Bereiche	6 568	7 013	7 623	7 835	6 949	7 116
Sonstige – Inland	4 729	5 370	5 819	5 867	4 931	5 094
Ausland	1 839	1 643	1 803	1 967	2 018	2 022
Sonstige Vermögensübertragungen	2 926	577	592	365	356	395
an andere Bereiche	2 926	577	592	365	356	395
Unternehmen – Inland	101	167	44	0	1	0
Sonstige – Inland	2 542	183	351	167	153	173
Ausland	284	227	196	198	202	222

4 Ausgaben des Bundes nach volkswirtschaftlichen Arten in den Haushaltsjahren 2000 bis 2005

Ausgabeart	2000 Ist	2001 Ist	2002 Ist	2003 Ist	2004 Ist	2005 Soll
Mio. €						
Darlehensgewährung, Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	4 835	3 859	3 369	3 203	2 932	3 466
Darlehensgewährung	4 205	3 185	2 729	2 665	2 383	2 907
an Verwaltungen	197	166	154	106	68	46
Länder	195	166	154	106	68	46
Gemeinden	1	0	0	0	0	0
an andere Bereiche	4 008	3 019	2 574	2 559	2 315	2 860
Inland (auch Gewährleistungen)	2 998	1 841	1 543	1 603	1 384	1 877
Ausland	1 010	1 178	1 031	956	931	983
Erwerb von Beteiligungen, Kapitaleinlagen	630	674	640	538	548	559
Inland	19	24	53	15	1	0
Ausland	611	651	587	523	547	559
Summe Ausgaben der Kapitalrechnung	31 072	27 850	24 664	26 097	22 734	23 140
Darunter: Investive Ausgaben	28 146	27 273	24 073	25 732	22 378	22 745
Globale Mehr-/Minderausgaben	-	-	-	-	-	- 2 158
Ausgaben zusammen	244 405	243 145	249 286	256 703	251 594	254 300

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Soll 2005

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
0 Allgemeine Dienste	47 932	43 739	24 292	13 555	–	5 892
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	7 991	7 740	3 835	1 422	–	2 483
02 Auswärtige Angelegenheiten	5 818	2 792	443	122	–	2 227
03 Verteidigung	27 871	27 484	15 719	10 967	–	798
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	2 732	2 440	1 774	640	–	26
05 Rechtsschutz	328	310	225	70	–	15
06 Finanzverwaltung	3 192	2 972	2 295	335	–	341
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	11 714	8 357	450	615	–	7 292
13 Hochschulen	1 882	956	7	5	–	944
14 Förderung von Schülern, Studenten	1 403	1 403	–	–	–	1 403
15 Sonstiges Bildungswesen	477	418	9	59	–	350
16 Wissenschaft, Forschung, Entwicklung außerhalb der Hochschulen	6 816	5 293	433	546	–	4 314
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	1 135	286	1	5	–	281
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	128 064	127 159	198	347	–	126 615
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	88 886	88 886	35	0	–	88 851
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	4 245	4 242	–	–	–	4 242
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3 923	3 689	–	162	–	3 528
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	29 551	29 420	43	115	–	29 262
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	103	103	–	–	–	103
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	1 355	819	120	70	–	629
3 Gesundheit und Sport	923	693	230	259	–	205
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	344	315	125	144	–	46
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	344	315	125	144	–	46
32 Sport	132	103	–	22	–	82
33 Umwelt- und Naturschutz	195	148	69	39	–	39
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	251	128	36	54	–	38
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	1 794	930	2	3	–	925
41 Wohnungswesen	1 232	889	–	3	–	886
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	1	1	–	1	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	46	41	2	–	–	38
44 Städtebauförderung	516	–	–	–	–	–
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	1 091	597	27	151	–	418
52 Verbesserung der Agrarstruktur	722	276	–	2	–	274
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	136	136	–	60	–	76
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	136	136	–	60	–	76
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	233	185	27	90	–	68

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Soll 2005

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	Globale Minder- ausgaben	*Darunter: Investive Ausgaben
0 Allgemeine Dienste	1 089	1 519	1 585	4 193	–	4 149
01 Politische Führung und zentrale Verwaltung	249	1	0	251	–	251
02 Auswärtige Angelegenheiten	72	1 411	1 542	3 026	–	3 023
03 Verteidigung	281	106	–	386	–	345
04 Öffentliche Sicherheit und Ordnung	292	–	0	292	–	292
05 Rechtsschutz	17	–	–	17	–	17
06 Finanzverwaltung	177	1	42	221	–	221
1 Bildungswesen, Wissenschaft, Forschung, kulturelle Angelegenheiten	107	3 251	–	3 357	–	3 356
13 Hochschulen	1	925	–	926	–	926
14 Förderung von Schülern, Studenten	–	–	–	–	–	–
15 Sonstiges Bildungswesen	0	59	–	59	–	59
16 Wissenschaft, Forschung, Entwick- lung außerhalb der Hochschulen	105	1 418	–	1 523	–	1 522
19 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 1	0	849	–	849	–	849
2 Soziale Sicherung, soziale Kriegsfolgeaufgaben, Wiedergutmachung	11	892	1	905	–	555
22 Sozialversicherung einschl. Arbeitslosenversicherung	–	–	–	–	–	–
23 Familien-, Sozialhilfe, Förderung der Wohlfahrtspflege u. Ä.	–	3	–	3	–	3
24 Soziale Leistungen für Folgen von Krieg und politischen Ereignissen	3	230	1	234	–	8
25 Arbeitsmarktpolitik, Arbeitsschutz	3	128	–	131	–	8
26 Jugendhilfe nach dem SGB VIII	–	–	–	–	–	–
29 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 2	5	531	0	536	–	536
3 Gesundheit und Sport	152	78	–	229	–	229
31 Einrichtungen und Maßnahmen des Gesundheitswesens	21	8	–	29	–	29
312 Krankenhäuser und Heilstätten	–	–	–	–	–	–
319 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 31	21	8	–	29	–	29
32 Sport	–	29	–	29	–	29
33 Umwelt- und Naturschutz	15	33	–	48	–	48
34 Reaktorsicherheit und Strahlenschutz	116	7	–	123	–	123
4 Wohnungswesen, Städtebau, Raumordnung und kommunale Gemeinschaftsdienste	–	816	48	864	–	864
41 Wohnungswesen	–	295	48	343	–	343
42 Raumordnung, Landesplanung, Vermessungswesen	–	–	–	–	–	–
43 Kommunale Gemeinschaftsdienste	–	5	–	5	–	5
44 Städtebauförderung	–	516	–	516	–	516
5 Ernährung, Landwirtschaft und Forsten	7	486	2	495	–	495
52 Verbesserung der Agrarstruktur	–	446	–	446	–	446
53 Einkommensstabilisierende Maßnahmen	–	–	–	–	–	–
533 Gasölverbilligung	–	–	–	–	–	–
539 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 53	–	–	–	–	–	–
599 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 5	7	40	2	49	–	49

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Soll 2005

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Ausgaben zusammen	Ausgaben der laufenden Rechnung	Personal- ausgaben	Laufender Sach- aufwand	Zins- ausgaben	Laufende Zuweisungen und Zuschüsse
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	5 199	2 959	47	383	–	2 529
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	408	384	–	227	–	157
621 Kernenergie	157	157	–	–	–	157
622 Erneuerbare Energieformen	–	–	–	–	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	252	227	–	227	–	–
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	1 930	1 910	–	5	–	1 905
64 Handel	102	102	–	63	–	38
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	902	208	–	3	–	205
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1 857	355	47	84	–	224
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	10 522	3 471	1 065	1 757	–	649
72 Straßen	6 933	917	–	801	–	117
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	1 372	756	468	237	–	51
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	334	1	–	–	–	1
75 Luftfahrt	182	181	43	9	–	129
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	1 701	1 616	554	711	–	351
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	9 487	5 719	–	19	–	5 700
81 Wirtschaftsunternehmen	4 231	469	–	19	–	450
832 Eisenbahnen	3 736	88	–	4	–	85
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	495	381	–	15	–	366
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	5 256	5 250	–	–	–	5 250
873 Sondervermögen	5 250	5 250	–	–	–	5 250
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	6	–	–	–	–	–
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	37 574	39 694	554	264	38 875	0
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	38	–	–	–	–	–
92 Schulden	38.914	38 914	–	39	38 875	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	– 1 378	780	554	226	–	0
Summe aller Hauptfunktionen	254 300	233 318	26 865	17 354	38 875	150 225

5 Haushaltsquerschnitt: Gliederung der Ausgaben nach Ausgabegruppen und Funktionen – Soll 2005

– in Mio. € –

Ausgabegruppe/Funktion	Sach- investitionen	Vermögens- übertragungen	Darlehens- gewährung, Erwerb von Beteiligungen	Ausgaben der Kapital- rechnung*	Globale Minder- ausgaben	*Darunter: Investive Ausgaben
6 Energie- und Wasserwirtschaft, Gewerbe, Dienstleistungen	1	739	1 500	2 240	–	2 240
62 Energie- und Wasserwirtschaft, Kulturbau	–	25	–	25	–	25
621 Kernenergie	–	–	–	–	–	–
622 Erneuerbare Energieformen	–	–	–	–	–	–
629 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 62	–	25	–	25	–	25
63 Bergbau und verarbeitendes Gewerbe und Baugewerbe	–	20	–	20	–	20
64 Handel	–	–	–	–	–	–
69 Regionale Förderungsmaßnahmen	–	694	–	694	–	694
699 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 6	1	–	1 500	1 501	–	1 501
7 Verkehrs- und Nachrichtenwesen	5 303	1 747	1	7 051	–	7 051
72 Straßen	4 610	1 405	1	6 016	–	6 016
73 Wasserstraßen und Häfen, Förderung der Schifffahrt	617	–	0	617	–	617
74 Eisenbahnen und öffentlicher Personennahverkehr	–	333	–	333	–	333
75 Luftfahrt	0	–	0	0	–	0
799 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 7	76	9	0	85	–	85
8 Wirtschaftsunternehmen, Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	64	3 374	330	3 768	–	3 768
81 Wirtschaftsunternehmen	58	3 374	330	3 761	–	3 761
832 Eisenbahnen	–	3 333	315	3 648	–	3 648
869 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 81	58	42	15	114	–	114
87 Allgemeines Grund- und Kapitalvermögen, Sondervermögen	6	–	–	6	–	6
873 Sondervermögen	–	–	–	–	–	–
879 Übrige Bereiche aus Oberfunktion 87	6	–	–	6	–	6
9 Allgemeine Finanzwirtschaft	–	38	–	38	– 2 158	38
91 Steuern und allgemeine Finanzzuweisungen	–	38	–	38	–	38
92 Schulden	–	–	–	–	–	–
999 Übrige Bereiche aus Hauptfunktion 9	–	–	–	–	– 2 158	–
Summe aller Hauptfunktionen	6 734	12 940	3 466	23 140	– 2 158	22 745

6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1999 bis 2005

	1999	2000	2001 ²	2002 ²	2003 ²	2004 ²	2005 ²
	Mrd. €						
Öffentlicher Gesamthaushalt¹							
Ausgaben	597,2	599,1	603,5	609,5	618,3	620 ½	624
Einnahmen	570,3	565,1	556,3	552,4	549,8	546 ½	570
Finanzierungssaldo	- 26,9	- 34,0	- 47,1	- 57,1	- 68,5	- 74	- 54
darunter:							
Bund							
Ausgaben	246,9	244,4	243,1	249,3	256,7	255 ½	254 ½
Einnahmen	220,6	220,5	220,2	216,6	217,5	212	232
Finanzierungssaldo	- 26,2	- 23,9	- 22,9	- 32,7	- 39,2	- 44	- 22 ½
Länder							
Ausgaben	246,4	250,7	255,1	257,0	258,6	259 ½	260 ½
Einnahmen	238,1	240,4	229,4	227,7	227,0	233	233 ½
Finanzierungssaldo	- 8,3	- 10,4	- 25,7	- 29,3	- 31,7	- 26	- 27
Gemeinden							
Ausgaben	143,7	146,1	147,9	149,2	149,8	151	156
Einnahmen	145,9	148,0	144,0	144,6	141,4	146 ½	151
Finanzierungssaldo	2,2	1,9	- 3,9	- 4,6	- 8,4	- 5	- 5
Veränderungen gegenüber dem Vorjahr in %							
Öffentlicher Gesamthaushalt							
Ausgaben	2,9	0,3	0,7	1,0	1,4	½	½
Einnahmen	3,4	- 0,9	- 1,6	- 0,7	- 0,5	- ½	4 ½
darunter:							
Bund							
Ausgaben	5,7	- 1,0	- 0,5	2,5	3,0	- ½	- ½
Einnahmen	7,8	- 0,1	- 0,1	1,6	0,4	- 2 ½	9 ½
Länder							
Ausgaben	0,7	1,8	1,8	0,7	0,6	½	½
Einnahmen	3,3	0,9	- 4,6	- 0,7	- 0,3	2 ½	0
Gemeinden							
Ausgaben	0,9	1,6	1,3	0,9	0,4	1	3
Einnahmen	0,9	1,4	- 2,7	0,4	- 2,2	3 ½	3

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

² 2001, 2002, 2003: vorläufiges Ist-Ergebnis; 2004, 2005: Schätzung.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Finanzplanungsrat November 2004.

6 Der Öffentliche Gesamthaushalt von 1999 bis 2005

	1999	2000	2001 ²	2002 ²	2003 ²	2004 ²	2005 ²
	Mrd. €						
	Anteile in %						
Finanzierungssaldo							
(1) in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 1,4	- 1,7	- 2,3	- 2,7	- 3,2	- 3 1/2	- 2 1/2
darunter:							
Bund	- 1,3	- 1,2	- 1,1	- 1,6	- 1,8	- 2	- 1
Länder	- 0,4	- 0,5	- 1,2	- 1,4	- 1,5	- 1	- 1
Gemeinden	0,1	0,1	0,2	0,2	0,4	0	0
(2) in % der Ausgaben							
Öffentlicher Gesamthaushalt	- 4,5	- 5,7	- 7,8	- 9,4	- 11,1	- 12	- 8 1/2
darunter:							
Bund	- 10,6	- 9,8	- 9,4	- 13,1	- 15,3	- 17	- 9
Länder	- 3,4	- 4,1	- 10,1	- 11,4	- 12,2	- 10	- 10 1/2
Gemeinden	1,5	1,3	2,6	3,1	5,6	3	3 1/2
Ausgaben in % des BIP (nominal)							
Öffentlicher Gesamthaushalt	30,2	29,5	29,1	28,9	29,1	28 1/2	28
darunter:							
Bund	12,5	12,0	11,7	11,8	12,1	11 1/2	11 1/2
Länder	12,5	12,4	12,3	12,2	12,2	12	11 1/2
Gemeinden	7,3	7,2	7,1	7,1	7,0	7	7
Gesamtwirtschaftliche Steuerquote ³	22,9	23,0	21,5	21,0	20,8	20 1/2	20

¹ Mit Lastenausgleichsfonds, ERP-Sondervermögen, EU-Finanzierung, Fonds Deutsche Einheit, Erblastentilgungsfonds, Entschädigungsfonds, Bundeseisenbahnvermögen, Versorgungsrücklage des Bundes, Steinkohlefonds, Fonds Aufbauhilfe.

² 2001, 2002, 2003: vorläufiges Ist-Ergebnis; 2004, 2005: Schätzung.

³ Steuern des Öffentlichen Gesamthaushalts in % des nominalen BIP.

Stand: Finanzplanungsrat November 2004.

7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2005 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1969	1975	1980	1985	1990	1995	1996	1997
Ist-Ergebnisse									
I. Gesamtübersicht									
Ausgaben	Mrd.€	42,1	80,2	110,3	131,5	194,4	237,6	232,9	225,9
Veränderung gegen Vorjahr	%	8,6	12,7	37,5	2,1	.	- 1,4	- 2,0	- 3,0
Einnahmen	Mrd.€	42,6	63,3	96,2	119,8	169,8	211,7	192,8	193,5
Veränderung gegen Vorjahr	%	17,9	0,2	6,0	5,0	.	- 1,5	- 9,0	0,4
Finanzierungssaldo	Mrd.€	0,6	- 16,9	- 14,1	- 11,6	- 24,6	- 25,8	- 40,1	- 32,5
darunter:									
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 27,1	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 40,0	- 32,6
Münzeinnahmen	Mrd.€	- 0,1	- 0,4	- 27,1	- 0,2	- 0,7	- 0,2	- 0,1	0,1
Rücklagenbewegung	Mrd.€	-	- 1,2	-	-	-	-	-	-
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	0,7	-	-	-	-	-	-	-
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten									
Personalausgaben	Mrd.€	6,6	13,0	16,4	18,7	22,1	27,1	27,0	26,8
Veränderung gegen Vorjahr	%	12,4	5,9	6,5	3,4	4,5	0,5	- 0,1	- 0,7
Anteil an den Bundesausgaben	%	15,6	16,2	14,9	14,3	11,4	11,4	11,6	11,9
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	24,3	21,5	19,8	19,1	.	14,4	14,3	16,2
Zinsausgaben	Mrd.€	1,1	2,7	7,1	14,9	17,5	25,4	26,0	27,3
Veränderung gegen Vorjahr	%	14,3	23,1	24,1	5,1	6,7	- 6,2	2,3	4,9
Anteil an den Bundesausgaben	%	2,7	5,3	6,5	11,3	9,0	10,7	11,2	12,1
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	35,1	35,9	47,6	52,3	.	38,7	39,0	40,6
Investive Ausgaben	Mrd.€	7,2	13,1	16,1	17,1	20,1	34,0	31,2	28,8
Veränderung gegen Vorjahr	%	10,2	11,0	- 4,4	- 0,5	8,4	8,8	- 8,3	- 7,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	17,0	16,3	14,6	13,0	10,3	14,3	13,4	12,8
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	34,4	35,4	32,0	36,1	.	37,0	36,1	35,2
Steuereinnahmen¹	Mrd.€	40,2	61,0	90,1	105,5	132,3	187,2	173,1	169,3
Veränderung gegen Vorjahr	%	18,7	0,5	6,0	4,6	4,7	- 3,4	- 7,5	- 2,2
Anteil an den Bundesausgaben	%	95,5	76,0	81,7	80,2	68,1	78,8	74,3	74,9
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	94,3	96,3	93,7	88,0	77,9	88,4	89,8	87,5
Anteil am gesamten Steueraufkommen ³	%	54,0	49,2	48,3	47,2	.	44,9	42,3	41,5
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	- 0,0	- 15,3	- 13,9	- 11,4	- 23,9	- 25,6	- 40,0	- 32,6
Anteil an den Bundesausgaben	%	0,0	19,1	12,6	8,7	.	10,8	17,2	14,4
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	0,0	117,2	86,2	67,0	.	75,3	128,3	113,0
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ^{3, 4}	%	0,0	55,8	50,4	55,3	.	51,2	70,4	64,3
nachrichtlich: Schuldenstand³									
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	59,2	129,4	236,6	386,8	536,2	1 010,4	1 070,4	1 119,1
darunter: Bund ⁵	Mrd.€	23,1	54,8	153,4	200,6	277,2	385,7	426,0	459,7

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat November 2004; 2001 bis 2003 vorläufiges Ist, 2004 und 2005 = Schätzung.

⁴ Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

⁵ Ab 2005 mit Fonds Deutsche Einheit.

7 Gesamtübersicht über die Entwicklung des Bundeshaushalts 1969 bis 2005 (Finanzierungsrechnung, wichtige Ausgabe- und Einnahmegruppen)

Gegenstand der Nachweisung	Einheit	1998	1999	2000	2001	2002	2003	2004	2005	
		Ist-Ergebnisse								Soll
I. Gesamtübersicht										
Ausgaben	Mrd.€	233,6	246,9	244,4	243,1	249,3	256,7	251,6	254,3	
Veränderung gegen Vorjahr	%	3,4	5,7	– 1,0	– 0,5	2,5	3,0	– 2,0	1,1	
Einnahmen	Mrd.€	204,7	220,6	220,5	220,2	216,6	217,5	211,8	232,0	
Veränderung gegen Vorjahr	%	5,8	7,8	– 0,1	– 0,1	– 1,6	0,4	– 2,6	9,5	
Finanzierungssaldo	Mrd.€	– 28,9	– 26,2	– 23,9	– 22,9	– 32,7	– 39,2	– 39,8	– 22,3	
darunter:										
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	– 28,9	– 26,1	– 23,8	– 22,8	– 31,9	– 38,6	– 39,5	– 22,0	
Münzeinnahmen	Mrd.€	– 0,1	– 0,1	– 0,1	– 0,1	– 0,9	– 0,6	– 0,3	– 0,3	
Rücklagenbewegung	Mrd.€	–	–	–	–	–	–	–	–	
Deckung kassenmäßiger Fehlbeträge	Mrd.€	–	–	–	–	–	–	–	–	
II. Finanzwirtschaftliche Vergleichsdaten										
Personalausgaben	Mrd.€	26,7	27,0	26,5	26,8	27,0	27,2	26,8	26,9	
Veränderung gegen Vorjahr	%	– 0,7	1,2	– 1,7	1,1	0,7	0,9	– 1,8	0,4	
Anteil an den Bundesausgaben	%	11,4	10,9	10,8	11,0	10,8	10,6	10,6	10,6	
Anteil an den Personalausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	16,1	16,1	15,7	15,9	15,7	15,8	15,5	15,6	
Zinsausgaben	Mrd.€	28,7	41,1	39,1	37,6	37,1	36,9	36,3	38,9	
Veränderung gegen Vorjahr	%	5,2	43,1	– 4,7	– 3,9	– 1,5	– 0,5	– 1,6	7,2	
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,3	16,6	16,0	15,5	14,9	14,4	14,4	15,3	
Anteil an den Zinsausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	42,1	58,9	58,0	56,8	56,3	56,4	54,5	57,6	
Investive Ausgaben	Mrd.€	29,2	28,6	28,1	27,3	24,1	25,7	22,4	22,7	
Veränderung gegen Vorjahr	%	1,3	– 2,0	– 1,7	– 3,1	– 11,7	6,9	– 13,0	1,6	
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,5	11,6	11,5	11,2	9,7	10,0	8,9	8,9	
Anteil an den investiven Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts ³	%	35,5	35,7	35,0	34,2	33,2	36,6	31,7	33,4	
Steuereinnahmen ¹	Mrd.€	174,6	192,4	198,8	193,8	192,0	191,9	187,0	190,8	
Veränderung gegen Vorjahr	%	3,1	10,2	3,3	– 2,5	– 0,9	– 0,1	– 2,5	2,0	
Anteil an den Bundesausgaben	%	74,7	77,9	81,3	79,7	77,0	74,7	74,3	75,0	
Anteil an den Bundeseinnahmen	%	85,3	87,2	90,1	88,0	88,7	88,2	88,3	82,2	
Anteil am gesamten Steuer- aufkommen ³	%	41,0	42,5	42,5	43,4	43,5	43,4	42,3	42,3	
Nettokreditaufnahme	Mrd.€	– 28,9	– 26,1	– 23,8	– 22,8	– 31,9	– 38,6	– 39,5	– 22,0	
Anteil an den Bundesausgaben	%	12,4	10,6	9,7	9,4	12,8	15,1	15,7	8,7	
Anteil an den investiven Ausgaben des Bundes	%	98,8	91,2	84,4	83,7	132,4	150,2	176,7	96,7	
Anteil an der Nettokreditaufnahme des öffentlichen Gesamthaushalts ^{3,4}	%	88,6	82,3	62,0	57,8	61,6	56,4	53,4	40,7	
nachrichtlich: Schuldenstand ³										
öffentliche Haushalte ²	Mrd.€	1 153,4	1 183,1	1 198,2	1 203,9	1 253,2	1 325,7	1 394½	1 446	
darunter: Bund ⁵	Mrd.€	488,0	708,3	715,6	697,3	719,4	760,5	801½	862	

¹ Nach Abzug der Ergänzungszuweisungen an Länder.

² Ab 1991 einschließlich Beitrittsgebiet.

³ Stand Finanzplanungsrat November 2004; 2001 bis 2003 vorläufiges Ist, 2004 und 2005 = Schätzung.

⁴ Ab 2003: Nettokreditaufnahme = Finanzierungssaldo.

⁵ Ab 2005 mit Fonds Deutsche Einheit.

8 Entwicklung der Steuer- und Abgabenquoten¹ (Steuer- und Sozialbeitragseinnahmen des Staates)

Jahr	Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen ²		Abgrenzung der Finanzstatistik	
	Steuerquote	Abgabenquote	Steuerquote	Abgabenquote
	Anteile am BIP in %			
1960	23,0	33,4	22,6	32,2
1965	23,5	34,1	23,1	32,9
1970	23,5	35,6	22,4	33,5
1971	23,9	36,5	22,6	34,2
1972	23,6	36,8	23,6	35,7
1973	24,7	38,7	24,1	37,0
1974	24,6	39,2	23,9	37,4
1975	23,5	39,1	23,1	37,9
1976	24,2	40,4	23,4	38,9
1977	25,1	41,2	24,5	39,8
1978	24,6	40,5	24,4	39,4
1979	24,4	40,4	24,3	39,3
1980	24,5	40,7	24,3	39,7
1981	23,6	40,4	23,7	39,5
1982	23,3	40,4	23,3	39,4
1983	23,2	39,9	23,2	39,0
1984	23,3	40,1	23,2	38,9
1985	23,5	40,3	23,4	39,2
1986	22,9	39,7	22,9	38,7
1987	22,9	39,8	22,9	38,8
1988	22,7	39,4	22,7	38,5
1989	23,3	39,8	23,4	39,0
1990	22,1	38,2	22,7	38,0
1991	22,4	39,6	22,5	38,8
1992	22,8	40,4	23,2	40,0
1993	22,9	41,1	23,2	40,6
1994	22,9	41,5	23,1	40,8
1995	22,5	41,3	23,1	41,2
1996	22,9	42,3	22,3	40,9
1997	22,6	42,3	21,8	40,4
1998	23,1	42,4	22,1	40,2
1999	24,2	43,2	22,9	40,8
2000 ³	24,6	43,2	23,0	40,6
2001 ³	23,0	41,5	21,5	39,0
2002 ³	22,7	41,1	21,0	38,4
2003 ³	22,6	41,2	20,7	38,3
2004 ⁴	22	40	20½	37½
2005 ⁴	22	39½	20	37
2006 ⁴	22	39½	20½	37
2007 ⁴	22	39½	20½	37
2008 ⁴	22	39	20½	36½

¹ Ab 1991 Deutschland insgesamt.

² Ab 1970 in der Abgrenzung des ESVG 1995.

³ Vorläufige Ergebnisse; Stand: August 2004.

⁴ Schätzung; Stand: Stabilitätsprogramm November 2004.
Stand: Stabilitätsprogramm November 2004.

9 Entwicklung der öffentlichen Schulden

	2001	2002	2003	2004 ⁴	2005 ^{4,5}
	in Mrd. €¹				
Öffentliche Haushalte insgesamt ²	1 203,9	1 253,2	1 325,7	1 394½	1 466
darunter:					
Bund	697,3	719,4	760,5	801½	862
Länder	357,7	384,8	415,0	441	468½
Gemeinden ³	82,7	82,7	84,1	86½	89½
Sonderrechnungen des Bundes	59,1	59,2	58,8	58	19
	in % der Gesamtschulden				
Bund	57,9	57,4	57,4	57½	59½
Länder	29,7	30,7	31,3	31½	32½
Gemeinden ³	6,9	6,6	6,3	6	6
Sonderrechnungen des Bundes	4,9	4,7	4,4	4	1½
	in % des BIP				
Öffentliche Haushalte insgesamt ²	58,0	59,5	62,3	64	64½
darunter					
Bund	33,6	34,1	35,7	36½	38½
Länder	17,2	18,3	19,5	20	21
Gemeinden ³	4,0	3,9	4,0	4	4
Sonderrechnungen des Bundes	2,8	2,8	2,8	2½	1
nachrichtlich	in % des BIP				
Maastricht-Kriterium „Schuldenstand“	60,9	64,2	65,5	66	66

¹ Schuldenstand jeweils am Stichtag 31. Dezember; „Kreditmarktschulden im weiteren Sinn“ (einschließlich Ausgleichsforderungen; ohne Schulden bei öffentlichen Haushalten, innere Darlehen, Kassenverstärkungskredite, kreditähnliche Rechtsgeschäfte, Bürgschaften und sonstige Gewährleistungen).

² Bund, Länder, Gemeinden einschließlich Gemeindeverbände, Sonderrechnungen, Zweckverbände.

³ Ohne Schulden der Krankenhäuser und Eigenbetriebe.

⁴ Schätzung.

⁵ Ab 2005 werden die Schulden des Fonds Deutsche Einheit beim Bund gebucht.

Stand: Finanzplanungsrat November 2004.

10 Steueraufkommen nach Steuergruppen¹

Jahr	Steueraufkommen			Anteile am Steueraufkommen insgesamt	
	insgesamt	davon		Direkte Steuern	Indirekte Steuern
		Direkte Steuern	Indirekte Steuern		
	Mrd. €	Mrd. €	Mrd. €	%	%
Gebiet der Bundesrepublik Deutschland nach dem Stand bis zum 3. Oktober 1990					
1950	10,5	5,3	5,2	50,6	49,4
1955	21,6	11,1	10,5	51,3	48,7
1960	35,0	18,8	16,2	53,8	46,2
1965	53,9	29,3	24,6	54,3	45,7
1970	78,8	42,2	36,6	53,6	46,4
1975	123,8	72,8	51,0	58,8	41,2
1980	186,6	109,1	77,5	58,5	41,5
1981	189,3	108,5	80,9	57,3	42,7
1982	193,6	111,9	81,7	57,8	42,2
1983	202,8	115,0	87,8	56,7	43,3
1984	212,0	120,7	91,3	56,9	43,1
1985	223,5	132,0	91,5	59,0	41,0
1986	231,3	137,3	94,1	59,3	40,7
1987	239,6	141,7	98,0	59,1	40,9
1988	249,6	148,3	101,2	59,4	40,6
1989	273,8	162,9	111,0	59,5	40,5
1990	281,0	159,5	121,6	56,7	43,3
Bundesrepublik Deutschland					
1991	338,4	189,1	149,3	55,9	44,1
1992	374,1	209,5	164,6	56,0	44,0
1993	383,0	207,4	175,6	54,2	45,8
1994	402,0	210,4	191,6	52,3	47,7
1995	416,3	224,0	192,3	53,8	46,2
1996	409,0	213,5	195,6	52,2	47,8
1997	407,6	209,4	198,1	51,4	48,6
1998	425,9	221,6	204,3	52,0	48,0
1999	453,1	235,0	218,1	51,9	48,1
2000	467,3	243,5	223,7	52,1	47,9
2001	446,2	218,9	227,4	49,0	51,0
2002	441,7	211,5	230,2	47,9	52,1
2003	442,2	210,2	232,0	47,5	52,5
2004	442,8	211,9	231,0	47,8	52,2
2005 ²	445,0	211,9	233,0	47,6	52,4
2006 ²	456,6	219,9	236,6	48,2	51,8
2007 ²	471,1	231,2	240,4	49,0	51,0
2008 ²	487,8	244,2	243,6	50,1	49,9
2009 ²	501,1	254,2	246,9	50,7	49,3

¹ Die Übersicht enthält auch Steuerarten, die zwischenzeitlich ausgelaufen oder abgeschafft worden sind: Notopfer Berlin für natürliche Personen (30.09.1956) und für Körperschaften (31.12.1957); Baulandsteuer (31.12.1962); Wertpapiersteuer (31.12.1964); Süßstoffsteuer (31.12.1965); Beförderungsteuer (31.12.1967); Speiseeissteuer (31.12.1971); Kreditgewinnabgabe (31.12.1973); Ergänzungsabgabe zur Einkommensteuer (31.12.1974) und zur Körperschaftsteuer (31.12.1976); Vermögensabgabe (31.03.1979); Hypothekengewinnabgabe und Lohnsummensteuer (31.12.1979); Essigsäure-, Spielkarten- und Zündwarensteuer (31.12.1980); Zündwarenmonopol (15.01.1983); Kuponsteuer (31.07.1984); Börsenumsatzsteuer (31.12.1990); Gesellschaft- und Wechselsteuer (31.12.1991); Solidaritätszuschlag (30.06.1992); Leuchtmittel-, Salz-, Zucker- und Teesteuer (31.12.1992); Vermögensteuer (31.12.1996); Gewerbe(kapital)steuer (31.12.1997).

² Steuerschätzung vom 10. bis 12. Mai 2005.
Stand: Mai 2005.

11 Internationaler Vergleich der öffentlichen Haushaltssalden¹

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Deutschland ²	- 2,9	- 1,1	- 2,0	- 3,3	- 1,2	- 2,8	- 3,7	- 3,8	- 3,7	- 3,3	- 2,8
Belgien	- 9,5	-10,2	- 6,8	- 4,4	0,2	0,4	0,1	0,4	0,1	- 0,2	- 0,6
Dänemark	- 2,4	- 1,4	- 1,0	- 2,3	2,6	3,0	1,7	1,2	2,8	2,1	2,2
Griechenland	-	-	-15,7	-10,2	- 4,1	- 4,1	- 4,1	- 5,2	- 6,1	- 4,5	- 4,4
Spanien	-	-	-	- 6,6	- 1,0	- 0,5	- 0,3	0,3	- 0,3	0,0	0,1
Frankreich	0,0	- 3,0	- 2,1	- 5,5	- 1,4	- 1,6	- 3,2	- 4,2	- 3,7	- 3,0	- 3,4
Irland	-	-10,8	- 2,8	- 2,1	4,4	0,9	- 0,6	0,2	1,3	- 0,6	- 0,6
Italien	- 7,1	-12,7	-11,8	- 7,6	- 1,8	- 3,0	- 2,6	- 2,9	- 3,0	- 3,6	- 4,6
Luxemburg	-	-	4,8	2,5	6,2	6,2	2,3	0,5	- 1,1	- 1,5	- 1,9
Niederlande	- 4,0	- 3,6	- 5,3	- 4,2	1,5	- 0,1	- 1,9	- 3,2	- 2,5	- 2,0	- 1,6
Österreich	- 1,7	- 2,8	- 2,4	- 5,7	- 1,9	0,3	- 0,2	- 1,1	- 1,3	- 2,0	- 1,7
Portugal	- 7,6	- 9,1	- 6,6	- 5,5	- 3,1	- 4,4	- 2,7	- 2,9	- 2,9	- 4,9	- 4,7
Finnland	3,9	3,5	5,5	- 3,9	7,1	5,2	4,3	2,1	2,3	1,7	1,6
Schweden	-	-	-	- 7,0	5,0	2,5	- 0,3	0,2	1,4	0,8	0,8
Vereinigtes Königreich	- 3,2	- 2,9	- 1,6	- 5,8	1,4	0,7	- 1,7	- 3,4	- 3,2	- 3,0	- 2,7
Euro-Zone	-	-	-	- 5,0	- 1,0	- 1,7	- 2,4	- 2,8	- 2,7	- 2,6	- 2,7
EU-15	-	-	-	- 5,1	- 0,2	- 1,1	- 2,2	- 2,8	- 2,6	- 2,5	- 2,5
Estland	-	-	-	0,4	- 0,6	0,3	1,4	3,1	1,8	0,9	0,5
Lettland	-	-	6,9	- 2,0	- 2,8	- 2,1	- 2,7	- 1,5	- 0,8	- 1,6	- 1,5
Litauen	-	-	-	- 1,9	- 2,5	- 2,0	- 1,5	- 1,9	- 2,5	- 2,4	- 1,9
Malta	-	-	-	-	- 6,3	- 6,4	- 5,9	-10,5	- 5,2	- 3,9	- 2,8
Polen	-	-	-	- 2,3	- 1,6	- 3,9	- 3,6	- 4,5	- 4,8	- 4,4	- 3,8
Slowakei	-	-	-	- 0,9	-12,3	- 6,0	- 5,7	- 3,7	- 3,3	- 3,8	- 4,0
Slowenien	-	-	-	-	- 3,5	- 2,8	- 2,4	- 2,0	- 1,9	- 2,2	- 2,1
Tschechien	-	-	-	-13,4	- 3,7	- 5,9	- 6,8	-11,7	- 3,0	- 4,5	- 4,0
Ungarn	-	-	-	-	- 2,4	- 3,7	- 8,5	- 6,2	- 4,5	- 3,9	- 4,1
Zypern	-	-	-	-	- 2,4	- 2,3	- 4,5	- 6,3	- 4,2	- 2,9	- 1,9
EU-25	-	-	-	-	-	- 1,2	- 2,3	- 2,9	- 2,6	- 2,6	- 2,5
Japan	- 4,5	- 1,4	2,1	- 4,7	- 7,5	- 6,1	- 7,9	- 7,7	- 7,0	- 6,6	- 6,1
USA	- 2,6	- 5,1	- 4,3	- 3,2	1,6	- 0,4	- 3,8	- 4,6	- 4,4	- 3,9	- 3,8

¹ Für EU-Mitgliedstaaten ab 1995 nach ESVG 95.

² Abweichend Statistisches Bundesamt, April 2005, für 2002: - 3,6% und für 2004: - 3,6%.

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1995: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, April 2005.

Für die Jahre 2000 bis 2006: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2005 (ohne UMTS-Erlöse).

- = keine Angaben

Stand: April 2005.

12 Staatsschuldenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % des BIP										
	1980	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Deutschland	31,2	40,7	42,3	57,0	60,2	59,4	60,9	64,2	66,0	68,0	68,9
Belgien	78,6	122,3	129,2	134,0	109,1	108,0	105,4	100,0	95,6	94,9	91,7
Dänemark	39,8	76,4	63,1	73,2	52,3	47,8	47,2	44,7	42,7	40,5	38,2
Griechenland	25,0	53,6	79,6	108,7	114,0	114,8	112,2	109,3	110,5	110,5	108,9
Spanien	16,8	42,3	43,6	63,9	61,1	57,8	55,0	51,4	48,9	46,5	44,2
Frankreich	19,8	30,8	35,1	54,6	56,8	57,0	59,0	63,9	65,6	66,2	67,1
Irland	69,8	101,7	94,2	82,0	38,3	35,8	32,6	32,0	29,9	29,8	29,6
Italien	58,2	82,3	97,2	124,3	111,2	110,7	108,0	106,3	105,8	105,6	106,3
Luxemburg	11,3	11,7	5,4	6,7	5,5	7,2	7,5	7,1	7,5	7,8	7,9
Niederlande	45,9	70,3	76,9	77,2	55,9	52,9	52,6	54,3	55,7	57,6	57,9
Österreich	36,2	49,2	56,1	68,8	66,7	67,1	66,7	65,4	65,2	64,4	64,1
Portugal	32,3	61,5	58,3	64,3	53,3	55,9	58,5	60,1	61,9	66,2	68,5
Finnland	11,5	16,2	14,2	57,1	44,6	43,8	42,5	45,3	45,1	44,3	43,7
Schweden	40,0	61,9	42,0	73,7	52,8	54,3	52,4	52,0	51,2	50,3	49,2
Vereinigtes Königreich	53,2	52,7	34,0	51,8	42,0	38,8	38,3	39,7	41,6	41,9	42,5
Euro-Zone	34,0	51,6	57,7	73,6	70,4	69,6	69,5	70,8	71,3	71,7	71,9
EU-15	38,1	52,3	53,8	70,8	64,1	63,3	62,7	64,3	64,7	65,0	65,1
Estland	–	–	–	–	4,7	4,4	5,3	5,3	4,9	4,3	4,0
Lettland	–	–	–	–	12,9	14,9	14,1	14,4	14,4	14,0	14,3
Litauen	–	–	–	–	23,8	22,9	22,4	21,4	19,7	21,2	20,9
Malta	–	–	–	–	57,0	62,4	62,7	71,8	75,0	76,4	77,1
Polen	–	–	–	–	36,8	36,7	41,2	45,4	43,6	46,8	47,6
Slowakei	–	–	–	–	49,9	48,7	43,3	42,6	43,6	44,2	44,9
Slowenien	–	–	–	–	27,4	28,1	29,5	29,4	29,4	30,2	30,4
Tschechien	–	–	–	–	18,2	27,2	30,7	38,3	37,4	36,4	37,0
Ungarn	–	–	–	–	55,4	52,2	55,5	56,9	57,6	57,8	57,9
Zypern	–	–	–	–	59,9	61,9	65,2	69,8	71,9	69,1	66,6
EU-25	–	–	–	–	62,9	62,2	61,7	63,3	63,8	64,1	64,2
Japan	55,0	72,1	68,6	87,1	134,1	142,3	149,5	157,5	163,2	169,5	173,4
USA	45,7	59,5	67,2	74,8	58,6	58,3	60,5	62,9	63,8	64,7	66,7

Quellen: Für die Jahre 1980 bis 1990 und 2000 bis 2006: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2005.

Für das Jahr 1995: EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, April 2005.

Für USA und Japan (alle Jahre): EU-Kommission, „Europäische Wirtschaft“, April 2005.

– = keine Angaben

Stand: April 2005.

13 Steuerquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2001	2002	2003 ²
Deutschland ^{3,4}	22,5	24,6	22,3	23,3	23,0	22,2	21,5	21,5
Belgien	24,8	30,2	28,8	30,1	31,6	31,5	31,7	31,3
Dänemark	37,7	43,2	45,7	47,8	47,3	47,7	47,2	47,3
Finnland	29,1	27,8	33,0	31,8	35,9	33,6	33,7	32,9
Frankreich	21,7	23,3	24,0	25,3	29,0	28,7	27,7	27,5
Griechenland	15,7	16,2	20,5	21,9	26,4	24,9	24,1	–
Irland	26,4	26,9	28,5	28,1	27,9	25,8	24,1	25,5
Italien	16,2	18,9	26,1	28,2	30,8	30,7	30,1	30,5
Japan	15,2	18,0	21,4	17,7	17,2	17,1	15,9	–
Kanada	27,8	27,7	31,5	30,6	30,8	29,9	28,7	28,7
Luxemburg	19,1	29,1	29,7	31,1	30,3	29,8	30,6	30,1
Niederlande	23,1	27,0	26,9	24,4	25,2	25,5	25,3	24,7
Norwegen	28,9	33,5	30,6	31,5	34,3	34,2	33,6	34,0
Österreich	25,8	27,5	27,2	26,5	28,6	30,4	29,4	28,4
Polen	–	–	–	25,8	23,0	22,3	23,1	–
Portugal	14,7	17,0	21,3	23,5	25,5	24,6	24,7	–
Schweden	32,8	33,6	38,7	35,1	39,0	36,6	35,1	36,1
Schweiz	16,7	19,5	19,9	20,3	23,1	22,3	22,5	22,2
Slowakei	–	–	–	–	20,0	17,5	18,8	–
Spanien	10,2	11,9	21,4	21,0	22,9	22,5	23,0	23,2
Tschechien	–	–	–	23,4	21,8	21,6	22,0	22,6
Ungarn	–	–	–	27,3	27,6	27,5	26,7	–
USA	22,7	20,6	20,5	20,9	23,0	22,0	19,6	18,6
Vereinigtes Königreich	31,9	29,3	30,3	28,8	31,1	30,9	29,7	28,9

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Vorläufig.

³ Nicht vergleichbar mit Quoten in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen oder der deutschen Finanzstatistik.
(vgl. für Deutschland hierzu Monatsbericht 09/2004 des BMF, S. 106)

⁴ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2003, Paris 2004.

Stand: Oktober 2004.

14 Abgabenquoten im internationalen Vergleich¹

Land	Steuern und Sozialabgaben in % des BIP							
	1970	1980	1990	1995	2000	2001	2002	2003 ²
Deutschland ^{3,4}	32,3	37,5	35,7	38,2	37,8	36,8	36,0	36,2
Belgien	34,8	42,4	43,2	44,8	45,7	45,9	46,4	45,8
Dänemark	39,2	43,9	47,1	49,4	49,6	49,9	48,9	49,0
Finnland	32,0	36,2	44,3	46,0	48,0	46,0	45,9	44,9
Frankreich	34,1	40,6	43,0	43,9	45,2	44,9	44,0	44,2
Griechenland	22,4	24,2	29,3	32,4	38,2	36,6	35,9	–
Irland	28,8	31,4	33,5	32,8	32,2	30,1	28,4	30,0
Italien	26,1	30,4	38,9	41,2	43,2	43,0	42,6	43,4
Japan	19,6	25,3	30,2	27,8	27,1	27,4	25,8	–
Kanada	30,8	30,9	35,9	35,6	35,6	35,0	33,9	33,9
Luxemburg	26,8	40,8	40,8	42,3	40,2	40,7	41,8	41,6
Niederlande	35,6	43,6	42,9	41,9	41,2	39,8	39,2	38,8
Norwegen	34,4	42,5	41,5	41,1	43,2	42,4	43,5	43,9
Österreich	34,6	39,8	40,4	41,6	43,4	45,2	44,0	43,0
Polen	–	–	–	37,0	32,5	31,9	32,6	–
Portugal	19,4	24,1	29,2	33,6	36,4	35,6	33,9	–
Schweden	38,5	47,3	53,2	48,5	53,8	51,9	50,2	50,8
Schweiz	21,8	28,0	26,0	27,8	30,5	30,0	30,3	29,8
Slowakei	–	–	–	–	34,0	31,6	33,1	–
Spanien	16,3	23,1	33,2	32,8	35,2	35,0	35,6	35,8
Tschechien	–	–	–	39,8	39,0	38,5	39,3	39,9
Ungarn	–	–	–	42,4	39,0	39,0	38,3	–
USA	27,0	26,4	27,3	27,9	29,9	28,9	26,4	25,4
Vereinigtes Königreich	37,0	35,2	36,5	35,0	37,4	37,2	35,8	35,3

¹ Nach den Abgrenzungsmerkmalen der OECD.

² Vorläufig.

³ Nicht vergleichbar mit Quoten in Abgrenzung der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen oder der deutschen Finanzstatistik (vgl. für Deutschland hierzu Monatsbericht 09/2004 des BMF, S. 106).

⁴ 1970 bis 1990 nur alte Bundesländer.

Quelle: OECD-Revenue Statistics 1965 bis 2003, Paris 2004.

Stand: Oktober 2004.

15 Entwicklung der EU-Haushalte von 2000 bis 2005

	2000	2001	2002	2003	2004	2005
Ausgabenseite						
a) Ausgaben insgesamt (in Mrd. €)	83,44	79,99	85,14	90,56	101,81	106,30
davon:						
Agrarpolitik	40,51	41,53	43,52	44,38	43,99	49,11
Strukturpolitik	27,59	22,46	23,50	28,53	34,52	32,40
Interne Politiken	5,37	5,30	6,57	5,67	7,51	7,92
Externe Politiken	3,84	4,23	4,42	4,29	4,95	5,48
Verwaltungsausgaben	4,74	4,86	5,21	5,30	6,12	6,35
Reserven	0,19	0,21	0,17	0,15	0,44	0,44
Heranführungsstrategien	1,20	1,40	1,75	2,24	2,86	3,29
Ausgleichszahlungen					1,41	1,30
b) Zuwachsraten (in %)						
Ausgaben insgesamt	3,9	- 4,1	6,4	6,4	12,4	4,4
davon:						
Agrarpolitik	1,8	2,5	4,8	2,0	- 0,9	11,6
Strukturpolitik	3,5	- 18,6	4,6	21,4	21,0	- 6,1
Interne Politiken	20,1	- 1,3	24,0	- 13,7	32,5	5,5
Externe Politiken	- 16,3	10,2	4,5	9,5	15,4	10,7
Verwaltungsausgaben	5,1	2,5	7,2	1,7	15,5	3,8
Reserven	- 36,7	10,5	- 19,0	- 11,8	193,3	0,0
Heranführungsstrategie		16,7	25,0	54,9	27,7	15,0
Ausgleichszahlungen						- 7,8
c) Anteil an Gesamtausgaben (in % der Ausgaben):						
Agrarpolitik	48,5	51,9	51,1	49,0	43,2	46,2
Strukturpolitik	33,1	28,1	27,6	31,5	33,9	30,5
Interne Politiken	6,4	6,6	7,7	6,3	7,4	7,5
Externe Politiken	4,6	5,3	5,2	4,7	4,9	5,2
Verwaltungsausgaben	5,7	6,1	6,1	5,9	6,0	6,0
Reserven	0,2	0,3	0,2	0,2	0,4	0,4
Heranführungsstrategie	1,4	1,8	2,1	2,5	2,8	3,1
Ausgleichszahlungen					1,4	1,2
Einnahmenseite						
a) Einnahmen insgesamt (in Mrd. €)	92,72	94,28	94,08	97,82	101,81	106,30
davon:						
Zölle	13,11	12,83	9,50	9,63	10,66	10,75
Agrarzölle und Zuckerabgaben	2,16	1,82	1,49	1,43	1,74	1,61
MwSt-Eigenmittel	35,19	30,69	22,69	21,73	13,58	15,31
BSP/BNE-Eigenmittel	37,58	34,46	45,85	55,34	69,01	77,58
b) Zuwachsraten (in %)						
Einnahmen insgesamt	6,7	1,7	- 0,2	4,0	4,1	4,4
davon:						
Zölle	12,0	- 2,1	- 26,0	1,4	10,7	0,8
Agrarzölle und Zuckerabgaben	0,5	- 15,7	- 18,1	- 4,0	21,7	- 7,5
MwSt-Eigenmittel	12,3	- 12,8	- 26,1	- 4,2	- 37,5	12,7
BSP/BNE-Eigenmittel	0,2	- 8,3	33,1	20,7	24,7	12,4
c) Anteil an Gesamteinnahmen (in % der Einnahmen):						
Zölle	14,1	13,6	10,1	9,8	10,5	10,1
Agrarzölle und Zuckerabgaben	2,3	1,9	1,6	1,5	1,7	1,5
MwSt-Eigenmittel	38,0	32,6	24,1	22,2	13,3	14,4
BSP/BNE-Eigenmittel	40,5	36,6	48,7	56,6	67,8	73,0

Bemerkungen:

1996 bis 2003: Ist-Angaben gem. EU-Haushaltsrechnung und ERH-Jahresbericht.

2004: EU-Haushalt einschl. Nachtrags- und Berichtigungshaushalte Nr. 1-10.

2005: Endgültige Feststellung vom Dezember 2004.

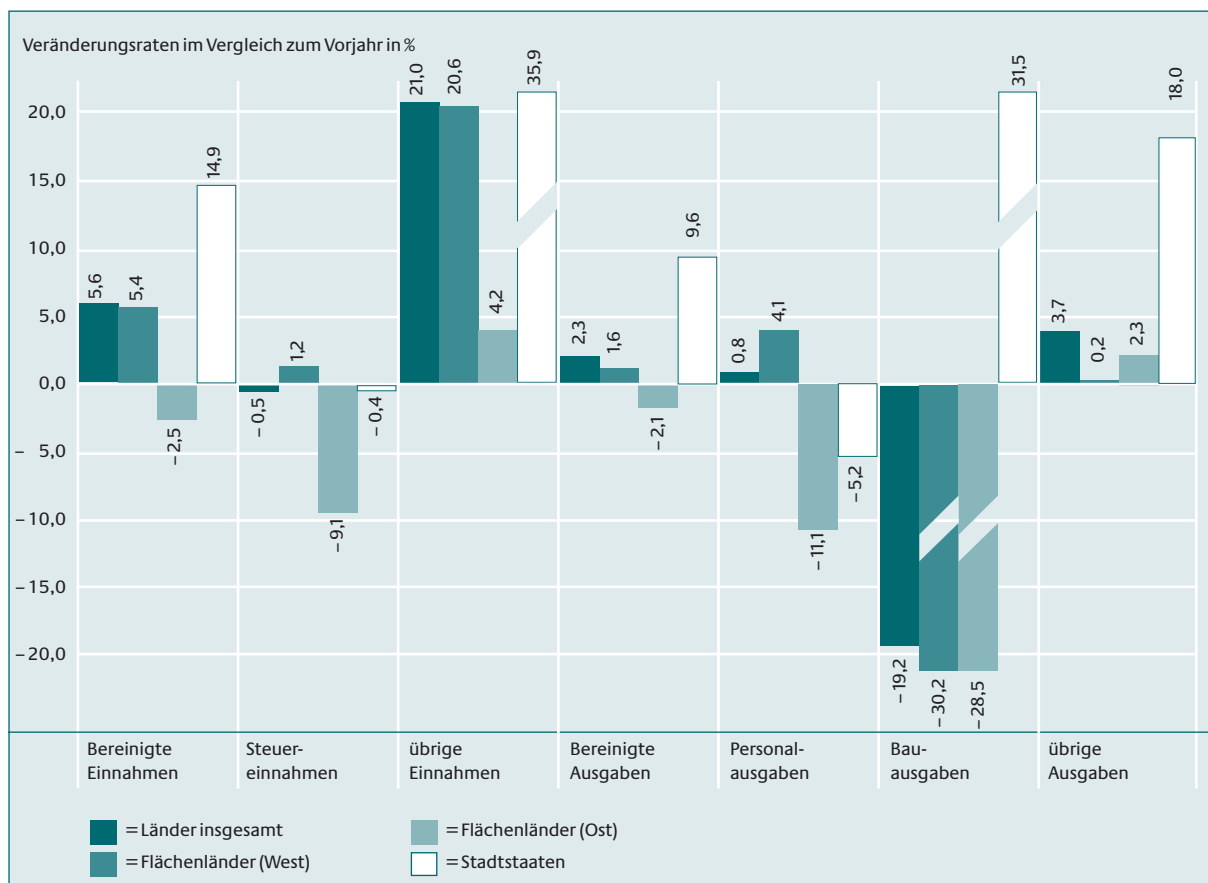
Stand: März 2005.

Übersichten und Grafiken zur Entwicklung der Länderhaushalte

1 Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2005 im Vergleich zum Jahressoll 2005

in Mio. €	Flächenländer (West)		Flächenländer (Ost)		Stadtstaaten		Länder zusammen	
	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist	Soll	Ist
Bereinigte Einnahmen	161 391	38 310	49 371	10 798	29 218	8 283	234 599	56 056
darunter:								
Steuereinnahmen	123 946	28 695	22 927	5 059	17 385	4 149	164 257	37 903
übrige Einnahmen	37 445	9 615	26 445	5 739	11 833	4 134	70 342	18 153
Bereinigte Ausgaben	175 673	46 376	53 026	12 502	34 453	9 917	257 771	67 460
darunter:								
Personalausgaben	72 237	19 825	13 116	3 249	11 597	3 150	96 950	26 223
Bauausgaben	2 492	228	1 589	156	890	146	4 971	530
übrige Ausgaben	100 944	26 323	38 322	9 097	21 965	6 621	155 850	40 707
Finanzierungssaldo	- 14 277	- 8 066	- 3 655	- 1 704	- 5 223	- 1 635	- 23 155	- 11 404

2 Entwicklung der Länderhaushalte bis März 2005



3 Die Entwicklung der Einnahmen, der Ausgaben und der Kassenlage des Bundes und der Länder bis März 2005; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	März 2004			Februar 2005			März 2005		
		Bund	Länder ³	Ins-gesamt	Bund	Länder	Ins-gesamt	Bund	Länder	Ins-gesamt
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	39 193	53 102	88 823	25 158	35 438	58 380	40 593	50 056	93 025
111	darunter: Steuereinnahmen	35 200	38 095	73 294	23 153	26 218	49 371	35 168	37 903	73 071
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	–	–	–	–	–	–	–
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	59 723 ⁴	26 353	86 076	40 782 ⁴	17 346	58 128	58 810 ⁴	24 255	83 064
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	74 024	65 935	136 488	56 165	43 805	97 754	75 422	67 460	139 259
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	6 973	26 015	32 988	4 929	18 541	23 470	6 943	26 223	33 167
122	Bauausgaben	809	656	1 465	304	328	631	509	530	1 039
123	Länderfinanzausgleich ¹	–	–384	–384	–	–80	–80	–	–192	–192
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	46 972	16 185	63 158	26 962	11 235 ⁶	38 197 ⁶	47 002	16 296	63 298
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	– 34 832	– 12 833	– 47 665	– 31 007	– 8 367	– 39 374	– 34 829	– 11 404	– 46 234
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	509	509	–	338	338	–	338	338
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	86	86	–	77	77	–	41	41
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	423	423	–	261	261	–	296	296
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Bundeshauptkasse/Landeshauptkassen ²	12 704	8 820	21 523	10 158	3 621	13 780	11 878	7 838	19 716
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	–	–3 877	–3 877	–	–3 114	–3 114	–	–1 866	–1 866
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	–1 303	–1 303	–	–1 173	–1 173	–	–1 173	–1 173
3	Verwarungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwarungen	14 064	6 388	20 453	9 138	8 243	17 381	5 847	5 871	11 718
32	Vorschüsse	–	10 198	10 198	0	10 085	10 085	–	9 038	9 038
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	–	5 192	5 192	0	3 801	3 801	–	3 658	3 658
34	Saldo (31–32+33)	14 064	1 382	15 447	9 138	1 959	11 097	5 847	491	6 337
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	–8 064	–7 387	–15 451	–11 710	–6 814	–18 524	–17 105	–5 819	–22 923
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	8 064	6 036	14 100	11 710	3 454	15 165	17 105	3 518	20 623
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	310	310	–	411	411	–	–	–
56	Zusammen	8 064	6 346	14 410	11 710	3 865	15 575	17 105	3 518	20 623
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)	0	–1 042	–1 041	0	–2 949	–2 949	0	–2 301	–2 300
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁵	–	1 160	1 160	–	648	648	–	614	614
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	584	584	–	1 145	1 145	–	947	947

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich, Summe Bund und Länder ohne Verrechnungsverkehr zwischen Bund und Ländern. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme/Nettokreditilgung. ³ Einschl. der Sanierungshilfen des Bundes für Bremen und Saarland. ⁴ Ohne sonstige Einnahmen zur Schuldentilgung. ⁵ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. ⁶ Aufgrund von Länderkorrekturmeldungen veränderte Werte bei den Tilgungsausgaben.

Stand: April 2005.

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis März 2005; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Baden-Württ.	Bayern	Brandenburg	Hessen	Mecklbg.-Vorpom.	Niedersachsen	Nordrh.-Westf.	Rheinl.-Pfalz	Saarland
1	Seit dem 1. Januar gebuchte									
11	Bereinigte Einnahmen¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	6 339,1	7 898,9⁸	2 013,8	3 788,0	1 444,6	4 412,5	11 406,5	2 212,2	552,9
111	darunter: Steuereinnahmen	4 798,9	6 033,8	914,2	3 250,2	622,7	3 385,5	8 165,8 ¹⁰	1 526,4	420,1
112	Länderfinanzausgleich ¹	–	–	112,8	–	59,9	108,3	–	51,4	14,8
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	2 949,0	1 906,1 ⁶	285,8	170,0	400,0	2 200,0	3 657,0	2 736,0	363,6
12	Bereinigte Ausgaben¹									
	für das laufende Haushaltsjahr	8 341,9	8 943,4⁸	2 234,7	4 206,5	1 625,2	5 137,4	13 443,9	3 356,7	903,1
121	darunter: Personalausgaben (inklusive Versorgung)	3 931,9	4 416,7	543,8	1 638,9	428,8	2 074,4 ³	4 981,2 ³	1 427,6	387,3
122	Bauausgaben	37,2	93,9	24,6	16,7	20,3	12,3	34,2	5,7	11,1
123	Länderfinanzausgleich ¹	632,9	499,0	–	191,7	–	–	–12,9	–	–
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	438,3	336,8 ⁷	476,8	639,1	395,7	1 647,0	3 697,7	1 893,7	132,8
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (Finanzierungssaldo)	– 2 002,8	– 1 044,5⁸	– 220,9	– 418,5	– 180,6	– 724,9	2 037,4	– 1 144,5	– 350,1
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	–	244,2	–	–	–	–	–	–	–
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	–	25,2	–	–	–	–	–	–	–
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) (14–15)	–	219,0	–	–	–	–	–	–	–
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	2 518,5	1 635,9	1,7	– 479,8	13,2	550,4	– 41,7	800,1	225,8
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (–) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	– 112,3	– 179,5	–	– 127,0	–	–	–	–	–
21	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	–	– 801,6	–	–	–	–	–	–	–
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.									
31	Verwahrungen	1 266,1	1 500,7	314,7	57,1	– 94,6	117,6	1 603,4	322,6	138,8
32	Vorschüsse	1 916,4	3 142,4	10,9	329,7	0,6	1 055,9	1 04,5	39,3	4,8
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	141,7	1 812,4	0,0	22,5	73,3	558,2	107,4	1,3	15,7
34	Saldo (31–32+33)	– 508,6	170,7	303,8	– 250,1	– 21,9	– 380,1	1 606,3	284,6	149,6
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	– 105,2	0,0	84,6	– 1 275,4	– 189,3	– 554,6	– 472,8	– 59,8	25,3
5	Schwebende Schulden									
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	0,0	0,0	40,0	85,8	146,0	–	505,0	60,0	– 25,3
52	Schatzwechsel	–	–	–	–	–	–	–	–	–
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	–	–	–	–	–	–	–	–	–
54	Kassenkredit vom Bund	–	–	–	–	–	–	–	–	–
55	Sonstige	–	–	–	–	–	–	–	–	–
56	Zusammen	0,0	0,0	40,0	85,8	146,0	–	505,0	60,0	– 25,3
6	Kassenbestand insgesamt (4+56)⁵	– 105,2	0,0	124,6	– 1 189,6	– 43,3	– 554,6	32,2	0,2	0,0
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)									
71	Innerer Kassenkredit ⁹	–	–	–	–	–	382,0	–	–	–
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	–	0,0	–	–	–	558,2	105,4	–	–

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme / Nettokredittilgung. ³ Ohne April-Bezüge. ⁴ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁵ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁶ BY – Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 0,0 Mio. €. ⁷ BY – Ohne Tilgung aus dem „inneren Darlehen“ aus Privatisierungserlösen 0,0 Mio. €. ⁸ BY – Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (=Sondervermögen nach Art. 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 7 883,1 Mio. €, die Ausgaben 8 907,7 Mio. € und der Finanzierungssaldo – 1 024,6 Mio. €. ⁹ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. ¹⁰ NW – Darin enthalten 20,9 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. Stand: April 2005

4 Einnahmen, Ausgaben und Kassenlage der Länder bis März 2005; in Mio. €

Lfd. Nr.	Bezeichnung	Sachsen	Sachsen-Anhalt	Schlesw.-Holst.	Thüringen	Berlin	Bremen	Hamburg	Länder zusammen
1	Seit dem 1. Januar gebuchte								
11	Bereinigte Einnahmen¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	3 533,2	1 926,3	1 867,9	1 880,3	5 398,9	785,8	2 157,7	56 055,9
111	darunter: Steuereinnahmen	1 668,7	921,9	1 114,0	931,9	2 016,3	432,1	1 700,4	37 902,9
112	Länderfinanzausgleich ¹	208,3	130,2	-6,0	118,7	685,8	78,5	-	-
113	nachr.: Kreditmarktmittel (brutto)	303,5	1 156,6	1 561,3	1 596,0	3 290,0	755,0	925,0	24 254,9
12	Bereinigte Ausgaben¹								
	für das laufende Haushaltsjahr	3 564,8	2 699,0	2 211,1	2 378,4	6 312,1	1 160,2	2 504,7	67 460,4
121	darunter: Personalausgaben								
	(inklusive Versorgung)	1 095,6	573,4	966,6	607,0	2 016,3	325,3	808,4	26 223,2
122	Bausubventionen	75,5	12,4	16,5	23,3	27,6	43,5	75,1	529,9
123	Länderfinanzausgleich ¹	-	-	-	-	-	-	59,7	-192,3
124	nachr.: Tilgung von Kreditmarktmitteln	267,3	827,7	1 231,8	645,8	2 107,6	428,4	1 129,4	16 295,9
13	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (Finanzierungssaldo)	- 31,6	- 772,7	- 343,2	- 498,1	- 913,2	- 374,4	- 347,0	- 11 404,4
14	Einnahmen der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	93,4	-	337,6
15	Ausgaben der Auslaufperiode des Vorjahres	-	-	-	-	-	16,0	-	41,2
16	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) (14-15)	-	-	-	-	-	77,4	-	296,4
17	Abgrenzungsposten zur Abschlussnachweisung der Landeshauptkasse ²	34,4	327,9	334,6	950,8	838,9	324,7	- 197,9	7 837,5
2	Mehreinnahmen (+), Mehrausgaben (-) des noch nicht abgeschlossenen Vorjahres (ohne Auslaufperiode)	-	-	-	- 288,8	-	- 394,2	- 763,7	- 1 865,5
22	der abgeschlossenen Vorjahre (Ist-Abschluss)	-	-	-	- 371,7	-	-	-	- 1 173,3
3	Verwahrungen, Vorschüsse usw.								
31	Verwahrungen	417,7	173,2	-	- 110,4	- 116,4	178,4	102,5	5 871,4
32	Vorschüsse	758,9	574,2	-	116,0	-	- 28,8	1 013,3	9 038,1
33	Geldbestände der Rücklagen und Sondervermögen	283,5	44,2	-	3,2	208,0	154,8	231,5	3 657,7
34	Saldo (31-32+33)	- 57,7	- 356,8	- ⁴	- 223,2	91,6	361,9	- 679,3	490,8
4	Kassenbestand ohne schwebende Schulden (13+16+17+21+22+34)	- 54,9	- 801,6	- 8,6	- 431,0	17,3	- 4,6	- 1 987,9	- 5 818,5
5	Schwebende Schulden								
51	Kassenkredit von Kreditinstituten	-	778,0	-	432,9	0,0	39,6	1 456,0	3 518,0
52	Schatzwechsel	-	-	-	-	-	-	-	-
53	Unverzinsliche Schatzanweisungen	-	-	-	-	-	-	-	-
54	Kassenkredit vom Bund	-	-	-	-	-	-	-	-
55	Sonstige	-	-	-	-	-	-	-	-
56	Zusammen	-	778,0	-	432,9	0,0	39,6	1 456,0	3 518,0
6	Kassenbestand insgesamt (4+56) ⁵	- 54,9	- 23,6	- 8,6	1,9	17,3	35,0	- 531,9	- 2 300,5
7	Nachrichtl. Angaben (oben enthalten)								
71	Innerer Kassenkredit ⁹	-	-	-	0,0	-	-	231,5	613,5
72	Nicht zum Bestand der Bundeshauptkasse/Landeshauptkasse gehörende Mittel (einschließlich 71)	-	-	-	0,8	208,0	- 17,9	92,2	946,7

Abweichungen in den Summen durch Runden der Zahlen. ¹ In der Ländersumme ohne Zuweisungen von Ländern im Länderfinanzausgleich. ² Haushaltstechnische Verrechnungen, Brutto-/Nettostellungen, Abwicklung der Vorjahre, Rücklagenbewegung, Nettokreditaufnahme / Nettokredittilgung. ³ Ohne April-Bezüge. ⁴ SH – Wegen Umstellung des Mittelbewirtschaftungsverfahrens zzt. nicht zu ermitteln. ⁵ Minusbeträge beruhen auf später erfolgten Buchungen. ⁶ BY – Ohne „Interne Kredite“ beim Sondervermögen Grundstock-Privatisierungserlöse 0,0 Mio. €. ⁷ BY – Ohne Tilgung aus dem „internen Darlehen“ aus Privatisierungserlösen 0,0 Mio. €. ⁸ BY – Nach Ausklammerung der Zuführungen an den Grundstock (=Sondervermögen nach Art. 81 BV) über die Offensive Zukunft Bayern betragen die Einnahmen 7 883,1 Mio. €, die Ausgaben 8 907,7 Mio. € und der Finanzierungssaldo -1024,6 Mio. €. ⁹ Nur aus nicht zum Bestand der Bundes-/Landeshauptkasse gehörenden Geldbeständen der Rücklagen und Sondervermögen aufgenommene Mittel; Ausnahme Hamburg: innerer Kassenkredit insgesamt, rechnerisch ermittelt. ¹⁰ NW – Darin enthalten 20,9 Mio. € Zuschlag zur Gewerbesteuerumlage. Stand: April 2005

Kennzahlen zur gesamtwirtschaftlichen Entwicklung

1 Wirtschaftswachstum und Beschäftigung

Jahr	Erwerbstätige im Inland ¹		Erwerbsquote ²	Erwerbslose	Erwerbslosenquote ³	Bruttoinlandsprodukt (real)			Investitionsquote ⁴
	Mio.	Veränderung in % p. a.	in %	Mio.	in %	gesamt	je Erwerbstätigen	je Stunde	in %
						Veränderung in % p. a.			
1991	38,6	.	50,9	2,1	5,1	.	.	.	23,2
1992	38,1	- 1,5	50,2	2,4	6,0	2,2	3,7	2,6	23,6
1993	37,6	- 1,3	49,8	2,9	7,2	- 0,8	0,5	1,6	22,5
1994	37,5	- 0,1	49,9	3,1	7,7	2,7	2,8	3,0	22,6
1995	37,6	0,2	49,7	3,0	7,4	1,9	1,7	2,6	21,9
1996	37,5	- 0,3	49,7	3,2	8,0	1,0	1,3	2,4	21,3
1997	37,5	- 0,1	49,8	3,5	8,6	1,8	1,9	2,5	21,0
1998	37,9	1,2	50,3	3,4	8,3	2,0	0,8	1,2	21,1
1999	38,4	1,4	50,5	3,1	7,5	2,0	0,7	1,4	21,3
2000	39,1	1,9	51,0	2,9	6,9	3,2	1,3	2,6	21,5
2001	39,3	0,4	51,2	2,9	6,9	1,2	0,8	1,7	20,0
2002	39,1	- 0,6	51,2	3,2	7,6	0,2	0,7	1,6	18,3
2003	38,7	- 1,0	51,3	3,7	8,7	0,0	1,0	1,1	17,6
2004	38,9	0,4	51,8	3,9	9,2	1,6	1,2	0,8	17,2
1999/1994	37,7	0,5	50,0	3,2	7,9	1,7	1,3	2,0	21,5
2004/1999	38,9	0,2	50,9	3,3	7,8	1,2	1,0	1,6	19,3

¹ Erwerbstätige im Inland nach ESGV 95. ² Erwerbspersonen (inländische Erwerbstätige + Erwerbslose[ILO]) in % der Wohnbevölkerung nach ESGV 95.

³ Erwerbslose (ILO) in % der Erwerbspersonen nach ESGV 95. ⁴ Anteil der Bruttoanlageinvestitionen am Bruttoinlandsprodukt (nominal).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

2 Preisentwicklung¹

Jahr	Bruttoinlandsprodukt (nominal)	Bruttoinlandsprodukt (Deflator)	Terms of Trade	Inlandsnachfrage (Deflator)	Konsum der privaten Haushalte (Deflator)	Verbraucherpreisindex (2000=100)	Lohnstückkosten ²
				Veränderung in % p. a.			
1991
1992	7,3	5,0	3,2	4,1	4,1	5,1	6,4
1993	2,9	3,7	2,0	3,2	3,4	4,4	3,5
1994	5,1	2,4	1,0	2,2	2,5	2,7	0,2
1995	3,8	1,9	1,5	1,5	1,3	1,7	1,9
1996	1,5	0,5	- 0,7	0,7	1,0	1,4	- 0,0
1997	2,1	0,3	- 2,2	0,9	1,4	1,9	- 1,1
1998	2,6	0,6	1,6	0,1	0,5	0,9	0,1
1999	2,4	0,3	0,5	0,2	0,3	0,6	0,4
2000	2,5	- 0,7	- 4,8	0,9	0,9	1,5	0,6
2001	2,5	1,3	- 0,1	1,3	1,7	2,0	0,8
2002	1,7	1,5	2,0	0,9	1,2	1,4	0,7
2003	0,7	0,7	1,0	0,5	1,2	1,1	0,5
2004	2,0	0,4	- 0,1	0,4	1,5	1,6	- 1,0
1999/1994	2,5	0,7	0,1	0,7	0,9	1,3	0,3
2004/1999	1,9	0,6	- 0,4	0,8	1,3	1,5	0,3

¹ Vorjahrespreisbasis. ² Arbeitnehmerentgelte je Arbeitnehmer dividiert durch das reale BIP je Erwerbstätigen (Inlandskonzept).

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

3 Außenwirtschaft¹

Jahr	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt	Exporte	Importe	Außenbeitrag	Finanzierungssaldo übrige Welt
	Veränderung in % p. a.		Mrd. €	Mrd. €	Anteile am BIP in %			
1991	.	.	- 6,09	- 23,08	25,8	26,2	- 0,4	- 1,5
1992	0,2	0,6	- 7,48	- 18,62	24,1	24,5	- 0,5	- 1,1
1993	- 4,8	- 6,4	- 0,46	- 17,82	22,3	22,3	- 0,0	- 1,1
1994	8,9	8,1	2,59	- 28,44	23,1	22,9	0,1	- 1,6
1995	7,7	6,2	8,67	- 23,96	24,0	23,5	0,5	- 1,3
1996	5,5	3,7	16,87	- 12,26	24,9	24,0	0,9	- 0,7
1997	12,7	11,6	23,91	- 8,61	27,5	26,2	1,2	- 0,4
1998	7,0	6,8	26,82	- 13,43	28,7	27,3	1,4	- 0,7
1999	5,0	7,0	17,44	- 23,96	29,4	28,5	0,9	- 1,2
2000	16,4	18,7	7,25	- 26,70	33,4	33,0	0,4	- 1,3
2001	6,8	1,8	42,17	- 3,40	34,8	32,8	2,0	- 0,2
2002	4,4	- 3,2	96,18	45,42	35,7	31,2	4,5	2,1
2003	0,2	1,6	86,64	46,28	35,5	31,5	4,0	2,1
2004	9,1	7,0	108,87	72,48	38,0	33,1	4,9	3,3
1999/1994	7,5	7,0	16,1	- 18,4	26,2	25,4	0,8	- 1,0
2004/1999	7,2	4,9	59,8	18,4	34,5	31,7	2,8	0,8

¹ In jeweiligen Preisen.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

4 Einkommensverteilung

Jahr	Volks- einkommen	Unterneh- mens- und Vermögens- einkommen	Arbeitnehmer- entgelte (Inländer)	Lohnquote		Bruttolöhne und -gehälter (je Arbeit- nehmer)	Reallöhne (je Arbeit- nehmer) ³
	Veränderung in % p. a.			unbereinigt ¹ in %	bereinigt ² in %	Veränderung in % p. a.	
1991	.	.	.	71,0	71,0	.	.
1992	6,5	2,0	8,3	72,2	72,5	10,3	4,2
1993	1,4	- 1,1	2,4	72,9	73,4	4,3	1,2
1994	4,1	8,7	2,5	71,7	72,4	1,9	- 2,4
1995	4,2	5,6	3,7	71,4	72,1	3,1	- 0,6
1996	1,5	2,7	1,0	71,0	71,7	1,4	- 1,1
1997	1,5	4,1	0,4	70,3	71,1	0,2	- 2,6
1998	1,9	1,4	2,1	70,4	71,3	0,9	0,6
1999	1,4	- 1,4	2,6	71,2	72,0	1,4	1,5
2000	2,5	- 0,8	3,8	72,2	72,9	1,4	1,2
2001	2,3	3,3	1,9	71,9	72,7	1,8	1,5
2002	1,4	3,1	0,8	71,4	72,3	1,4	- 0,2
2003	1,2	3,8	0,2	70,7	71,8	1,3	- 0,5
2004	2,2	7,0	0,2	69,3	70,7	0,4	0,5
1999/1994	2,1	2,4	2,0	71,0	71,8	1,4	- 0,5
2004/1999	1,9	3,2	1,4	71,1	72,1	1,3	0,5

¹ Arbeitnehmerentgelte in % des Volkseinkommens.

² Korrigiert um die Veränderung in der Beschäftigtenstruktur (Basis 1991).

³ Nettolöhne und -gehälter je Arbeitnehmer (Inländer) preisbereinigt mit dem Deflator des Konsums der privaten Haushalte.

Quellen: Statistisches Bundesamt; eigene Berechnungen.

5 Reales Bruttoinlandsprodukt (BIP) im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %									
	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Deutschland	2,2	5,7	1,7	2,9	0,8	0,1	– 0,1	1,6	0,8	1,6
Belgien	1,7	3,1	2,4	3,9	0,7	0,9	1,3	2,7	2,2	2,3
Dänemark	3,6	1,0	2,8	2,8	1,6	1,0	0,4	2,0	2,3	2,1
Griechenland	2,5	0,0	2,1	4,5	4,3	3,8	4,7	4,2	2,9	3,1
Spanien	2,3	3,8	2,8	4,4	2,8	2,2	2,5	2,7	2,7	2,7
Frankreich	1,5	2,6	1,7	3,8	2,1	1,2	0,5	2,5	2,0	2,2
Irland	3,1	7,6	9,8	9,9	6,0	6,1	3,7	5,4	4,9	5,1
Italien	3,0	2,0	2,9	3,0	1,8	0,4	0,3	1,2	1,2	1,7
Luxemburg	2,9	5,3	1,4	9,0	1,5	2,5	2,9	4,2	3,8	4,0
Niederlande	2,7	4,1	3,0	3,5	1,4	0,6	– 0,9	1,3	1,0	2,0
Österreich	2,4	4,6	1,9	3,4	0,7	1,2	0,8	2,0	2,1	2,1
Portugal	2,8	4,0	4,3	3,4	1,7	0,4	– 1,1	1,0	1,1	1,7
Finnland	3,4	– 0,3	3,4	5,1	1,1	2,2	2,4	3,7	3,3	2,9
Schweden	2,2	1,0	4,1	4,3	1,0	2,0	1,5	3,5	3,0	2,8
Vereinigtes Königreich	3,6	0,8	2,9	3,9	2,3	1,8	2,2	3,1	2,8	2,8
Euro-Zone	2,2	3,6	2,2	3,5	1,6	0,9	0,6	2,0	1,6	2,1
EU-15	2,5	3,0	2,4	3,6	1,7	1,1	0,9	2,3	1,9	2,2
Estland	–	–	4,5	7,8	6,4	7,2	5,1	6,2	6,0	6,2
Lettland	–	–	– 0,9	6,9	8,0	6,4	7,5	8,5	7,2	6,9
Litauen	–	–	3,3	3,9	6,4	6,8	9,7	6,7	6,4	5,9
Malta	–	–	6,2	6,4	– 1,7	2,2	– 1,8	1,5	1,7	1,9
Polen	–	–	7,0	4,0	1,0	1,4	3,8	5,3	4,4	4,5
Slowakei	–	–	5,8	2,0	3,8	4,6	4,5	5,5	4,9	5,2
Slowenien	–	–	4,1	3,9	2,7	3,3	2,5	4,6	3,7	4,0
Tschechien	–	–	5,9	3,9	2,6	1,5	3,7	4,0	4,0	4,2
Ungarn	–	–	1,5	5,2	3,8	3,5	3,0	4,0	3,9	3,8
Zypern	–	–	9,9	5,0	4,1	2,1	2,0	3,7	3,9	4,2
EU-25	–	–	2,5	3,6	1,8	1,1	1,0	2,4	2,0	2,3
Japan	5,1	5,2	2,0	2,4	0,2	– 0,3	1,4	2,7	1,1	1,7
USA	3,8	1,7	2,5	3,7	0,8	1,9	3,1	4,5	3,6	3,0

Quellen: Für die Jahre 1985–1995: EU- Kommission, „Europäische Wirtschaft“, Statistischer Anhang, April 2005.

Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2005.

– = keine Angaben

Stand: April 2005.

6 Harmonisierte Verbraucherpreise im internationalen Vergleich

Land	jährliche Veränderungen in %						
	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Deutschland	1,4	1,9	1,3	1,0	1,8	1,3	1,1
Belgien	2,7	2,4	1,6	1,5	1,9	2,0	1,8
Dänemark	2,7	2,3	2,4	2,0	0,9	1,4	1,7
Griechenland	2,9	3,7	3,9	3,4	3,0	3,2	3,2
Spanien	3,5	2,8	3,6	3,1	3,1	2,9	2,7
Frankreich	1,8	1,8	1,9	2,2	2,3	1,9	1,8
Irland	5,3	4,0	4,7	4,0	2,3	2,1	2,4
Italien	2,6	2,3	2,6	2,8	2,3	2,0	1,9
Luxemburg	3,8	2,4	2,1	2,5	3,2	3,1	1,9
Niederlande	2,3	5,1	3,9	2,2	1,4	1,3	-3,0
Österreich	2,0	2,3	1,7	1,3	2,0	2,3	1,7
Portugal	2,8	4,4	3,7	3,3	2,5	2,3	2,1
Finnland	3,0	2,7	2,0	1,3	0,1	1,1	1,4
Schweden	1,3	2,7	2,0	2,3	1,0	0,4	1,4
Vereinigtes Königreich	0,8	1,2	1,3	1,4	1,3	1,7	2,0
Euro-Zone	2,1	2,4	2,3	2,1	2,1	1,9	1,5
EU-15	1,9	2,2	2,1	2,0	2,0	1,8	1,6
Estland	3,9	5,6	3,6	1,4	3,0	3,3	2,7
Lettland	2,6	2,5	2,0	2,9	6,2	5,0	3,6
Litauen	0,9	1,3	0,4	- 1,1	1,1	2,9	2,6
Malta	3,0	2,5	2,6	1,9	2,7	2,4	2,1
Polen	10,1	5,3	1,9	0,7	3,6	2,1	2,3
Slowakei	12,2	7,2	3,5	8,5	7,4	3,7	2,9
Slowenien	8,9	8,6	7,5	5,7	3,6	2,6	2,6
Tschechien	3,9	4,5	1,4	- 0,1	2,6	1,9	2,6
Ungarn	10,0	9,1	5,2	4,7	6,8	3,8	3,6
Zypern	4,9	2,0	2,8	4,0	1,9	2,3	2,1
EU-25	2,4	2,5	2,1	1,9	2,1	1,9	1,7
Japan	-0,7	- 0,6	- 0,9	- 0,3	0,0	- 0,1	0,2
USA	3,4	2,8	1,6	2,3	2,7	2,6	2,3

Quellen: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2005.
Stand: April 2005.

7 Harmonisierte Arbeitslosenquoten im internationalen Vergleich

Land	in % der zivilen Erwerbsbevölkerung									
	1985	1990	1995	2000	2001	2002	2003	2004	2005	2006
Deutschland	7,2	4,8	8,0	7,2	7,4	8,2	9,0	9,5	9,7	9,3
Belgien	10,1	6,6	9,7	6,9	6,7	7,3	8,0	7,8	7,7	7,5
Dänemark	6,7	7,2	6,7	4,4	4,3	4,6	5,6	5,4	4,9	4,6
Griechenland	7,0	6,4	9,2	11,3	10,8	10,3	9,7	10,3	10,5	10,3
Spanien	17,7	13,1	18,8	11,3	10,6	11,3	11,3	10,8	10,4	10,3
Frankreich	9,6	8,5	11,1	9,1	8,4	8,9	9,5	9,6	9,4	9,1
Irland	16,8	13,4	12,3	4,3	3,9	4,3	4,6	4,5	4,6	4,6
Italien	8,2	8,9	11,2	10,1	9,1	8,6	8,4	8,0	7,9	7,7
Luxemburg	2,9	1,7	2,9	2,3	2,1	2,8	3,7	4,2	4,6	4,3
Niederlande	7,9	5,8	6,6	2,9	2,5	2,7	3,8	4,7	5,2	5,0
Österreich	3,1	3,1	3,9	3,7	3,6	4,2	4,3	4,5	4,1	3,9
Portugal	9,1	4,8	7,3	4,1	4,0	5,0	6,3	6,7	7,0	7,0
Finnland	4,9	3,2	15,4	9,8	9,1	9,1	9,0	8,8	8,4	8,0
Schweden	2,9	1,7	8,8	5,6	4,9	4,9	5,6	6,3	5,9	5,3
Vereinigtes Königreich	11,2	6,9	8,5	5,4	5,0	5,1	4,9	4,7	4,7	4,7
Euro-Zone	9,3	7,6	10,5	8,2	7,8	8,2	8,7	8,8	8,8	8,5
EU-15	9,4	7,3	10,0	7,6	7,2	7,6	7,9	8,0	8,0	7,8
Estland	–	0,6	9,7	12,5	11,8	9,5	10,2	9,2	8,7	8,2
Lettland	–	0,5	18,9	13,7	12,9	12,6	10,4	9,8	9,4	9,2
Litauen	–	–	12,7	16,4	16,4	13,5	12,7	10,8	10,2	9,7
Malta	–	4,9	5,0	6,8	7,7	7,7	8,0	7,3	7,1	7,0
Polen	–	–	13,2	16,4	18,5	19,8	19,2	18,8	18,3	17,6
Slowakei	–	–	13,3	18,7	19,4	18,7	17,5	18,0	17,6	16,8
Slowenien	–	–	7,0	6,6	5,8	6,1	6,5	6,0	5,9	5,6
Tschechien	–	–	3,9	8,7	8,0	7,3	7,8	8,3	8,3	8,2
Ungarn	–	–	10,0	6,3	5,6	5,6	5,8	5,9	6,3	6,2
Zypern	–	–	3,9	5,2	4,4	3,9	4,5	5,0	4,8	4,6
EU-25	–	–	10,7	8,6	8,4	8,7	8,9	9,0	9,0	8,7
Japan	2,6	2,1	3,1	4,7	5,0	5,4	5,3	4,7	4,4	4,1
USA	7,2	5,5	5,6	4,0	4,8	5,8	6,0	5,5	5,2	5,0

Quellen: Für die Jahre 1985–1995: EU Kommission, „Europäische Wirtschaft“, April 2005.

Für die Jahre ab 2000: EU-Kommission, Frühjahrsprognose, April 2005.

– = keine Angaben

Stand: April 2005.

8 Reales Bruttoinlandsprodukt, Verbraucherpreise, Leistungsbilanz in ausgewählten Schwellenländern

	Reales Bruttoinlandsprodukt				Verbraucherpreise				Leistungsbilanz in % des nominalen Bruttoinlandsprodukts			
	Veränderungen gegenüber Vorjahr in %											
	2003	2004	2005 ¹	2006 ¹	2003	2004	2005 ¹	2006 ¹	2003	2004	2005 ¹	2006 ¹
Gemeinschaft der unabhängigen Staaten	7,9	8,2	6,5	6,0	12,0	10,3	11,4	8,8	6,4	8,5	9,4	6,9
darunter												
Russische Föderation	7,3	7,1	6,0	5,5	13,7	10,9	11,8	9,7	8,2	10,2	11,4	8,7
Ukraine	9,6	12,1	7,0	4,0	5,2	9,0	12,5	5,9	5,8	11,0	7,2	2,5
Asien	7,4	7,8	7,0	6,9	2,4	4,0	3,7	3,2	4,4	4,4	3,9	3,5
darunter												
China	9,3	9,5	8,5	8,0	1,2	3,9	3,0	2,5	3,2	4,2	4,2	4,0
Indien	7,5	7,3	6,7	6,4	3,8	3,8	4,0	3,6	1,2	0,3	-0,3	-0,3
Indonesien	4,9	5,1	5,5	6,0	6,8	6,1	7,0	6,5	3,0	2,8	2,2	0,9
Korea	3,1	4,6	4,0	5,2	3,5	3,6	2,9	3,0	2,0	3,9	3,6	2,9
Thailand	6,9	6,1	5,6	6,2	1,8	2,7	2,9	2,1	5,6	4,5	2,0	1,4
Türkei ²	5,9	8,0	5,0	5,0	25,3	10,6	9,0	6,1	-3,4	-5,2	-4,5	-3,7
Lateinamerika	2,1	5,7	4,1	3,7	10,6	6,5	6,1	5,2	0,4	0,8	0,2	-0,6
darunter												
Argentinien	8,8	8,8	6,0	3,6	13,4	4,4	7,4	6,4	5,8	2,0	-1,2	-2,9
Brasilien	0,5	5,2	3,7	3,5	14,8	6,6	6,5	4,6	0,8	1,9	1,1	0,4
Chile	3,3	6,0	6,1	5,4	2,8	1,1	2,5	3,1	-1,6	1,5	0,9	-1,3
Mexiko	1,3	4,7	3,7	3,3	4,5	4,7	4,8	3,7	-1,4	-1,3	-1,4	-1,7
Venezuela	-7,7	17,3	4,6	3,8	31,1	21,7	18,2	25,0	13,6	13,5	12,0	8,4

¹ Prognosen des IWF.

² Zuordnung lt. IWF World Economic Outlook.

Quelle: IWF World Economic Outlook revised projections, März 2005.

9 Entwicklung von DAX und Dow Jones

Eröffnungskurs 2. Januar 2004 = 100%

(2. Januar 2004 bis 14. Mai 2005)



10 Übersicht Weltfinanzmärkte

Aktienindizes

	Stand 16. 5. 2005	Anfang 2005	Änderung in % zu Anfang 2005	Tief 2004	Hoch 2004
Dow Jones	10 252,29	10 783	-4,92	9 990	10 855
Eurostoxx 50	2 843,98	2 775	2,49	2 608	2 805
Dax	4 262,18	4 256	0,14	3 726	4 256
CAC 40	4 010,98	3 821	4,97	3 518	3 844
Nikkei	10 947,22	11 489	-4,71	10 365	12 164

Renditen staatlicher Benchmarkanleihen

10 Jahre	Aktuell 17. 5. 2005	Anfang 2005	Spread zu US-Bond in %	Tief 2004	Hoch 2004
USA	4,32	4,22	-	3,69	4,88
Bund	3,49	3,69	-0,83	3,60	4,43
Japan	1,32	1,43	-3,00	1,19	1,85
Brasilien	8,74	7,70	4,42	7,52	12,82

Währungen

	Aktuell 17. 5. 2005	Anfang 2005	Änderung in % zu Anfang 2004	Tief 2004	Hoch 2004
Dollar/Euro	1,29	1,36	-4,70	1,18	1,36
Yen/Dollar	107,64	102,45	5,07	102,06	114,65
Yen/Euro	135,25	138,82	-2,57	126,03	141,16
Pfund/Euro	0,69	0,71	-2,77	0,66	0,71

Herausgeber:

Bundesministerium der Finanzen
Referat Information und Publikation
Wilhelmstraße 97
10117 Berlin
<http://www.bundesfinanzministerium.de>

Redaktion:

Bundesministerium der Finanzen
Arbeitsgruppe Monatsbericht
Redaktion.Monatsbericht@BMF.Bund.de
Berlin, Mai 2005

Satz und Gestaltung:

Heimbüchel PR, Kommunikation und Publizistik GmbH,
Berlin/Köln

Druck:

Druckerei J. P. Bachem GmbH & Co. KG

Bezugsservice für Publikationen des Bundesministeriums der Finanzen:

telefonisch 0 18 88 / 80 80 800 (0,12 €/Min.)
per Telefax 0 18 88 / 10 80 80 800 (0,12 €/Min.)

ISSN 1618-291X

Diese Druckschrift wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit des Bundesministeriums der Finanzen herausgegeben. Sie wird kostenlos abgegeben und ist nicht zum Verkauf bestimmt. Sie darf weder von Parteien noch von Wahlwerbern oder Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Dies gilt für Landtags-, Bundestags- und Kommunalwahlen. Missbräuchlich ist insbesondere die Verteilung auf Wahlveranstaltungen, an Informationsständen der Parteien sowie das Einlegen, Aufdrucken und Aufkleben parteipolitischer Informationen oder Werbemittel. Untersagt ist gleichfalls die Weitergabe an Dritte zum Zwecke der Wahlwerbung. Unabhängig davon, wann, auf welchem Weg und in welcher Anzahl diese Schrift dem Empfänger zugesagt ist, darf sie auch ohne zeitlichen Bezug zu einer Wahl nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Bundesregierung zugunsten einzelner politischer Gruppen verstanden werden könnte.